

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Dieter Bingen

Jaruzelskis Polen im Jahre fünf

Georg W. Strobel

Gewerkschaftssystem und Arbeiterinteressen
in Polen

B 39/86

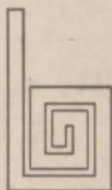
27. September 1986

Dieter Bingen, Dr. phil., geb. 1952; Studium der Politischen Wissenschaft, Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Soziologie und Erziehungswissenschaft an der Universität Bonn; längere Forschungsaufenthalte in Polen 1977, 1981, 1983 und 1985; seit 1981 wissenschaftlicher Referent am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: *Solidarność — eine polnische Gewerkschaft und gesellschaftliche Bewegung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29—30/82; *Die Bonner Deutschlandpolitik 1969—1979 in der polnischen Publizistik*, Frankfurt/M. 1982; (Hrsg.) *Polen 1980—1984. Dauerkrise oder Stabilisierung? Strukturen und Ereignisse in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft*, Baden-Baden 1985.

Georg W. Strobel, Dr. phil., geb. 1923; Studium der Slavistik, Geschichte, Politikwissenschaft und Volkswirtschaft; 1952—1956 Lehrbeauftragter für polnische Sprache und Literatur an der Universität Kiel; 1955—1961 wiss. Mitarbeiter am Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel; 1957 Abordnung zum Generalsekretariat der NATO, Politische Abteilung, Paris; 1961—1975 wiss. Oberrat am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln; 1970 Habilitation; ab 1975 Professor für Politikwissenschaften an der TH Darmstadt; ab 1978 Honorarprofessor für osteuropäische Geschichte, insbes. Wirtschafts- und Sozialgeschichte, an der Universität Mainz.

Veröffentlichungen u. a.: *Der Warschauer Vertrag und die Nationale Volksarmee*, Bonn 1965 (Wehrpolitische Schriftenreihe, Nr. 18); *Quellen zur Geschichte des Kommunismus in Polen. Programme und Statuten*, Köln 1968; *Deutschland—Polen. Wunsch und Wirklichkeit*, Bonn—Brüssel—New York 1969, 2., erw. Aufl. 1971; *Die Partei Rosa Luxemburgs, Lenin und die SPD. Der polnische „europäische“ Internationalismus in der russischen Sozialdemokratie*, Wiesbaden 1974; *Arbeiterräte, sozialer Wandel und Parteipolitik im östlichen Mitteleuropa*, Köln 1975 (= *Berichte des BIOst*, 13, 14, 50); *NSZZ „Solidarność“*. Beitrag zur politischen Wirkungsanalyse einer sozialen Sammlungsbewegung, Köln 1983 (= *Berichte des BIOst*, 9).



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn I.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung *DAS PARLAMENT*, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46040, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung *DAS PARLAMENT* einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Jaruzelskis Polen im Jahre fünf

I. Die „Normalisierung“ – aber wovon?

In Warschau tagte vom 29. Juni bis 3. Juli 1986 der 10. Parteikongreß der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) unter mäßiger Anteilnahme der internationalen Öffentlichkeit. Ein Vergleich mit der Spannung, die den 9. Außerordentlichen Parteitag der polnischen Kommunisten im Juli 1981 umgab, läßt die einschneidenden Veränderungen, die in Polen in den vergangenen fünf Jahren vorstatten gingen, nur erahnen. Der 10. Parteitag war ein äußerlich undramatischer Parteikongreß. Er wurde — vom Ersten Sekretär der Partei, Wojciech Jaruzelski, sorgfältig vorbereitet — der Parteitag der Generals. Er stand weder unter dem Druck der Erwartungen, die an den 27. Parteitag der KPdSU vom vergangenen Februar geknüpft wurden¹⁾, noch versuchte er die Selbstzufriedenheit, mit der sich die SED auf ihrem 11. Parteitag im April dieses Jahres selbst feierte, zu kopieren.

Jaruzelskis einstimmige Wiederwahl zum Ersten Sekretär durch das ZK war ein Zeichen für die Stabilisierung der herrschenden Elite. Parteichef Kania hatte sich 1981 einem Gegenkandidaten (Kazimierz Barcikowski) stellen müssen und wurde vom gesamten Parteitag gewählt. Dieses Novum in der Geschichte der PVAP und generell der regierenden kommunistischen Parteien überdauerte nicht den „polnischen Sommer“. Schon Jaruzelskis Wahl zum Ersten Sekretär am 18. Oktober 1981 als Vorbereitung auf den Ausnahmezustand, den sogenannten Kriegszustand, war wieder vom Zentralkomitee, „dem höchsten Parteiorgan zwischen den Parteitagern“ (Parteistatut, § 48)²⁾, vollzogen worden.

Was konnten Polens Kommunisten im Sommer 1986 resümieren? Gab es eine Stabilisierung in der Gesellschaft, eine Normalisierung im politisch-sozialen und wirtschaftlichen Leben, die die Parteitagsdelegierten als Erfolg der regierenden Partei verzeichnen konnten? Oder markierte der Parteitag vielleicht eher die Normalisierung in der

Partei und die Stabilisierung der Position ihres Ersten Sekretärs gegenüber den Ansprüchen von Konkurrenten sowie Macht- und Einflußgruppen auf dem „linken“ und „rechten“ Flügel der Partei? Der 9. Außerordentliche Parteitag vom 14. bis 20. Juli 1981 war vom Aufbruch gekennzeichnet gewesen, der durch das Land wie durch die Partei ging. Der Demokratisierungs- und Öffnungsprozeß, initiiert von einer sich ihrer Macht bewußt gewordenen Arbeiterklasse — in der systemfremden „Solidarność“ organisiert —, hatte zunächst alle übrigen gesellschaftlichen Bereiche erfaßt, und zuletzt an den Grundfesten der PVAP zu rütteln. Legitimation und Glaubwürdigkeit wurden zu Schlüsselbegriffen in der Gesellschaft und in den Parteireihen³⁾.

Die PVAP stand im Sommer 1981 vor der doppelten Aufgabe, auf der einen Seite Disziplinierung und Legitimitätsglauben im Lande zu garantieren und nach außen Garant der „sozialistischen Ordnung“ sowjetischer Prägung mit konzeditierten Abweichungen zu sein, und auf der anderen Seite die Avantgarde der Arbeiterklasse glaubwürdig zu repräsentieren. Vorbereitung, Verlauf und Ergebnisse des 9. Außerordentlichen Parteitags waren Spiegelbild des Dilemmas der PVAP, die Nomenklatura der wichtigsten Positionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft erhalten und gleichzeitig den Partei- und den von ihr beherrschten Staatsapparat demokratisieren zu müssen⁴⁾. Daran scheiterte die PVAP in den folgenden Monaten. Sie ging ihrer größten politischen Niederlage entgegen. Sie sah sich gezwungen, mit dem Kriegszustand (*stan wojenny*) die Genossen in Uniform zur Rettung der „sozialistischen Ordnung“ herbeizurufen.

So würde der 13. Dezember 1981 zu einem Tag der Niederlage, aber auch eines Sieges. Sieg und Niederlage bemessen sich nicht nach absoluten Kriterien. Und was waren die politischen Alternativen für die herrschende kommunistische Elite in

¹⁾ Siehe Heinz Brahm, Der 27. Parteitag der KPdSU — eine Wendemarke?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 15/86, vom 12. April 1986, S. 3—13.

²⁾ Statut Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej ze zmianami i uzupełnieniami uchwalonymi przez IX Nadzwyczajny Zjazd PZPR w lipcu 1981r., Warszawa 1981, S. 39 (Statut der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei mit Änderungen und Ergänzungen, die vom 9. Außerordentlichen Parteitag der PVAP im Juli 1981 beschlossen wurden).

³⁾ Vgl. Wojciech Lamentowicz, Die Legitimation der politischen Herrschaft in Polen seit 1944, Köln 1986 (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien/BIOS, 23—1986).

⁴⁾ Vgl. Takayuki Ito, Nomenklatura in Polen. Die Kontroverse um die Vorherrschaft der Partei (PZPR) in Staat und Gesellschaft 1980—1981, in: Dieter Bingen (Hrsg.), *Polen 1980—1984 — Dauerkrise oder Stabilisierung? Strukturen und Ereignisse in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft*, Baden-Baden 1985, S. 101—162.

Polen? Vergleicht man die Folgen des Kriegsrechts mit einer politischen Alternative, der nahezu geräuschlos Verdrängung und Auflösung bzw. „Sozialdemokratisierung“ der regierenden kommunistischen Partei, dann konnte in den Augen der PVAP General Jaruzelski auch als Retter gelten. Mißt man das Resultat an den Ansprüchen einer Nomenklatura und politischen Elite, der es in realistischer Einschätzung der soziopolitischen Situation nicht in erster Linie um Glaubwürdigkeit, ideologische Richtigkeit, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erfolg ging, sondern um die Garantie der eigenen Macht, dann endete die Geschichte der Partei nicht mit der Niederlage vom 13. Dezember 1981. Der Kriegszustand rettete die Herrschaftsstrukturen, und das war das Mini-

mum, der Ausgangspunkt, von dem aus die nächsten Schritte bedacht werden mußten: Denn war auch die Parteienomenklatura gerettet, so blieb noch immer die schwierige Aufgabe, das Land vor dem vollständigen wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Niedergang zu bewahren. Wer wollte den Partei- und Staatsapparat nach der politischen Liquidierung der Systemopposition noch daran hindern zu versuchen, die eigenen „konservativen“ Vorstellungen von einer „sozialistischen Erneuerung“ in die Tat umzusetzen? Der Widerstand konnte doch nur noch von den sozioökonomischen und sozialpsychischen Verhältnissen kommen, unter denen die polnische Bevölkerung litt und die auf den inneren Zustand der Partei zurückwirken mußten.

II. Die „Normalisierung“: Probleme der PVAP mit sich und der Gesellschaft

Die Hauptthemen und Diskussionen auf den Plena des Zentralkomitees zwischen 1982 und 1986 und die zahllosen Grundsatzartikel, Diskussionsbeiträge und Interviews in den Parteimedien verdeutlichten bis kurz vor Beginn des 10. Parteitags zwei Hindernisse, die einer vollständigen „Stabilisierung“ entgegenstanden: 1. der nach wie vor prekäre Zustand von Wirtschaft und Gesellschaft in Polen⁵) und 2. die ungelösten innerparteilichen Probleme. Polens Kommunisten diskutierten in den vergangenen fünf Jahren durchaus die drängendsten Probleme, die auf dem Lande lasten. Konnten sie aber angesichts der politischen und moralischen Bürde, die die Partei seit ihrer Gründung im Jahre 1948 und insbesondere seit der „Solidarność“-Zeit mit sich schleppt, wirksame Antworten geben?

Die Ursachen der gesellschaftlichen und politischen Krisen in der Geschichte der Volksrepublik Polen, die zugleich Krisen der regierenden PVAP waren, wurden auf Anregung des 9. Parteitags von einer eigens zu diesem Zweck eingerichteten ZK-Kommission unter Vorsitz des damaligen ZK-Sekretärs Hieronim Kubiak erforscht. Die sogenannte Kubiak-Kommission untersuchte den Zeitraum von der Gründung der PVAP im Jahre 1948 bis zum Rücktritt der Parteiführung unter

Edward Gierek im Sommer 1980. Die Schlußfolgerungen des Berichts waren für die Partei so brisant, daß der Report mehrmals überarbeitet und entschärft werden mußte, bis er im Herbst 1983 in geringer Auflage herausgegeben wurde⁶). Die These von der politischen und moralischen Einheit der Nation wurde in dem Bericht widerlegt und die sich ständig erweiternde Kluft zwischen dem Parteiapparat und der Bevölkerung verdeutlicht. Nicht „ideologische Diversion“ und „imperialistische Aggression“, sondern Inkompetenz und „Voluntarismus“ der Regierenden, eine wuchernde Bürokratie und Cliquenwirtschaft in der PVAP erschienen als Ursachen für die immer wiederkehrenden Krisen im politischen System und in der Partei.

In dem Bericht hieß es weiter: Eine idealisierte Ansicht von der Arbeiterklasse und der Gesellschaft sei mit der utopischen Überzeugung einhergegangen, die Gesellschaft könne mittels Direktiven zentral gelenkt werden. Das falsche Verständnis der Arbeiterklasse habe zu einer falschen Kaderpolitik geführt. Das Prinzip von der führenden Rolle der Partei sei entstellt gewesen. Posten seien angehäuft, die Moral vernachlässigt worden. Die Partei habe unter Karrieremachern und Unterwürfigkeit gelitten. Es hätten sich keine Mechanismen für den Führungswechsel herausgebildet. Schließlich wurde von der Kubiak-Kommission nicht der marxistisch-leninistischen Ideo-

⁵) Siehe dazu die unveröffentlichte Enquete der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN): Spoleczeństwo Polska na przełomie XX i XXI wieku. Raport końcowy pod red. J. Goryńskiego, W. Markiewicz, Warszawa, luty 1985 (Die polnische Gesellschaft am Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert), und den von „Solidarność“ in Auftrag gegebenen: Raport Polska 5 lat po sierpniu, Londyn 1986 (2. Ausgabe, 1. Ausgabe: Warszawa 1985 [Bericht Polen 5 Jahre nach dem August]).

⁶) Sprawozdanie z prac komisji KC PRPR powołanej dla wyjaśnienia przyczyn i przebiegu konfliktów społecznych w dziejach Polski Ludowej, (Sondernummer der „Nowe Drogi“) Warszawa 1983 (Arbeitsbericht der ZK-Kommission der PVAP, die zur Erklärung der Ursachen und des Verlaufs der gesellschaftlichen Konflikte in der Geschichte Volkspolens berufen wurde).

logie und den Prinzipien der Gesellschaftsordnung die Schuld an den Krisen geben, sondern „Fehlern und Entstellungen“ bei der Realisierung des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft.

In dem Kubiak-Bericht, viel mehr aber noch in Parteipublikationen, die sich der klassisch leninistischen Weltanschauung verpflichtet fühlen, wurde für die Gierек-Ära als folgenreichste „Abweichung“ konstatiert, daß die Parteiführung von der Illusion einer „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ in Polen ausgegangen sei. Dagegen wird heute wieder von parteioffizieller Seite eingestanden, daß es in Polen „weiterhin Überbleibsel der antagonistischen Klassenwidersprüche sowie nichtantagonistische Unterschiede und Interessengegensätze zwischen den einzelnen Klassenschichten“ gibt⁷⁾. Hauptaufgabe wäre demnach, die Einheit der Partei als Klassenpartei der Arbeiterklasse wieder aufzubauen. Wie aber sollte das geschehen — bei einer Parteigeschichte, die als eine Geschichte der Niederlagen und „Abweichungen“ erscheinen muß?

Reformatorische Kritiker in den Reihen der Partei wie der ehemalige ZK-Sekretär Kubiak, Soziologie-Professor an der traditionsreichen Krakauer Jagiellonen-Universität, der mit dem Bericht „seiner“ Kommission auf einige Schmerzstellen der Parteigeschichte gedrückt hatte, mußten nach dem Ende der Bußzeit für die PVAP und angesichts eines wieder erstarkenden und sich selbstbewußter gebenden Parteiapparates wie ein

Fremdkörper erscheinen. Bereits 1982 hatte Kubiak auf dem 9. ZK-Plenum (15./16. Juli) gemeinsam mit dem Exponenten des „Beton“-Flügels, Stefan Olszowski und Marian Woźniak, den Posten des ZK-Sekretärs abgegeben, und es war keine große Überraschung, daß er auf dem 10. Parteitag nicht mehr in das Politbüro gewählt wurde. „Ich habe verloren“, kommentierte Kubiak später⁸⁾. Die völlige Ablehnung von seiten des kulturschöpferischen Milieus und der gescheiterte Versuch, nach der Verhängung des Kriegszustands eine Brücke der Verständigung zur Intelligenz zu bauen, veranlaßten ihn, seine Funktion im ZK-Sekretariat aufzugeben. Kubiak wählte die eine Möglichkeit: Der moralisch-psychische Druck des Milieus der Intelligenz, der im Kulturbereich Tätigen, die Gefahr, in den Gängen der Macht als „Berufspolitiker“ den eigenen ethischen Grundsätzen entsagen zu müssen, zwangen ihn zum Rückzug. Der ehemalige ZK-Sekretär weigerte sich, einen bestimmten Preis zu zahlen: „Die Kultur der Übernahme politischer Ämter trägt in sich ein Element, das am wenigsten überprüft wird und das am schwersten ist, und zwar die Kultur abzutreten“⁹⁾.

Symbolträchtiger noch für die politische Entwicklung in Polen nach 1981, für die Gewichte in der PVAP und die politische Strategie ihres Generals war das politische Schicksal von Mieczysław Rakowski, der mehr im politischen Rampenlicht stand als der Professor aus Krakau und eine andere Möglichkeit wählte.

III. Die „Normalisierung“: Ein Exponent und Opfer

Personalpolitik ist nicht alles. Aber Namen sind nicht nur Schall und Rauch. Sie stehen für Programme, Richtungen, Fraktionen, Einflußkämpfe. Sie bieten Möglichkeiten zur Identifizierung, Sympathie, für wohlwollendes Abwarten, oder für Ablehnung, Antipathie. Namen polarisieren mehr als Programme. Hier soll nicht dem Gedanken gefolgt werden, daß Personen „die Geschichte“ machen. Aber sie können Trends verdeutlichen, zu Repräsentanten von geschichtlichen und politischen Strömungen, Ideen, Strategien und Taktiken werden.

Am 15. Juli 1981 war der damalige Vizepremier Rakowski während der Plenardiskussion des 9. Außerordentlichen Parteitags als strahlender Vertreter des Partei-„Zentrums“ um den damaligen Parteichef Kania und den starken Mann im Vordergrund, den Ministerpräsidenten und Verteidigungsminister Jaruzelski, aufgetreten, der den „Beton“-Flügel der Partei scharf kritisierte und zugleich weitergehenden Demokratisierungsversuchen innerhalb der PVAP und in der Gesellschaft eine Absage erteilte¹⁰⁾. Der ehemalige Vizepremier und Gegenspieler von Lech Wałęsa in zahlreichen Begegnungen zwischen Herbst 1980 und Winter 1981/82, Vertrauter des Generals, war westlichen Korrespondenten, Beobachtern der politischen Szenerie an der Weichsel, in den letz-

⁷⁾ ZK-Sekretär Józef Czyrek im Referat des Politbüros auf dem 17. Plenum des ZK der PVAP am 26. Oktober 1984, das dem System der sozialistischen Demokratie, den Hauptproblemen des Staates und der Festigung der öffentlichen Ordnung gewidmet war und unmittelbar nach dem Mord an dem Priester Jerzy Popiełuszko einberufen wurde, siehe Trybuna Ludu, 2. Oktober 1984.

⁸⁾ Polityka jest profesją (Politik ist ein Beruf), in: Polityka vom 21. Juni 1986.

⁹⁾ Interview für: Wybrzeże, 23. Februar 1986.

¹⁰⁾ Siehe: IX Nadzwyczajny Zjazd Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej 14—20 lipca 1981r. Stenogram z obrad plenarnych, Warszawa 1983, S. 304—309 (9. A. o. Parteitag der PVAP 14.—20. Juli 1981. Stenogramm der Plenarsitzungen).

ten Jahren nicht selten einen Extra-Absatz in der Berichterstattung wert. Er hatte und hat viele persönliche Bekannte und Freunde im Westen, vornehmlich in der Bundesrepublik Deutschland, die ihm seit den frühen sechziger Jahren als profiliertem Vertreter des „liberalen“, prowestlich und technokratisch orientierten Parteiflügels der PVAP mit Wohlwollen begegneten. In den Zirkeln der polnischen Kulturschaffenden wurde lange Zeit sein journalistisches und politisches Engagement respektiert, man stritt sich miteinander, aber man akzeptierte sich auch.

Die Situation änderte sich seit 1981 grundlegend. In Polen wuchs die Kluft zwischen dem Vertreter des „liberalen“ Parteiflügels, dem neuen Vizepremier (seit Februar 1981) und seinen ehemaligen Kollegen und Bekannten aus dem Milieu der Intellektuellen, der Schriftsteller und Wissenschaftler. Rakowski gehörte nun endgültig zu „ihnen“, wie die Wortführer der Gesellschaft, die sich allzugerne in Abgrenzung vom herrschenden politischen System und seiner Nomenklatura und mit der ihnen eigenen Liebe zur Dichotomisierung gesellschaftlicher Realität als „wir“ bezeichneten, teils enttäuscht, teils nicht überrascht vermeldeten.

Sozialismus — das hieß für Rakowski, für die von ihm seit 1958 herausgegebene Wochenzeitung „Polityka“ und für die „Westler“ unter Polens Kommunisten: „Offenheit, Helligkeit, Denken, Rationalismus, Wissenschaft, Soziologie, öffentliche Meinung, Modernität und unzweifelhaft korrekte Prinzipien gesellschaftlicher Existenz“ (Leopold Tyrmand), aber kein Abrücken von den Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus (Nomenklatura-System, demokratischer Zentralismus u. a.) und von dem bestehenden gesellschaftlichen Modell. „Aufgeklärten Absolutismus“ nannte das der 1985 verstorbene Essayist und Romancier Leopold Tyrmand in einem bitterbösen, satirischen Essay aus dem Jahre 1967¹¹). Mit seinem Diskussionsbeitrag auf dem 9. Parteitag der PVAP hatte Rakowski klargemacht, wo

die äußersten Grenzen der gesellschaftlich-politischen Öffnung für jede Parteiführung liegen. Der politische Aufstieg Rakowskis im Februar 1981 und sein offensichtlicher Abstieg nach der Regierungsumbildung im November 1985, als er sein Amt als Vizepremier verlor, sind Spiegelbilder einer politischen Strategie der Jaruzelski-Führung in den vergangenen sechs Jahren. Rakowskis Ernennung zum stellvertretenden Ministerpräsidenten galt vielen als Signal für die Bereitschaft der Regierung unter dem neuen Ministerpräsidenten Jaruzelski zu einer Politik der Verständigung, der Realisierung des politischen Kompromisses auf der Grundlage der gesellschaftlichen Vereinbarungen von Danzig, Stettin und Jastrzębie vom August/September 1980. Seine Abwahl als Vizepremier und Regierungsbeauftragter für Gewerkschaftsfragen im November 1985 zog einen vorläufigen Schlußstrich unter Jaruzelskis „Normalisierungs“-Politik nach dem 13. Dezember 1981, die von einem vorläufigen Sieg unter einer historischen Niederlage gekennzeichnet zu sein scheint. Jaruzelskis Politik des Kampfes mit dem Gegner des „real existierenden Sozialismus“ endete bis zum 10. Parteitag der PVAP mit der Wiederherstellung des von der Partei repräsentierten Nomenklatura-Systems, also mit einem Sieg. Die deklarierte Politik der Verständigung oder auch einer minimalen Akzeptanz der Macht ist jedoch allem Anschein nach gescheitert, da wichtige, als authentische Interessenvertreter der Gesellschaft angesehene Gruppen und Personen ein anderes Verständnis von Partnerschaft haben, als es dem Selbstverständnis der Jaruzelski-Führung entspricht und als es von Rakowski vertreten wurde. Deutlicher: Unabhängige gesellschaftliche Bewegung und Organisation ohne organisatorische Hegemonie der PVAP ist — abgesehen von dem Sonderfall katholische Kirche — für die Partei nicht akzeptabel. Repräsentant des eher paternalistischen Verständigungsmodells war in den Auseinandersetzungen 1980/81 und dezidiert noch nach 1982 Mieczysław Rakowski.

IV. Vorrangige Aufgabe nach 1982: Stärkung des Staatsapparates

Nach Aufhebung des Kriegszustands im Juli 1983 wurde durch die Personalunion von Erstem Sekretär der Partei, Regierungschef und Oberbefehlshaber der polnischen Armee die starke informelle und personalpolitisch von Jaruzelski abgeseicherte Rolle der Armee in Staat und Partei, insbesondere auch ihre nationale und politisch-mo-

ralische Erziehungsfunktion zum Nutzen eines neu zu schaffenden Etatismus, festgeschrieben. Die Übernahme von strategischen Posten in der Staatsverwaltung (Innenminister, Verteidigungsminister, Minister für Bergbau und Energetik, Vizeminister für Bildung und Erziehung, Vorsitzender der Obersten Kontrollkammer u. a.) und in der Partei (ZK-Kaderabteilung u. a.) durch Generale und Oberste spricht für sich. Jaruzelskis Macht als Erster Parteisekretär und Ministerpräsident (1981 bis 1985 bzw. Staatsratsvorsitzender

¹¹) Leopold Tyrmand, *The Dialectic of Opportunism. The Hair-Styles of Mieczysław Rakowski*, in: *Survey*, Summer 1982, Vol. 26, no. 3 (116), S. 165—181, hier S. 170.

seit 1985) wurde bis zum 10. Parteitag nicht primär durch den Parteiapparat, sondern durch Loyalitätsstrukturen im obersten Armeeapparat und durch die Sicherheitsorgane abgestützt. Daß die Macht der Sondereinheiten der Miliz und des Sicherheitsdienstes (SD) eine zweiseitige Sache ist, bewiesen die Umstände der Entführung und Ermordung des Priesters Jerzy Popiełuszko im Oktober 1984. General Jaruzelski zog die Konsequenzen daraus und entmachtete den Sicherheitschef im ZK, den Milizgeneral Mirosław Milewski, im November 1984, und übernahm selbst die oberste Verantwortung und Kontrolle über den Sicherheitsapparat. Er untermauerte damit den Anspruch, daß die Partei den Sicherheitsdienst regiert und nicht umgekehrt.

Von Polens erstem Mann waren die Wahlen zu den Volksräten der Gemeinden und Wojewodschaften am 17. Juni 1984 und zum Sejm am 13. Oktober 1985 als demonstrativer Abschluß des politischen „Stabilisierungs“-Prozesses nach den für Jaruzelskis Kurs besonders kritischen Jahren 1982/83 gedacht¹²⁾. Die Ergebnisse der Sejmwahlen konnten Jaruzelski und seine Mannschaft zwar nicht als glänzenden Sieg, aber immerhin als einen Achtungserfolg ihrer Konzeption von „Stabilisierung“ der gesellschaftlich-politischen Lage in Polen verbuchen. Offiziell wurde die Wahlbeteiligung mit 71,8 Prozent angegeben — nach 75 Prozent bei den Volksrätewahlen 1984. Es war sicher die Langzeitwirkung des Schocks vom August 1980 und des Unglaubwürdigkeitssyndroms der PVAP, daß der nachträglichen Wahlmanipulation engere Grenzen gezogen waren als in den vergangenen 40 Jahren.

Auch wenn es einige Prozent weniger Wahlbeteiligung als offiziell verlautbart gab — in den realsozialistischen Staaten ist allein die Wahlbeteiligung von Bedeutung, da es keine legale Opposition gibt —, konnte das Wahlergebnis als ein Zeichen für die weiter zunehmende politische Apathie der schweigenden Mehrheit der Polen gelten, nicht so sehr als ein Zeichen der Zustimmung zum

Demokratieverständnis der herrschenden Elite. In jedem anderen Land des Warschauer Pakts, gewöhnt an 98- bis 99-Prozent-Ergebnisse, hätte eine offizielle Wahlbeteiligung von 78,8 Prozent als Katastrophe gegolten.

Das Amt des Ministerpräsidenten gab Jaruzelski bei der Regierungsneubildung im November 1985 an den Wirtschaftsprofessor (Spezialgebiet Buchhaltung) Zbigniew Messner ab. Unmittelbar vor dem 10. Parteitag sollten die wirtschaftlichen Probleme im Mittelpunkt des innenpolitischen Interesses stehen. Gab es Positives über die bisherigen Ergebnisse der Wirtschaftspolitik zu berichten? Der Kommentator der Tageszeitung „Życie Warszawy“ schrieb dazu: „Ein Pferd mit Sattelzeug demjenigen, der nach Abwägung aller Plus- und Minuspunkte der Reform noch präzise auszusagen im Stande ist, an welchem Punkt sich unsere Wirtschaft heute auf dem Weg von der Krise zum Gleichgewicht befindet.“¹³⁾ Weitaus kritischer äußerte sich noch unmittelbar vor dem 10. Parteitag die „Patriotische Bewegung der nationalen Wiedergeburt“ (PRON), die Nachfolgeorganisation der 1983 aufgelösten nationalen Einheitsfront (FJN), in einem Report. Das Scheitern bei der Implementierung der Wirtschaftsreform drohe „das Land in das technologische Aus und zu sozialem Aufruhr zu führen“. Die Regierung versuche, zu den bekannten zentralistischen Methoden des Managements zurückzukehren¹⁴⁾.

Nachdem Jaruzelski den Staats- und Regierungsapparat in den vergangenen Jahren durch eine wahre Gesetzes- und Verordnungsflut — nicht zuletzt im Bereich der Wirtschaftspolitik — nach seinen Vorstellungen geprägt hatte, mußte es ihm nach der Bewältigung dieser Aufgabe darum gehen, rechtzeitig zum bevorstehenden 10. Parteikongreß die „führende Kraft beim Aufbau des Sozialismus“, die PVAP, wieder als funktionsfähiges politisches Instrument zu seiner Disposition, d. h. zur Disposition des Staatsapparates, zu stärken.

V. Wie die „führende Rolle“ der Partei wiederherstellen?

Diese Aufgabe bestimmte das Vorgehen Jaruzelskis in drei besonders sensiblen Bereichen der polnischen Innenpolitik: der Arbeiter- und Gewerkschaftsfrage, den Bereichen von Erziehung, Bildung und Kultur und in der Gestaltung des Verhältnisses zur katholischen Kirche.

¹²⁾ Vgl. Jerzy Bielecki, *Droga walki porozumienia*, in: *Nowe Drogi*, (1984) 2, S. 13—20 (Auf dem Wege des Kampfes und der Verständigung).

¹³⁾ *Życie Warszawy* vom 11. November 1985.

¹⁴⁾ Siehe *Financial Times* vom 29. Mai 1986.

Die frühzeitige — auch nach Meinung wohlwollender Beobachter verfrühte¹⁵⁾ — Zentralisierung der systemkonformen Gewerkschaftsbewegung in Polen nach ihrem Wiederaufbau 1982 hat die Glaubwürdigkeit des Arguments, bei der neuen Gewerkschaftsentwicklung handele es sich um einen organischen Prozeß von unten, nicht unter-

¹⁵⁾ Siehe Danuta Frey, *Związki Zawodowe ku jedności — nie bez obaw*, in: *Odrodzenie* vom 30. Oktober 1984 (Gewerkschaften in Richtung Einheit — nicht ohne Zweifel).

mauert. Vermutlich steht auch die Überlegung der Regierenden dahinter, daß mit den neuen Gewerkschaften bei vielen Arbeitern per se kein positives Image zu gewinnen ist und es schließlich darum geht, die Fassade einer funktionierenden sozialistischen Ordnung wiederherzustellen¹⁶⁾.

Dieses Anliegen bestimmte auch das Vorgehen der Partei gegenüber dem akademischen Milieu. Der personelle Einfluß der PVAP an den Schulen und Hochschulen war nach 1980 dramatisch gesunken. Anfang 1986 waren etwa 30 Prozent der Lehrer Parteimitglieder — knapp ein Viertel weniger als 1980. Nur 25,7 Prozent der Hochschullehrer gehören der PVAP an. Besonders besorgniserregend ist für die Partei die sich weiter öffnende Schere zwischen dem Grad der Parteizugehörigkeit der Professoren und Dozenten einerseits und der jüngeren wissenschaftlichen Angestellten sowie der Studenten andererseits¹⁷⁾.

In der Parteipresse häufen sich seit 1982 die Forderungen nach einer Überprüfung der Lehrer- und Hochschullehrerkader. Die Diskussion über eine „Verifizierung“ der Kader endete vorläufig mit dem neuen Hochschulgesetz vom 25. Juli 1985, mit dem die Hochschulautonomie trotz des Widerspruchs des wissenschaftlichen Konsultationsgremiums beim Ministerium, der Universitäten und der katholischen Kirche stark beschnitten wurde, und einer ersten „Verifikation“ im November 1985. Weitergehende Anläufe zur „Verifikation“, insbesondere des akademischen Mittelbaus — der „Solidarność“-Generation — sind seitdem im Ansatz steckengeblieben, da die Behörden größere Unruhe und Konfrontation befürchten. Die nächste politisch-ideologisch motivierte Kaderverifikation an den Hochschulen ist — vorläufig — für den Herbst 1986 vorgesehen.

Angesichts der zunehmenden Einschränkungen unabhängiger wissenschaftlicher, gesellschaftli-

cher und kultureller Artikulation bleibt die katholische Kirche die einzige Institution mit entsprechenden organisatorischen und räumlichen Möglichkeiten, die einem breiten Spektrum der unabhängigen Aktivitäten der Gesellschaft Zuflucht gewähren kann. Diese nach Ansicht der Behörden nicht ins Aufgabengebiet der Kirche gehörenden quasi-oppositionellen Aktivitäten (= „politischer Klerikalismus“) sind in den letzten Monaten zunehmender Kritik der Parteimedien ausgesetzt gewesen. Die kulturelle Tätigkeit der katholischen Kirche und die daran beteiligten Wissenschaftler und Künstler sollen schärfer ins Visier genommen werden. Auf der zweiten gesamt-polnischen ideologisch-theoretischen Konferenz der Partei (27./28. November 1985) richtete Parteichef Jaruzelski eine Warnung an die katholische Kirche. Die Behörden würden gegen „politischen Klerikalismus, Fanatismus und Intoleranz“ vorgehen — eine Drohung, die von den PVAP-Massenmedien im Frühjahr 1986 verstärkt wurde. Das Verhalten der Partei zur Kirche bleibt, wie in den vergangenen 30 Jahren, von Zweigleisigkeit bestimmt: Vereinnahmung, wo es zum Nutzen von Partei und Staat sein könnte, und Kampf, wo das politische System seine Legitimität in Frage gestellt sieht.

Die Politik gegenüber Gewerkschaften, Hochschulen und den gesellschaftlichen Aktivitäten der katholischen Kirche wird als Beweis für ein neues Selbstbewußtsein der Partei, aber auch für Dialogunfähigkeit der Partei- und Staatsorgane angesehen, vor der der katholische Abgeordnete Ryszard Bender im Herbst 1985 im Sejm gewarnt hatte, und die Verbitterung, „Staatsnihilismus“ oder einfach gesellschaftliche Apathie vergrößert. Die fürchtet die politische Führung im Augenblick offensichtlich mehr als offene Opposition.

VI. Die Personalpolitik des Generals

Wie drückte sich der politische Kurs des Generals in der Personalpolitik vor dem 10. Parteitag aus? Jaruzelski hatte mit dem Parlamentswahlergebnis vom Oktober 1985 seine Position gegenüber innerparteilichen Gegnern seines „mittleren“ Kurses in der Innenpolitik, die sich zuletzt mit dem Popieluszko-Mord brutal gemeldet hatten, ausgebaut. Die Übernahme der Kontrolle über den Parteiapparat im Innenministerium im Dezember 1984 und die endgültige Entmachtung des für den Sicherheitsapparat zuständigen ZK-Sekretärs Mi-

lewski auf dem 19. ZK-Plenum am 13./14. Mai 1985 waren bereits wichtige Erfolge des Parteigenerals gewesen. Nach den Parlamentswahlen waren weitere Schritte zur Befestigung seiner Macht im Partei- und Staatsapparat erfolgt. Jaruzelskis ehemaliger Rivale Stefan Olszowski verlor sein Amt als Außenminister und schied aus dem Politbüro aus. Gleichzeitig mit dem als „hardliner“ geltenden Olszowski verlor der bisherige ZK-Sekretär Kazimierz Barcikowski sein Parteiamt als ZK-Sekretär und wurde in das Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrats hinaufgelobt. Barcikowski, der als „ehrliche Haut“ gilt, dem General in den vergangenen Jahren eine politische Stütze war und ein geschätzter Verhand-

¹⁶⁾ Vgl. dazu den Beitrag von Georg W. Strobel in dieser Ausgabe.

¹⁷⁾ Trybuna Ludu vom 1./2. Februar 1986.

lungspartner des Sekretärs der katholischen Bischofskonferenz in den Verhandlungen der gemischten Kommission aus Vertretern von Regierung und Episkopat, ist seit längerer Zeit erkrankt. Als stellvertretender Staatsratsvorsitzender übernimmt Barcikowski seit Herbst 1985 einen Großteil der protokollarischen Aufgaben des Staatspräsidiums und ist für den General als Vorsitzender des im April 1986 gegründeten gesamt-polnischen Grunwald-Komitees ein Garant dafür, daß nationale Zungenschläge in die Bahnen der partei- und regierungsamtlichen Politik in der „deutschen Frage“ gelenkt werden und nicht mehr, wie in den vergangenen Jahren, zur Profilierung von innerparteilichen Gegnern des Generals aus den Reihen der „Betonköpfe“ und Altstalinisten benutzt werden können.

Eine Zeitlang kursierte in Kreisen, die sich als „gut informiert“ bezeichnen, das Gerücht, daß in näherer Zukunft ZK-Sekretär Józef Czyrek ein gefährlicher Rivale für Jaruzelski werden könnte. Czyrek wird auch zum „Zentrum“ gerechnet. Somit ist er keine programmatische Alternative zu Jaruzelski. Konkurrent wäre er höchstens in dem Augenblick, in dem die Armee im Exekutivapparat der Partei infolge eines mächtigen Drucks des zivilen Parteiapparates und Moskaus ihre Sitze räumen müßte. Alle Zweifel an der Position Jaruzelskis sollten jedoch im Verlaufe des 10. Parteitags beseitigt werden.

Wie bereits dargestellt, verlor ein anderer Vertreter des „Zentrums“, der Jaruzelski-Vertraute Rakowski — wie der als Vertrauensmann der alten Breschnew-Führung geltende Olszowski — sein Regierungsamt. Dies ist von westlichen Beobachtern als Knick in der Karriere des als „liberal“ geltenden Rakowski kommentiert worden.

Mit der Personalpolitik, die Jaruzelski gemäß dem Prinzip „langsam, aber sicher“ in den vergangenen fünf Jahren in der Partei durchsetzte, hatte in der PVAP eine konservative Grundströmung die Mehrheit übernommen. Ihre Vertreter sind als Realpolitiker einzuschätzen, denen es um Machtkonservierung ohne große ideologische Ansprüche mittels technokratischer Reformen geht. Seit 1981 wurden etwa 80 Prozent des Parteiapparates mit neuen Leuten besetzt; dies geschah ohne spektakuläre Säuberungen in der Partei. Unter Jaruzelskis Parteiherrschaft nahm die Zahl der Staatsbeamten um etwa 30 Prozent zu.

Der konservativ-etatistische Pfeiler bildet den stärksten Sockel der Macht des Parteigenerals. Vorherrschend ist in der heutigen PVAP ein Nationalismus bei gleichzeitiger Anbindung an die Sowjetunion. Die Ministerien, der ZK-Apparat, Miliz und Armeeoffiziere sind von dieser Einstellung geprägt. Charakteristisch für viele Vertreter der konservativ-realpolitischen Strömung in der PVAP ist der Zynismus. Bezeichnend ist für diese neue Partielite, daß deren Vertreter Männer ohne Gesichter und Geschichte sind. Geleitet wird diese Mehrheit in der Partei und damit gleichzeitig die gesamte PVAP durch ein informelles Entscheidungszentrum, in dem Generale und Oberste, die teilweise seit Jahrzehnten das Vertrauen Jaruzelskis besitzen, ein Übergewicht haben, wie z. B. Józef Baryła, Władysław Honkisz, Tadeusz Hupałowski, Michał Janiszewski, Czesław Kiszczak, Florian Siwicki, Tadeusz Tuczapski, und einige Zivilisten, wie Kazimierz Barcikowski, Henryk Bednarski, Józef Czyrek, Jan Głowczyk, Wiesław Górnicki, Zbigniew Messner, Włodzimierz Mokrzyński, Tadeusz Porębski.

Zurückgedrängt wurden die Dogmatiker und Altkommunisten, die heute nur noch eine sehr kleine Gruppe im Parteiapparat darstellen. Ihre wichtigsten Repräsentanten vertreten heute die Volksrepublik Polen im Ausland als Botschafter oder Gesandte. Diese elegante Methode der Kaltstellung mußten auch die Reformer in der Partei, soweit sie diese nicht verlassen hatten oder aus ihr entfernt wurden, über sich ergehen lassen, wie die ehemaligen Parteisekretäre aus Danzig und Posen, Tadeusz Fischbach und Edward Skrzypczak.

Die neue Jaruzelski-Elite regiert heute, ohne neue Hoffnung zu erwecken, sie will neue Enttäuschungen und deren politische Folgen verhindern. Mit dieser sehr geschickten Manipulation der Hoffnungen und Ängste hat die heutige Parteiführung aus den schmerzlichen Erfahrungen der Parteiführer Władysław Gomułka und Edward Gierek gelernt. Eine andere Folge der ideologischen Krise der vergangenen Jahre und der pragmatischen Politik der Parteiführung ist aber auch, daß die PVAP ihr soziales Antlitz veränderte und sich in den letzten Jahren von einer Arbeiterpartei in eine Partei der Bürokraten und Staatsbeamten verwandelte. In ihrer seit sechs Jahren um ein Drittel verminderten Mitgliedschaft stellt die „Intelligenz“, d. h. vor allem der Partei-, Wirtschafts- und Staatsapparat, die absolute Mehrheit dar.

VII. Das Antlitz der PVAP vor dem 10. Parteitag¹⁸⁾

Einen Monat vor dem 10. Parteitag zählte die PVAP 2 125 762 Mitglieder und Kandidaten (Januar 1980: 3 080 000, 31. Dezember 1985: 2 115 000)¹⁹⁾, unter denen die 1 776 Delegierten des Parteitags ausgewählt wurden. Die stärksten Wojewodschafts-Parteiorganisationen waren am 31. Dezember 1985:

1. Kattowitz 250 839 Mitglieder (208 Delegierte)
2. Warschau 137 023 Mitglieder (110 Delegierte)
3. Posen 86 249 Mitglieder (69 Delegierte)
4. Bydgoszcz 78 415 Mitglieder (64 Delegierte)
5. Lodz 76 450 Mitglieder (60 Delegierte)
6. Kielce 71 181 Mitglieder (58 Delegierte).

Aus diesen sechs Wojewodschaften wurde ein Drittel der Delegierten zum 10. Parteitag gewählt. Die fünf kleinsten Wojewodschafts-Parteiorganisationen haben zwischen 13 407 (Białopodlaska) und 17 916 (Przemyśl) Mitglieder und entsenden zwischen elf und 14 Delegierte nach Warschau. Die kleinsten Wojewodschaften wurden erst 1975 im Zuge der Verwaltungsreform gegründet. Man muß die Mitgliederzahl von 13 Wojewodschafts-Parteiorganisationen vom unteren Teil der 49 Positionen umfassenden Tabelle zusammenzählen, um auf die Parteimitgliederzahl und Delegiertenzahl der Wojewodschaft Kattowitz zu kommen. Das Kuckucksei, das Gierек und seine „oberschlesische Mafia“ mit der Verwaltungsreform gelegt hat, um die Vorherrschaft der Kattowitzer Parteiorganisation im Parteiapparat zu sichern, konserviert bis heute die Disproportionen der Organisationsstruktur der PVAP.

Die Mitglieder und Kandidaten der Partei sind in 75 000 Parteigrundorganisationen (POP) und 20 600 Betriebsorganisationen (OOP) erfaßt. Mehr als die Hälfte der Grundorganisationen zählt bis zu 15 Mitglieder, und 4 000 Grundorganisationen, hauptsächlich auf dem Lande, im Handel und Dienstleistungssektor, im Erziehungssektor und Gesundheitsdienst, haben um die fünf Mitglieder. Sie sind am Rande der statutarischen Möglichkeiten tätig. Von daher ging das Postulat an den Parteitag, daß dieser die Vorschriften im Statut ändern möge, damit bereits drei — und nicht erst fünf — Mitglieder das Recht zur Gründung einer Parteigrundorganisation besäßen.

In den Jahren 1980—1986 unterlagen Zahl wie Zusammensetzung der Parteimitglieder einem ra-

dikalen Wandel. Noch in der ersten Jahreshälfte 1980 stieg die Zahl der Parteimitglieder auf 3 186 000, fiel bis zum 9. Außerordentlichen Parteitag im Juli 1981 bereits auf 2 824 000 Mitglieder und Kandidaten und erreichte 1985 den Tiefstand mit 2 115 000 Mitgliedern. Unter denjenigen, die zwischen dem 9. und 10. Parteitag die Partei verließen, bildeten die Arbeiter die größte Gruppe. Deren Zahl verminderte sich von 1 265 000 auf 810 000 (= 36 Prozent), während die Zahl der in der Partei organisierten Landwirte sich um 28,8 Prozent, der Parteintelligenz um 12,2 Prozent verminderte. Damit veränderte sich die Klassen- und demographische Struktur der Partei. Der Anteil der Arbeiter sank von 44,8 auf 38,2 Prozent, der Anteil der Bauern von 9,5 auf 9 Prozent; der Anteil der „Intelligenz“ wuchs von 44 auf 51,5 Prozent. Der Anteil der jungen Parteimitglieder (bis 29 Jahre) verringerte sich von 13,6 auf 7,5 Prozent.

Der bis 1985 beunruhigenden Tendenz zur Auszehrung, Überalterung und Verbeamtung der Parteimitgliedschaft hielt ZK-Sekretär Porębski auf einer Sitzung der innerparteilichen Kommission des ZK im März dieses Jahres einige positive Veränderungen entgegen. Im ersten Halbjahr 1985 habe die Zahl der Parteiaustritte nachgelassen, im zweiten Halbjahr sei die Anzahl der Parteimitglieder sogar wieder etwas gewachsen. Die PVAP habe 63 000 neue Kandidaten aufgenommen, von denen 51,5 Prozent Arbeiter und Bauern gewesen seien. Fast die Hälfte der Kandidaten (49,2 Prozent) sei unter 29 Jahren gewesen. Porębski betonte in seinem Referat, daß das Anwachsen „ohne Gewalt“ um der Statistik willen erreicht worden sei. Er nannte aber auch weiterhin beunruhigende Tendenzen in der innerparteilichen Entwicklung. Er erwähnte die Unterschiedlichkeit der Effekte der Parteiarbeit, eine „bisweilen schockierend große Unterschiedlichkeit“. Der Anteil der erwachsenen Polen mit Parteibuch schwanke je nach Wojewodschaft zwischen 5,2 und 10,6 Prozent (Durchschnitt 8,1 Prozent). In einigen Wojewodschaften mache die Jugend 65 Prozent der Neuzugänge aus, in anderen mit vergleichbarer demographischer Struktur nur 35 Prozent. Es gebe Parteigrundorganisationen in allen Wojewodschaften, die seit Jahren nicht einen einzigen neuen Kandidaten aufnehmen konnten²⁰⁾.

¹⁸⁾ *Życie Partii*, (1980) 3, S. 16, *Rocznik Statystyczny 1985*, Warszawa 1986, *Życie Partii*, (1986) 14, S. 31.

¹⁹⁾ Marek Henzler, *Członkowie i delegaci*, in: *Polityka* vom 5. Juli 1986, S. 5 (Mitglieder und Delegierte).

²⁰⁾ *Analiza stanu i składu partii. Z prac Komisji Wewnętrznej KC*, in: *Życie Partii*, (1986) 13 (Analyse des Zustands und der Zusammensetzung der Partei. Aus der Arbeit der innerparteilichen Kommission des ZK).

VIII. Der Parteitag des Generals

Vergleicht man die Zusammensetzung der Parteitagsdelegierten für den 9. Außerordentlichen Parteitag mit der für den 10. Parteitag, so kann man beträchtliche Veränderungen feststellen. Das recht demokratische Wahlverfahren für die Delegierten zum 9. Parteitag, das den großen Einfluß der Parteibasis manifestierte, wurde für den 10. Parteitag wieder durch die Praxis ersetzt, die in der PVAP vor der „Solidarność“-Zeit herrschte. Die Wojewodschaftsdelegierten wurden offensichtlich auf der Grundlage von Listen gewählt, die vom zentralen und mittleren Parteiapparat, den Ministerien, der Armee und den Sicherheitskräften erstellt worden waren.

Auf dem 9. Parteitag saßen unter den Delegierten 22,3 Prozent Arbeiter, auf dem 10. Parteitag waren es 41,3 Prozent. 1986 waren 9,8 Prozent der Delegierten Individual- und Genossenschaftsbauern, 1981 waren es 9,2 Prozent. Der Anteil der Intelligenz sank von 66,7 auf 48 Prozent. Der Anteil der Frauen stieg von 5,5 auf 20 Prozent der Delegierten²¹). „Zahlreich“ nannte der Beobachter der Wochenzeitung „Polityka“ die Gruppe der Mitarbeiter des Verteidigungs- und Innenministeriums²²), ohne allerdings genaue Zahlenangaben machen zu können. Auch die Mandatskommission des 10. Parteitags machte keine genaueren Angaben über die 48 Prozent der Delegierten, die aus der „Intelligenz“ kommen²³).

Der 10. Parteitag der PVAP war der letzte in einer Reihe von Kongressen regierender kommunistischer Parteien im Einflußbereich der Sowjetunion. Die Wahlen zum Sejm im Oktober 1985 hatten den Abschluß der „Normalisierungs“-Periode auf staatlicher Ebene symbolisiert. Die Partei wollte den Schlußstrich unter die dramatischste Periode ihrer Geschichte auf ihrem 10. Kongreß ziehen und hier in einem „dialektischen Prozeß“ den schöpferischen, innovatorischen Impuls des 27. Parteitags der KPdSU auf die Bedingungen, Chancen und Notwendigkeiten des sozialistischen Polen am Ende des 20. Jahrhunderts übertragen²⁴).

Der Parteitag wurde mit dem Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees eröffnet, der von Parteichef Jaruzelski verlesen wurde. Darin betonte er die Kontinuität in der Politik der „sozialistischen Erneuerung“, die vom 9. Parteitag sanktioniert worden war. Der Inhalt der innen- und wirtschaftspolitischen Kapitel der Rede war nicht dazu angetan, Begeisterung zu wecken. Denn

trotz einiger Erfolge bei der Versorgung mit Lebensmitteln oder auf einigen anderen Gebieten überwogen die Hinweise auf Defizite. Daß es bei der Steigerung der Effektivität noch keinen Durchbruch gebe, nannte Jaruzelski ein Problem, das für Polen über Sein oder Nichtsein entscheide. Als besonders vordringlich sah er Verbesserungen in der Nahrungsmittelindustrie, im Wohnungsbau, Bildungswesen und Umweltschutz an. Doch den Hauptakzent legte er auf die Kaderpolitik. In vielen Bereichen seien die falschen Leute am falschen Platz, Musiker und Theologen hätten Posten in Wirtschaftsbetrieben, für die sie nicht im geringsten qualifiziert seien. Arbeiter und Angestellte würden häufig nicht entsprechend ihren Leistungen entlohnt. Weiterhin gelte für die Wirtschaft Polens, daß im Durchschnitt an anderthalb Tagen der Arbeitswoche nicht gearbeitet werde. Das erste Parkinson-Gesetz werde auch durch die polnische Wirklichkeit bestätigt. Der selbstkritische Ton in Jaruzelskis Rechenschaftsbericht ähnelte dem Stil Gorbatschows. Oder sollte man eher umgekehrt sagen, der sowjetische Parteichef legte sich einen Stil zu, den Jaruzelski und die polnische Parteiführung unter dem Druck der Verhältnisse bereits seit einigen Jahren pflegten?

Jaruzelski versicherte, der 10. Parteitag werde nach den politischen Auseinandersetzungen der Vergangenheit eine neue Etappe einleiten. Millionen von Menschen, die früher ihre Hoffnung auf die „Solidarność“ gesetzt hätten, arbeiteten nun aktiv im politischen Leben mit. Einige seien sogar Parteitagsdelegierte. Die „Extremisten“ der „Solidarność“-Führung hätten sich von den Massen entfernt, in den Dienst fremder Interessen gestellt und seien weitgehend isoliert. Angesichts der fortschreitenden Beruhigung der öffentlichen Meinung spreche sich das Zentralkomitee dafür aus, „den Tätern einer bestimmten Kategorie von Straftaten, die gegen die Interessen des Staates gerichtet seien, noch eine Chance zur Rückkehr in das normale Leben einzuräumen“. Vorbedingung für diese Amnestie sei die Achtung der verfassungsmäßigen Ordnung. Opposition solle zwar nicht grundsätzlich verboten sein, doch habe sie sich in der von der Partei vorgegebenen Form zu äußern. Außerdem befürwortete Jaruzelski „gute und konstruktive Beziehungen“ zwischen der katholischen Kirche und den Behörden, die auf der Trennung zwischen Kirche und Staat, der Einhaltung der Verfassung der Volksrepublik und deren Gesetzen sowie der Staatsräson des sozialistischen Staates beruhen müßten. Jaruzelski kritisierte in diesem Zusammenhang den „antisozialistischen Klerikalismus“ einiger Priester, sprach sich im gleichen Zug aber für die Gewissens- und Glaubensfreiheit der Bürger aus.

²¹) Trybuna Ludu vom 4. Juli 1986, S. 2.

²²) Henzler (Anm. 19).

²³) Trybuna Ludu vom 4. Juli 1986.

²⁴) Józef Czyrek, Po XXVII Zjeździe KPZR. Twórcza siła socjalizmu, in: Nove Drogi, (1986) 4, S. 5—14, hier S. 13 (Nach dem 27. Parteitag der KPdSU. Die schöpferische Kraft des Sozialismus).

IX. Gorbatschow segnet Jaruzelskis Kurs ab

Die größte Stütze für seinen Kurs, den er in den vergangenen fünf Jahren abgesteckt hat, konnte Polens Parteichef in Generalsekretär Gorbatschow finden. Nach Jahren des Mißtrauens und gestörter zwischenparteilicher Beziehungen auf der höchsten Ebene scheinen sich in Jaruzelski und Gorbatschow zwei ebenbürtige Partner gefunden zu haben. Seit den Zeiten von Gierek und Breschnew in den siebziger Jahren scheint das Verhältnis zwischen den beiden Parteiführungen nie so ungetrübt gewesen zu sein wie unter dem neuen sowjetischen Generalsekretär. Gemeinsame systempolitische und außenpolitische Interessen und Interessenkoordination haben das Realignment im Block ermöglicht. Als Zeichen der herausragenden Wertschätzung, die Jaruzelski bei der neuen sowjetischen Parteiführung genießt, galt die Einladung des polnischen Parteichefs in Litauens Hauptstadt Wilna während des letzten Sowjetunionbesuchs im Februar 1986 aus Anlaß des sowjetischen Parteitags.

In Warschau sollten die Beobachter den Eindruck gewinnen, daß sich Gorbatschow in seinem Element fühlte, als er sich an der Seite seines polnischen Amtskollegen in den Wandelgängen des Kulturpalastes unter die Delegierten des Parteitags mischte. Wie anders wirkte der KPdSU-Generalsekretär unter den deutschen Genossen auf dem SED-Parteitag im April 1986! Lob und Anerkennung für die polnische Bevölkerung, für die polnischen Genossen mit Wojciech Jaruzelski an der Spitze — das war der Grundtenor seiner Äußerungen in Warschau²⁵). Ungewöhnlich persönlich war das Lob für Jaruzelski in der Ansprache Gorbatschows auf dem Parteitag formuliert: „Ich denke, an dieser Stelle muß gesagt werden, daß das sozialistische Polen seinem hervorragenden Staatsmann Genossen Wojciech Jaruzelski viel zu verdanken hat — seiner Energie, seinem politischen Scharfblick, seiner großen Dimensionen umfassenden Betrachtungsweise und seiner Fähigkeit, Lösungen für sehr komplizierte Probleme zu finden und unerschütterlich die Interessen seines Volkes und die Sache des Sozialismus zu verteidigen. Und das sage ich, Genossen, nicht etwa aus pflichtschuldiger Höflichkeit, sondern aus Überzeugung.“²⁶)

In einem Interview für das polnische Fernsehen ergänzte Gorbatschow sein Lob für die polnischen Kommunisten mit einem Vergleich des sowjetischen und polnischen Parteitags: „Diese Parteitage sind sich sehr nahe in ihrer Stimmung, in der Problematik, in der Art des Blicks nicht nur

auf den heutigen Tag, sondern ebenso auf die Situation nicht nur in unseren sozialistischen Staaten, sondern auch in der Welt; sie sind sich ebenfalls nahe in ihrem Blick auf die Zukunft. Charakteristisch für beide Parteitage ist, daß sie vom offenen, ehrlichen, parteilichen Gespräch erfüllt sind.“²⁷)

Der sowjetische Generalsekretär wollte in seiner Ansprache vor dem Parteikongreß, wie es scheint, deutlich machen, daß die Polen ihre schwere Krise prinzipiell gut gemeistert hätten, die Bevölkerung nie den Sozialismus, sondern nur dessen Mißstände abgelehnt habe. Für die besonderen Schwierigkeiten Polens, für solche Eigenarten wie die Existenz einer starken katholischen Kirche und des Privatbauerntums zeigte Gorbatschow offensichtlich Verständnis.

Daß Gorbatschow und Jaruzelski bei aller Unterschiedlichkeit der Charaktere auf gleicher Wellenlänge senden, zeigte sich nicht nur an der Interpretation des Arbeiterprotests in der Ära der „Solidarność“, sondern auch an der kritischen Einschätzung der gegenwärtigen Situation vor allem der Wirtschaft im jeweils eigenen Land. Daß Gorbatschow auf dem Parteitag in Warschau in seiner Grußadresse an die polnischen Genossen auch Tschernobyl erwähnte, hatte viele Beobachter überrascht, zumal, da er den Reaktorunfall nicht nur als Argument für die Notwendigkeit atomarer Abrüstung benutzte, sondern zugestand, daß das Unglück auch die Polen getroffen habe.

So wurde die Position von General Jaruzelski als Erster Sekretär der PVAP bereits vor der Wahl der Parteigremien erheblich gestärkt. Der Segen von Gorbatschow beendete alle Spekulationen über eine interne Parteifront gegen Jaruzelski. Nicht immer hatte der General diesen Segen gehabt. Noch im Juni 1981 hatte Breschnew die Absetzung des damaligen Regierungschefs Jaruzelski wegen vermeintlicher Weichheit gegenüber der „Solidarność“ gefordert²⁸). Der Grund für die geänderte Einstellung der sowjetischen Führung ist eindeutige: Jaruzelski war als einziger unter den Führern des Warschauer Pakts imstande, ohne direkte Einmischung der sowjetischen Armee die Gefahr eines Sieges der „Konterrevolution“ zu bannen. Und eine praktikablere Lösung der Probleme, als die von Jaruzelski nach dem 13. Dezember 1981 angebotene, hatten die sowjetischen Genossen auch nicht in der Tasche. Mit welchen anderen Parteipolitikern in Warschau sollte man denn Politik machen?

²⁵) Trybuna Ludu vom 30. Juni 1986.

²⁶) TASS vom 30. Juni 1986.

²⁷) Trybuna Ludu vom 1. Juli 1986.

²⁸) Prawda vom 12. Juni 1981.

X. Die neue Mannschaft Jaruzelskis

Die Schlußsitzung des 10. Parteitags war für den 3. Juli, 18.00 Uhr angesetzt worden. Pünktlich füllten sich der Kongreßsaal und das Pressezentrum. Aber es vergingen Minuten und Viertelstunden, und die Sitzung wurde nicht wieder eröffnet. In den Gängen des Kongreßgebäudes verloren sich die Delegierten in Gedanken, was sich wohl auf der ersten Plenarsitzung des neu gewählten Zentralkomitees abspiele. Bekannt war allein, daß Wojciech Jaruzelski wieder zum Ersten Sekretär gewählt worden war, aber die Wahlen zum neuen Politbüro und zum Sekretariat verzögerten sich. Mit beinahe eineinhalbstündiger Verspätung eröffnete Jaruzelski um 19.20 Uhr die Schlußsitzung des Parteitags. Es stellte sich heraus, daß die Veränderungen sowohl in der Struktur der höchsten Parteiorgane als auch der Wahlmodus die Verzögerung verursacht hatten.

Der Status des ZK-Kandidaten wurde abgeschafft, das Zentralkomitee besteht seit dem 10. Parteitag nur noch aus Vollmitgliedern. Die Zentrale Revisionskommission und die Zentrale Parteikontrollkommission wurden zusammengelegt zu einer Zentralen Kontroll- und Revisionskommission, die ebenso wie das Zentralkomitee vom Parteitag in geheimer Abstimmung gewählt wurde. Der Erste Sekretär des Zentralkomitees wurde — wie auf allen Parteitag mit Ausnahme des 9. — vom Zentralkomitee gewählt. Die Wahl des neuen Politbüros und Sekretariats durch das Zentralkomitee verzögerte sich, da sich Jaruzelski zuvor mit den ZK-Mitgliedern und bestimmten Delegiertengruppen konsultieren mußte. Für die Verspätung entschuldigte er sich so: Die „Einhaltung der Geschäftsordnung“ und die „politische Kultur, verstanden in dem Sinne, daß mit den abtretenden Funktionären Konsultationen geführt werden mußten“, seien die Ursache gewesen. Anders ausgedrückt: Die Widerspenstigen mußten in Einzelgesprächen zur Raison gebracht werden²⁹⁾.

Das neue Zentralkomitee wählte auf seiner ersten Sitzung während des 10. Parteitags die engere Parteiführung, die insgesamt 24 Personen umfaßt:

Politbüromitglieder:

Wojciech Jaruzelski, General, 63 Jahre, Erster Sekretär, Vorsitzender des Staatsrates

Kazimierz Barcikowski, 59 Jahre, Vizepräsident des Staatsrates

Józef Baryła, 62 Jahre, General, ZK-Sekretär (neu)

Józef Czyrek, 58 Jahre, ZK-Sekretär

Jan Głowczyk, 61 Jahre, ZK-Sekretär (neu)
Czesław Kiszczak, 59 Jahre, General, Innenminister (neu)

Zbigniew Messner, 57 Jahre, Ministerpräsident
Alfred Miodowicz, 57 Jahre, Vorsitzender der Gewerkschaften (OPZZ) (neu)

Włodzimierz Mokrzyński, 48 Jahre, Vorsitzender der Zentralen Kontroll- und Revisionskommission (neu)

Zygmunt Murański, 34 Jahre, Arbeiter (neu)
Marian Orzechowski, 55 Jahre, Außenminister (neu)

Tadeusz Porębski, 55 Jahre, ZK-Sekretär
Florian Siwicki, 61 Jahre, General, Verteidigungsminister (neu)

Zofia Stepien, 47 Jahre, Arbeiterin (neu)
Marian Woźniak, 50 Jahre, ZK-Sekretär

Politbürokandidaten:

Stanisław Bejger, 57 Jahre, Erster Sekretär des Parteikomitees in Danzig

Bogumił Ferencztajn, 52 Jahre, Erster Sekretär des Parteikomitees in Kattowitz (neu)

Janusz Kubasiewicz, 48 Jahre, Erster Sekretär des Parteikomitees in Warschau (neu)

Zbigniew Michałek, 51 Jahre
Gabriela Rembisz, 49 Jahre, Arbeiterin (neu)

ZK-Sekretäre:

Józef Baryła, General, Politbüro-Mitglied

Henryk Bednarski, 52 Jahre

Stanisław Ciosek, 47 Jahre (neu)

Kazimierz Cypryński, 52 Jahre (neu)

Józef Czyrek, Politbüro-Mitglied

Jan Głowczyk, Politbüro-Mitglied

Zbigniew Michałek, 51 Jahre, Politbüro-Kandidat

Tadeusz Porębski, Politbüro-Mitglied

Andrzej Wasilewski, 58 Jahre (neu)

Marian Woźniak, Politbüro-Mitglied.

Mit den Umbesetzungen im Politbüro und Sekretariat hat General Jaruzelski den Kreis seiner Vertrauten in der Parteispitze weiter vergrößert. Innenminister und Divisionsgeneral Kiszczak wurde Vollmitglied des Politbüros, ebenso Verteidigungsminister Siwicki und der für die Organisation des Parteitags verantwortliche General Baryła. Alle drei waren im Dezember 1981 Mitglieder des „Militärrats der nationalen Errettung“ (WRON), der höchsten Exekutive während des Kriegszustands. Wie schon bei den vorhergehenden Umbesetzungen seit 1981 wurden die Flügel weiter beschnitten. Der „liberale“ Kubiak mußte das Politbüro verlassen, ebenso der „Betonkopf“ und Proletarier Siwak. Das Politbüro hatte in den letzten Jahren unter Jaruzelski eine untergeordnete Rolle gespielt, weil der General mehr auf

²⁹⁾ Siehe Zygmunt Szeliga, *Nowe władze PZPR*, in: *Polityka* vom 2. Juli 1986 (Neue Führung der PVAP).

seinen Regierungsstab und einige Vertraute setzte. Das könnte sich jetzt nach den Umbesetzungen ändern.

Neben den personellen Veränderungen an der Parteispitze — nur zwei Mitglieder der jetzigen Führung (Jaruzelski und Barcikowski) hatten schon vor dem 9. Parteitag 1981 führende Funktionen innerhalb der PVAP inne — sind auch die Veränderungen im Zentralkomitee von Bedeutung. Der 10. Parteitag verringerte die Zahl der Mitglieder des Zentralkomitees auf 230 und berief anstelle der 70köpfigen Zentralen Revisionskommission und der 90köpfigen Zentralen Parteikontrollkommission eine 130köpfige Zentrale Kontroll- und Revisionskommission. Im neuen Zentralkomitee fehlen unter den bekannten Namen der ehemalige Erste Parteisekretär Stanisław Kania, der zu den Reformern gerechnete Arbeiter Jan Łabęcki, Politbüromitglied 1981/82, und Stefan Olszowski, ehemals ZK-Sekretär und Mitglied des Politbüros. Ein interessantes und eigenartiges Phänomen ist die Rückkehr einiger Funktionäre, die einst hohe Funktionen im Parteiapparat innehatten, aber 1981 nicht wieder ins Zentralkomitee gewählt worden waren. Teilweise kehrten sie schon zwischen dem 9. und 10. Parteitag ins ZK zurück (General Baryła u. a.). Auf dem 10. Parteitag vergrößerte sich diese Gruppe weiter um einige Funktionäre aus dem Staats- und Wirtschaftsapparat wie Stanisław Ciosek, Roman Ney und Zbigniew Szałajda und den ehemaligen Staatsratsvorsitzenden Henryk Jabłoński. Zu den neuen Mitgliedern des Zentralkomitees gehört auch General Pożoga, stellvertretender Innenminister und Chef der Spionageabwehr, der kürzlich durch Klagen gegen angebliche Spione in den Reihen der Opposition des Landes und die „Spionagezentren“ im Westen von sich reden machte³⁰⁾.

Nach der offiziell verbreiteten Statistik finden sich unter den 230 ZK-Mitgliedern 87 Arbeiter und unmittelbar in der Produktion Arbeitende, 50 Vertreter des zentralen und territorialen Parteiapparates, 27 Individual- und Genossenschaftsbauern, 12 Repräsentanten der Staatsverwaltung und — wie schon 1981 — eine „bescheidene Repräsentation“ der Welt der Kultur. Sieht man von dem ZK-Sekretär Wasilewski ab, findet

sich im Zentralkomitee kein einziger Schriftsteller³¹⁾.

Die Zusammensetzung der Spitzengremien, die Parteichef Jaruzelski in seiner Abschlusßrede bekanntgab, veranschaulicht die unangefochtene und beherrschende Position des Generals. Die früher einflußreichen Flügel scheinen auf längere Sicht gebrochen. Daß der sowjetische Parteichef Gorbatschow eine große Rolle auf dem 10. Parteikongreß der PVAP spielte, ließ Jaruzelski deutlich erkennen. Gorbatschow war bereits nach dem zweiten Sitzungstag aus Warschau wieder abgereist, nachdem er den Jaruzelski-Kurs eindeutig abgesegnet hatte. In seiner Schlußrede lobte Jaruzelski die persönlichen und politischen Führungsqualitäten des Kremlchefs. Aus seinen Worten war die Dankbarkeit für die von Gorbatschow angedeutete Anerkennung einer gewissen Vorrangstellung Polens gegenüber anderen Staaten des Warschauer Pakts, vor allem auch wieder gegenüber der DDR, deutlich herauszuhören. Ausschlaggebend dürfte der Umstand gewesen sein, daß Moskau die besondere Art der in Polen nach dem 13. Dezember 1981 entstandenen Interessenskoalition innerhalb der Nomenklatura, nämlich der Koalition zwischen Armee, Polizei und Parteiapparat, toleriert hat. Dabei spielt gewiß auch eine bedeutende Rolle, daß die wiederholten Führungskrisen und der physische und psychische Kräfteverschleiß der vergangenen Jahre und Jahrzehnte einen akuten Mangel an politischen Führungsfiguren in der PVAP nach sich gezogen haben.

Bisher hatte die PVAP kein geschriebenes Parteiprogramm. Dies konnte als Zeichen ideologischer Schwäche gedeutet werden, ermöglichte es aber auch, sich in besonderen Situationen im Lavieren zu üben und Flexibilität zu wahren. Die Wende zum Festschreiben eines Programms wurde nach dem 9. Außerordentlichen Parteitag vollzogen. Das langfristige Programm der PVAP ist, wie aus seinem Entwurf zu schließen ist, ein Papier, das einerseits auf die besondere polnische Situation zugeschnitten ist, andererseits in Sprache und Anspruch ein Zukunftsplan, der im Gegensatz zu den Nöten der Gegenwart steht und den ideologischen Ansprüchen einer leninistischen Partei entgegenkommt.

XI. Was heißt Normalisierung?

Die „Normalisierungs“-Ziele der polnischen Partei- und Staatsführung in den vergangenen fünf

Jahren waren offensichtlich eng umgrenzt — angesichts der komplizierten Situation in Polen realistisch. Wenn man zwei Grundvarianten der „Normalisierung“ unterscheidet, dann hat die Jaruzelski-Führung die *pragmatische* Variante der Pazifizierung von Hoffnungen und Erwartungen

³⁰⁾ Vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Juli 1986; Süddeutsche Zeitung vom 5. Juli 1986.

³¹⁾ Szeliga (Anm. 29).

der Gesellschaft gewählt, die im wesentlichen auf die Kontrolle des Verhaltens der Menschen und gesellschaftlichen Gruppen abzielt. Die *doktrinäre* Variante, die eine Veränderung des grundlegenden Wertesystems und eine ideologische Umpolung der ganzen Gesellschaft zum Ziel hat, wurde — bisher zumindest — nicht ernsthaft in Angriff genommen. Sie müßte, gemessen an den Erfahrungen mit den vergangenen 40 Jahren Realsozialismus in Polen, unweigerlich scheitern.

Für die im Westen nach 1981 verschiedentlich diskutierte „tschechoslowakische Lösung“ hat Jaruzelski offensichtlich nicht optiert, ebensowenig aber auch für eine „ungarische Lösung“, für die angesichts einer andersartigen politischen Kultur, wirtschaftlichen Situation und in einem veränderten internationalen Umfeld die Voraussetzungen fehlten.

Die Vertreter einer „pragmatischen“ Normalisierung sind sich bewußt, daß die offizielle marxistisch-leninistische Ideologie keine gesellschaftliche Akzeptanz findet und es keine Möglichkeit gibt, die Bevölkerung zu zwingen, an doktrinäre Lösungen zu glauben. So werden nationale Symbole, der Kult eines starken und gerechten Staates und nicht zuletzt die Idee der Solidarität angesichts der Gefahr eines gemeinsamen Feindes (westliche „Diversionszentren“, die „im Solde des Imperialismus“ stehende Opposition im Lande, der „deutsche Revisionismus“ u. a.) zu Ersatzideologien.

Die Partei- und Staatsführung unter Jaruzelski ist die erste in Polen seit 1944, die sich nicht selbst als höchster Ausdruck und Vorreiter des gesellschaftlichen Wohlergehens präsentiert. Sie bezeichnet sich selbst mehr als das geringere von zwei Übeln und ihre Politik der „Normalisierung“ als eine bittere Notwendigkeit, zugleich aber als die einzige Chance für zukünftige Reformen. Das hat eine Endideologisierung und politisch-moralische Delegitimierung der Partei zur Folge und fördert die Entstehung und Stärkung einer zweiten Nomenklatura, die man als etatistische Nomen-

klatura bezeichnen könnte. Dies könnte der erste Schritt vom „Parteikommunismus“ zum „Staatskommunismus“ sein, bei dem die Partei nicht mehr alle Mittel in der Hand hat, alle Sphären staatlichen Handelns zu monopolisieren. Man könnte dies als ersten Schritt beim Übergang von der Diktatur einer politisch-ideologischen Bürokratie zu einer Art repressiven Technokratismus bezeichnen: von der Ideologie des Kommunismus zu den Keimen ökonomischer Rationalität. Dem dienten die Veränderungen im Staats- und Parteiapparat, die General Jaruzelski nach 1982 in Angriff genommen hat. Die Anpassung des zentralen Parteiapparates in den vergangenen Jahren an die spezifischen Bedürfnisse des Staatsapparates — der selbstverständlich weiterhin von Parteimitgliedern geleitet wird — hat mit dem 10. Parteitag der PVAP und den von ihm akzeptierten Veränderungen im zentralen Parteiapparat (Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee, Kontroll- und Revisionskommission) einen vorläufigen Abschluß gefunden.

Der Parteikongreß konnte keine Antwort auf die Frage geben, welches Echo Wojciech Jaruzelskis Parteiprogramm der Stabilisierung im Zeichen der „sozialistischen Erneuerung“ in der politisch sehr differenzierten Gesellschaft findet. Die verfolgt wohl aufmerksamer andere Zeichen der „Normalisierung“ und die Hinweise auf das neue Selbstbewußtsein der Regierung.

Die Bekanntgabe des Scheiterns des Projekts einer katholischen Agrarstiftung angesichts der Bedingungen der staatlichen Behörden mag als Anzeichen für eine „Normalisierung“ gelten, angesichts derer weder Staat und Partei noch katholische Kirche einen langfristigen Gesichtverlust glauben befürchten zu müssen.

Und wer die Amnestie nur als auf Außenwirkung schielende Maßnahme Jaruzelskis betrachtet, irrt wohl. Denn mit dieser politischen Geste geht der General auch in einem weitgehend „normalisierten“ Polen ein Risiko ein.

Gewerkschaftssystem und Arbeiterinteressen in Polen

I. Die Gewerkschaftsbewegung bis zum Ausgang des Zweiten Weltkrieges

I. Die Anfänge: Voraussetzungen und Stationen

Die Anfänge der polnischen Gewerkschaftsbewegung liegen noch in der Zeit der Dreiteilung Polens zwischen Preußen/Deutschland, Rußland und Österreich. Die erste Gewerkschaftsgründung auf polnischem Boden fand bereits Mitte Juni 1872 im damals preußischen Posen statt. Es waren deutsche Organisationen auf der Grundlage des lassalleanischen Arbeiterschaftsverbandes, die auch Polen erfaßten.

Organisiert wurden die Gewerkschaften nach dem territorial eingegrenzten Berufsverbandsprinzip. Deutsches Organisationsbeispiel blieb auch in Gewerkschaften bestimmend, die sich später als nationale polnische Gewerkschaften antideutsch profilierten. Bereits frühzeitig setzte die Bestrebung ein, Einzelgewerkschaften in Kartellen ähnlicher politischer Grundvorstellungen zu zentralisieren. Auf dieser Basis fand schon vor dem Ersten Weltkrieg eine politische Grundstrukturierung der polnischen Gewerkschaftsbewegung statt: Die Versuche, mit Hilfe eigener polnischer Gewerkschaftsblätter autonome polnische Gewerkschaftsorganisationen innerhalb der freien deutschen Gewerkschaftsbewegung zu gründen, mißlangen wegen der nationalpolnischen Politik der PPSz (Polnische Sozialistische Partei des preußischen Teilungsgebietes) gleichermaßen wie die Verflechtung zwischen SPD und ihr auf parteipolitischer Ebene. Die polnischen Gewerkschaftsmitglieder gründeten Weihnachten 1913 in Anlehnung an die PPS einen eigenen „Zentralen Polnischen Berufsverband“ (CZZP). Gemeinsames Organ waren die von der SPD seit Anfang 1891 finanzierte „Gazeta robotnicza“ (Arbeiterzeitung) der PPSz und das Blatt „Robotnik“ (Arbeiter), das die PPS ab 1894 in der Tradition der seit 1890 in Lemberg bestehenden gleichnamigen Zeitung in Kongreßpolen herausgab.

Den sozialistischen PPS-nahen Gewerkschaften, die eine nationale, gegen Rußland und Deutschland wenig versöhnliche Haltung einnahmen, standen in Kongreßpolen sozialdemokratische Gewerkschaften gegenüber. Sie verstanden sich als Teil der Sozialdemokratie des Königreiches Polen und Litauens (SDKPiL) und waren vor allem im gewerblichen Bereich tätig. Sie waren internationalistisch und anational. Die PPS-nahen

Gewerkschaften wirkten in Kongreßpolen im Gegensatz zu den SDKPiL-Gewerkschaften eine Zeitlang legal. Sie galten nach außenhin als parteilich nicht gebunden. Beide Richtungen nannten sich Klassengewerkschaften. Erst unter deutscher Besatzung im Ersten Weltkrieg konnten sie seit 1915 legal existieren.

Seit September 1902 bestand in Bochum in konzeptioneller Anlehnung an die Christlichen Gewerkvereine die aus eigenen Arbeitervereinen entstandene antisozialistisch-klerikale und nationalistische „Polnische Berufsvereinigung“ (ZPP), die in der polnischen Arbeiterschaft des Deutschen Reiches großen Einfluß gewann. Sie griff 1909 auf Kongreßpolen über, so daß die ZPP zur bedeutendsten polnischen Arbeiterorganisation wurde. In ihr gingen der Anfang 1906 auf kirchliche Initiative in Warschau gegründete „Verein Christlicher Arbeiter“, der sich mit klerikaler Hilfe schnell ausbreitete, und die mächtigen nationalistisch-christlichen Gewerkvereine Oberschlesiens auf, die sich in der zentralen Organisation der „Polnischen Gewerkschaften“ (PZZ) verbunden hatten.

Ferner bestanden „polnische Gewerkschaften“ als Einzelorganisationen des „Nationalen Arbeiterverbandes“ (NZR). Er wurde Mitte 1906 von russischen Behörden legalisiert. Extrem nationalistisch und antisozialistisch provozierte er den verlustreichen Bruderkampf in der polnischen Arbeiterschaft während der ersten russischen Revolution 1905—1907, der auch jüdische und deutsche Arbeiter vor allem in Lodz traf. Mit dem CZZP, der ZPP, der PZZ, dem NZR und den nicht kartellierten parteigebundenen sozialdemokratischen Gewerkschaften war das auch für die polnische Gewerkschaftsbewegung nach 1918 geltende Grundgerüst einer Gewerkschaftszentralisierung geschaffen, die parteipolitisch unterbaut war. Es war von Sozialismus, Nationalismus und Klerikalismus bestimmt, wobei sich eigentümliche Verbindungen von Sozialismus-Nationalismus und Nationalismus-Klerikalismus als Zwischenformationen ergaben. Die in sehr komplizierten Zusammenhängen gereifte, vielfältig determinierte polnische Gewerkschaftsbewegung besaß ihre Stärke gar nicht in den Klassengewerkschaften und den reinen Arbeiterparteien PPS und SDKPiL, die

sich selber in folgenschwere Auseinandersetzungen um die Frage der polnischen staatlichen Unabhängigkeit und in politische Positionskämpfe verstrickten¹⁾. Sie entsprang vielmehr spezifischen nationalen Entwicklungen, was von nun ab bis in die jüngste Zeit Zeugnis dafür ablegen sollte, wie sehr nationale Traditionen, Geschichtsbewußtsein und Geschichtsverständnis der Gesellschaft aktuelles politisches Geschehen in Polen zu beeinflussen vermochten.

2. Entwicklung und politische Nutzung der Gewerkschaften

Im 1918 unabhängig gewordenen Polen wurden die Gewerkschaften noch weit mehr als bisher zu Stellvertretern für und Trägern der Partei-, dann aber auch der Regierungsinteressen. Damit begannen sie in eine neue politische Rolle hineinzuwachsen. Das verfassungsmäßig als parlamentarische Demokratie in seine Unabhängigkeit getretene Polen wurde durch den Staatsstreich seines Gründers Marschall Józef Piłsudski vom Mai 1926 in Richtung auf eine zunächst nur autoritäre, aber zunehmend diktatorische Regierungsform gedrängt, die euphemistisch zur „moralischen Diktatur“ stilisiert wurde. Nach dem Tode des Marschalls Mitte 1935 mündete die Entwicklung in eine Militärdiktatur mit einer neuen, noch von

Piłsudski initiierten und kurz vor seinem Tode angenommenen, aber schon bald überholten Verfassung (sogenannte April-Verfassung), die das bisherige Regime der Obersten, wie die Regierung kritisch genannt wurde, legitimieren sollte. Für die erhoffte gesellschaftliche Unterstützung baute das Regime bei gleichzeitiger gesetzlicher Beschneidung der Versammlungsrechte der Gewerkschaften und Ausbau der polizeilichen Aufsicht und Kontrolle wegen möglicher staatsfeindlicher sozialistisch-kommunistischer Tätigkeit im Verlaufe des Jahres 1932 auf Unterstützung durch die ihr konzeptionell aufgeschlosseneren nationalen und christlich-klerikalen Gewerkschaftszentralen. Dazu mußte der weit von der politischen Wirklichkeit abgedriftete Nimbus herhalten, man setze zum Wohle der katholischen Nation, die sich im „Lager der Nationalen Einigung“ (OZN) — in Wirklichkeit eine politisch egalisierende, rechts-extreme Ein-Partei-Bestrebung der Militärs des Regimes — seit 1936 um die Regierung zu scharen habe, die Traditionen des vergötterten „Marschalls“ und seiner nationalpolitischen, später antisozialistischen Ansichten fort. Die Klassengewerkschaften, die sich in Opposition zur Regierung verstanden, beteiligten sich an der Seite der PPS an Parlaments- und besonders Kommunalwahlen und stellten gemeinsam Kandidatenlisten auf, zuletzt Mitte 1939.

Der auf der Grundlage des Dekretes vom Februar 1919 weiter wirkende bisherige Gewerkschaftpluralismus der politisch orientierten Zentralen wurde nicht angetastet. Seit 1926 wurde er zu ungunsten der politischen Bedeutung der bestehenden Gewerkschaftszentralen im Regierungssinne noch erweitert, dabei aber zweckentfremdet. Durch Neugründungen, Abspaltung und eine politische Evolution ganzer Einzelgewerkschaften wurde eine neue Richtung von regierungsfreundlichen Gewerkschaftszentralen geschaffen. Man gab diese Entwicklung sogar als Stärkung der polnischen Demokratie aus, obgleich damit nur autoritäre Interessen des Regimes auf Kosten der gewerkschaftlichen Arbeiterinteressen unterstützt wurden. Mitte 1931 fanden sich die Regierungsgewerkschaften nach einigen Zwischenstationen im „Verband der Gewerkschaften Polens“ (ZZZ) zusammen.

Nach weiteren Metamorphosen gründete das „Lager der Nationalen Einigung“ (OZN) Ende 1937 die „Vereinigung der Polnischen Gewerkschaften“ (ZPZZ), der sich auch ZZZ-Gewerkschaften anschlossen. Sie verstand sich als alleinige Vertreterin antisozialistischen nationalen Arbeitersolidarismus. Anklänge an das italienische faschistische Koalitionsverständnis wurden im Laufe der Zeit immer deutlicher. Die „Vereinigung“ trat dem OZN bei, nahm gemeinsam mit ihm am Parlamentswahlkampf teil, unterstrich in ihrer Pro-

¹⁾ Die SDKPiL stellte die Notwendigkeit der staatlichen Unabhängigkeit in Abrede. Anzustreben sei die soziale Befreiung des Proletariats, was zwingenderweise auch ein Ende nationaler Unterdrückung bedeute; unabhängige nationale Staaten seien dann überflüssig. Ihre anationale Haltung brachte ihr neben breitem Widerspruch auch den Ruf ein, eine „deutsche Partei“ zu sein (vgl. *Georg W. Strobel*, Die Auswirkungen der Revolution von 1905 in Deutschland, in: Industrialisierung, sozialer Wandel und Arbeiterbewegung in Deutschland und Polen bis 1914. XVI. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker 24. bis 29. Mai 1983 in Warschau. Redaktion: *Wolfgang Jacobmeyer*, Braunschweig 1983, S. 154). Die PPS, die sich 1906 spaltete und in diesen Fragen differenzierte, verlangt — cum grano salis — als Voraussetzung sozialer Befreiung eine nationale, was auf die Errichtung eines unabhängigen Polens hinauslief; kompliziert wurde alles durch negative, aber unterschiedliche Haltungen zu Rußland. Nach der Spaltung vertrat diese Konzeption vor allem die unter Führung Józef Piłsudskis, der als Wiederbegründer Polens gilt, stehende PPS-Frakcja Rewolucyjna (PPS-Revolutionäre Fraktion). Die „Alten“ in der PPS, die als PPS-Lewica (PPS-Linke) firmierten, neigten, wenngleich differenziert, der SDKPiL-Haltung zu. Auch lehnten die sozialdemokratischen Gewerkschaften jede gemeinsame Zentralisierung beider Richtungen der Klassengewerkschaften strikt ab, was sie in der polnischen Arbeiterschaft sehr bald ins Abseits stellte. Erst während des Ersten Weltkrieges trat eine Änderung in Richtung auf eine klassengewerkschaftliche Zentralisierung ein. Beide Parteien, SDKPiL und PPS, gelten als direkte Vorläufer der heute staatstragenden Partei Polens, wenngleich die SDKPiL in einem stärkeren Maße als die PPS; vgl. zu diesen Fragen die Ausführungen und Dokumente aus: *Georg W. Strobel*, Quellen zur Geschichte des Kommunismus in Polen 1878—1918. Programme und Statuten, Köln 1968.

grammerklärung und durch ihr Wirken die Rolle und Bedeutung der Militärs und der Armee, verlangte Kolonien und postulierte die Eliminierung der Juden aus Polen.

Im Oktober 1938 setzten ZPZZ, ZZZP und die Zentralisierung der christlichen Gewerkschaften ChZZ in einer gemeinsamen Deklaration nationale vor soziale Ziele. Diese drei Gewerkschaftszentralen verstanden sich zunehmend als gemeinsame nationale Sammlungsbewegung.

In diesem politischen Umfeld strebte der damalige führende Gewerkschaftstheoretiker des Episkopats und spätere Kardinal und Fürstprimas von Polen, Stefan Wyszyński, auf der Grundlage des christlichen Solidarismus einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus an. In den von ihm geprägten Leitsätzen des Sozialen Beirats des Episkopats vom Ende 1935 wurde den egalisierenden nationalen Gewerkschaften zwar eine Absage erteilt, jedoch ein auf der Grundlage katholischer Moral aufgebauter korporativ-solidaristischer Staat mit von ihm patronierten Berufskorporationen befürwortet.

Die im Verlaufe der deutschen Besetzungszeit im Ersten Weltkrieg gewachsene Bereitschaft zur Zentralisierung der Klassengewerkschaften wurde Mitte Juli 1919 verwirklicht. Vorsitzender wurde ein Sozialist der PPS, Stellvertreter ein Kommunist der KPRP (Kommunistische Arbeiterpartei Polens; ab 1925 KPP: Kommunistische Partei Polens). Mitte Mai 1920 nahm die Führung der Zentralisierung die Bezeichnung „Zentralkommission der Klassengewerkschaften (KCZZ) an. Da die PPS die Forderung der Kommunisten zurückwies, eine paritätische Besetzung der Gewerkschaftsführungen vorzunehmen, was die Kommunisten bei einem 37%igen Anteil forderten, schieden sie Mitte 1920 aus — es war die Zeit des Krieges mit Sowjetrußland —, kehrten aber 1922 in die KCZZ zurück, blieben in ihr bis 1927, um dann erneut in der Zeit der neuen Kominternpolitik nach deren VII. Kongreß 1935 im gleichen Jahre überraschend mit nationalen Parolen zurückzukehren. Während der ganzen Zeit versuchten sie, auf die KCZZ Einfluß zu nehmen, zeitweise auch durch die Schaffung eigener Gewerkschaften, deren Leitung seit Mitte Januar 1931 in der Hand von Władysław Gomułka, einem seit 1926 bewährten kommunistischen Gewerkschaftsfunktionär in den sozialistischen Klassengewerkschaften, lag. Im Grunde führte er die Linksopposition in den Klassengewerkschaften an. Die Ablehnung der Kommunisten war aber allgemein. Man bezichtigte sie des Verrats nationaler Anliegen (Unabhängigkeitsfrage!), der Verwicklung mit und der Handlungerschaft für die Sowjetunion und die Juden. In seltener Übereinstimmung wurden sie in allen politischen Lagern als „Judenkommune“ (Żydokomuna) bezeichnet.

In der Zeit der deutschen Besetzung, nach der Übernahme der Parteiführung der kommunistischen Nachfolgepartei PPR (Polnische Arbeiterpartei)²⁾, versuchte Gomułka, gegen andere Konzeptionen, den kommunistischen Einfluß durch die Heranziehung gewerkschaftlicher Untergrundorganisationen auszubauen und zu stärken. In der kommunistischen Aktion zur Gründung einer polnischen Gegenregierung übernahmen sie die Funktion von Parteien.

Die Polarisierung der Gewerkschaftsbewegung gegen Ende der dreißiger Jahre zeigt ein Übergewicht der antisozialistischen, nationalen Gewerkschaftsbewegung. Während 1938 die traditionsreiche KCZZ 393 910 Mitglieder besaß, verstand es die ZPZZ innerhalb eines Jahres seit ihrem Aufkommen bereits 310 000 Arbeiter zu organisieren. Zählt man die Zentralen der Unterzeichner der Deklaration vom Oktober 1938 zusammen, so ergibt sich eine in der antisozialistisch-solidaristischen Tradition stehende Mitgliedschaft von 531 500 Personen. Im nationalen Zusammenhang ist wichtig, daß die KCZZ zu 80 v. H. aus Mitgliedern von PPS-orientierten Gewerkschaften bestand, die zwar oppositionell gegenüber der Militärherrschaft in Polen eingestellt waren, aber auf dem Boden der Interessen der polnischen Nation jeglichen Internationalismus und Kommunismus ablehnten.

Die Gewerkschaften waren traditionsgemäß branchenorientiert und territorial geordnet, so daß es mehr als 320 Einzelgewerkschaften mit einer Vielzahl unterschiedlicher partikularer Arbeiterinteressen politischen und sozialen Gehalts gab. In den Betrieben bestand eine Delegierten-Institution als Interessenträger der Arbeiter, vergleichbar den Betriebsräten, wengleich nicht von den Belegschaften gewählt, sondern von den Gewerkschaften ernannt (= delegiert).

Angesichts des gewerkschaftlichen Pluralismus konnten Delegierte mehrerer Gewerkschaften in den Betrieben nebeneinander wirken. Der arbeitsrechtliche Schutz der Delegierten war minimal, so daß Kommunisten häufig im Verborgenen tätig waren. Die Delegierten besaßen weder eine Mitsprachefunktion im Betrieb noch waren sie in allen Betrieben vorhanden, doch waren sie ein Betriebsverfassungselement.

Die Institution der Arbeiterdelegiertenräte der ersten Unabhängigkeitsmonate Polens 1918—1919 verstand sich hingegen als ein staatskonstitutives Organ der darin vertretenen Arbeiterparteien. Der Einfluß der PPS in den Räten war überragend.

²⁾ Wortlaut in: PPR. Rezolucje, odezwy, instrukcje i okólniki Komitetu Centralnego I 1947 — XII 1948 (PPR. Resolutionen, Aufrufe, Instruktionen und Rundschreiben des Zentralkomitees), Warschau o. J. (1973), S. 46 ff.

Allerdings strebten die Klassengewerkschaften bei ihrem Zusammenschluß im Juli 1919 eine Zusammenarbeit mit den Räten und deren politische Stärkung an. Sie verstanden sich als deren Träger.

Die rund 80 tätigen Räte, die eine Zentralorganisation zur Durchsetzung ihrer Verfassungsvorstellungen anstrebten, wurden im Sommer 1919 von der Staatsgewalt aufgelöst.

II. Die Gewerkschaftsbewegung in der Volksrepublik Polen

1. Gewerkschaften und Arbeiterinteresse: der Weg zur Gleichschaltung

Die Traditionen und Besonderheiten der polnischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sollten in der Zeit nach 1945 von großer prägender Bedeutung werden. Am Kriegsende begegneten sich in Polen zwei Konzeptionen: ein trotz nach außen bekundetem Pluralismus von oben gesteuerter Einheitsgewerkschaftstrend und eine eigenständige Arbeiterräteentwicklung von unten — ein Gegensatz, der in der ganzen Nachkriegsentwicklung immer wieder aufbrechen sollte.

Die illegalen polnischen Gewerkschaften während der Besatzungszeit waren sozialistische, aber nationale Kaderorganisationen, vordringlich der PPS, die sich im Untergrund WRN (Freiheit, Gleichheit, Unabhängigkeit) nannte. Die kommunistische Bewegung versuchte ziemlich erfolglos, in sie einzudringen. Immerhin verstand es Władysław Gomułka auf diese Weise, seinem kommunistischen Parlamentssurrogat KRN (Landesvolksrat) eine organisatorisch breitere Basis zu schaffen. Beim KRN entstand ein Gewerkschaftsbüro, das die Unterwanderung fortsetzte. Versuche, prominente PPS-WRN-Persönlichkeiten der früheren KCZZ zu gewinnen, zerschlugen sich an deren Ablehnung des Kommunismus. Erst ein spalterischer Differenzierungsprozeß in der PPS-WRN half der sich in Lublin bildenden kommunistischen Gegenregierung. Im Frühjahr 1944 gründete die PPR (Polnische Arbeiterpartei) mit Unterstützung der von der PPS-WRN abgerückten PPS-Mitglieder, wie sie sich fortan irreführend nannten, den Ansatz einer Klassengewerkschaftsbewegung. Ende Oktober 1944 wurde auf dieser Grundlage unter weiterer verwirrender Übernahme früherer Bezeichnungen eine neue KCZZ begründet, in der Arbeiter- und Angestellten-Einzelgewerkschaften zentralisiert waren. Sie war branchenmäßig organisiert. Kongresse der Einzelgewerkschaften seit März 1945 bereiteten den im November 1945 zusammengetretenen I. Gewerkschaftskongreß vor. Er bestätigte die politische Mobilisierungsfunktion der neuen Gewerkschaftsbewegung im Regierungssinne, die schon vorher mit Aufrufen zur einseitigen Produktivitätssteigerung angekündigt worden war. Zuoberst wurden in der Programmdeklaration nationale und nicht soziale Aufgaben für die regierungsfreundlichen Einheitsgewerkschaften und

die KCZZ gesetzt, die „die Interessen Volkspolens verteidigen soll und über dessen Freiheit, Souveränität und Unabhängigkeit wacht“.

Trotz Betonung von Selbständigkeit und Parteiungebundenheit wurde der Weg in die partei- und regierungsgenehme Einheitsgewerkschaftsbewegung vorgezeichnet, wie später die Grundsatzklärung der KCZZ von Mitte 1947 mit der Akzentuierung des „dominierenden ideologischen Einflusses“ der Arbeiterparteien und der vorherige Beschluß des ZK-Sekretariats der PPR vom März 1947, der das Eindringen der PPR in die Gewerkschaften und die Wahltaktik dafür festlegte³⁾, bestätigten.

Die Mitglieder der PPS-WRN und der früheren Klassengewerkschaften versuchten zwar, eigene Gewerkschaften ins Leben zu rufen, was stellenweise gelang. Sie organisierten örtliche Streiks zur Durchsetzung von Arbeiterforderungen, denen seitens der PPR mit Weisungen an ihre regionalen Organe entgegengewirkt wurde. „Es gebe keine Situation, die einen Streik in einer staatlichen Fabrik (!) rechtfertigen würde“, wurde Anfang Juni 1947 vom Zentralkomitee der PPR und der PPS-Führung betont. Gegenüber den abgespaltenen, von der PPR unterstützten PPS-Mitgliedern mit ihrer geschickten und Verwirrung stiftenden Überfremdungstaktik konnten sie sich nicht behaupten. Damit war die Gewerkschaftsbewegung gleichgeschaltet und vereinheitlicht. Sie erfaßte 65 v. H. und im September 1948 dann 87 v. H. aller Beschäftigten. Die PPS-WRN-Gewerkschaften waren im wesentlichen eliminiert; deren Interessen konnten nur noch rudimentär in den Einheitsgewerkschaften artikuliert werden.

Die Konzeption eigenständiger Arbeiterräte ist der betrieblichen Delegierteninstitution der Vorkriegsjahre und nicht der staatskonstitutiven Arbeiterrätebewegung von 1918/1919 entlehnt, auch wenn sie zur Gründung kollektiver Organe führte.

³⁾ Georg W. Strobel, Vorgeschichte und Ursachen der polnischen Krise vom Dezember 1970, in: Europa-Archiv, Bonn 1971, Nr. 8, S. 293 ff; ders., Der neue Kurs in Polen. Giereks Bemühungen um die Überwindung der Dezemberkrise von 1970, in: Europa-Archiv, Bonn 1972, Nr. 12, S. 407 ff; ders., Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Polens. Auftrieb und neue Probleme in den siebziger Jahren, in: Europa-Archiv, Bonn 1980, Nr. 3, S. 65 ff. (auch in: Krise in Polen vom Sommer 80 zum Winter 81, hrsg. von Hermann Volle und Wolfgang Wagner, Bonn 1982, S. 1 ff.)

In diesem Punkte wird die polnische Entwicklung mißverstanden. Die Arbeiterräte, wie sie sich selber nannten, waren spontan sofort nach Abzug der Deutschen noch während der Kriegshandlungen entstandene Betriebsverfassungsorgane. Vielfach bestanden sie neben den von PPR-PPS in den Betrieben geförderten Gewerkschaften, wobei es Doppelmigliedschaften gab. Im Rahmen der Einheitsfronttaktik der PPR wurden sie jedoch nach Versuchen, darunter auch legislativen, sie in ihren selbstgewählten Befugnissen einzuschränken, akzeptiert, wobei aber versucht wurde, sie als Betriebszellen in das Gewerkschaftsmodell zu integrieren. Ausdruck dessen war auch ihre offizielle Bezeichnung als Betriebsräte, was zudem transformationsfreundliche Verwirrung stiftete.

Die Räte waren von Anfang an bemüht, die Produktion in Gang zu bringen und eine kollektive Betriebsführung herzustellen, die über den Mangel qualifizierter Führungskräfte hinweghelfen sollte. In diese Richtung gingen auch legislative Regelungen, die in den Räten aber eigenwillig und exzessiv genutzt wurden. Darüber hinaus gehende staatskonstitutive Ansprüche wurden von ihnen zu keiner Zeit gestellt. Ihre Konzeptionen und Handlungen waren von staatsbürgerlichem Pflichtgefühl und nationaler Sorge gezeichnet. Trotzdem blieb das offizielle Mißtrauen ihnen gegenüber erhalten. Im Maße der Festigung der Gewerkschaften wurden neben die Arbeiterräte der ersten Stunde Betriebsräte der Gewerkschaften gesetzt. Die gesetzlichen Regelungen bei Festschreibung der sich herausgebildeten Kompetenzen schaffte man für sie nach der Befreiung Polens von den Deutschen am 6. Februar 1945, die dann am 16. Januar 1947 novelliert und der gesamtstaatlichen Situation, in der die PPR sich als staatstragende Partei durchgesetzt hatte, selbst wenn immer noch vereinzelt bewaffneter Widerstand aufflammte, angepaßt wurde. Damit wurde echte Partizipation der Arbeiter durch eine Gewerkschaftsinstitution abgelöst.

Neben die Betriebsräte wurde die sie ergänzende Institution der Produktionsberatungen gestellt. Die zweistufigen Produktionsberatungen — gesamtbetrieblich mit Managerschwerpunkt und in den Fertigungsabteilungen der Betriebe unter Beteiligung von Arbeitern, aber ohne Beschlußfähigkeit in gesamtbetrieblichen Fragen — wurden zwar als Mitbestimmungsorgane der Arbeiter deklariert, sozusagen stellvertretend für die Arbeiterräte, aber als ein Mittel der politischen Bevormundung und Gängelung der Arbeiter verwendet, weil sie vor allem eine politische Mobilisierungsfunktion im Regierungssinne ausübten, die weit aus größer als die Wahrnehmung innerbetrieblicher Rechte war. Die Betriebsräte und deren Produktionsberatungen wurden zu Faktoren der Produktionssteigerungen über neue Normensetzun-

gen und der Durchsetzung des Parteiwillens in Betrieb und Gewerkschaft; in ihnen wurde der Parteiorganisation des Betriebes, die bei der PPR weisungsgebunden im Sinne des Prinzips des demokratischen Zentralismus war, sukzessive eine Schlüsselrolle eingeräumt.

Die authentischen Mitbestimmungs- und Mitverwaltungsorgane der Arbeiter, die Arbeiterräte, wurden damit parallel zur Gleichschaltung im Parteisektor durch den Zusammenschluß von PPR und PPS Mitte Dezember 1948 zur PZPR (Vereinigte Arbeiterpartei Polens), der sich dann noch der Allgemeine Jüdische Arbeiter-„Bund“ anschloß, von Gewerkschaftsinstitutionen ersetzt. Zwar konnten die Betriebsräte noch beschränkte Kontrollfunktionen wahrnehmen, bekamen aber vordringlich Aufgaben im Sozialbereich der Betriebe zugewiesen, der immer gezielter im Sinne politischer und produktionsmäßiger Mobilisierung eingesetzt wurde. Gewichtige Mitentscheidungsrechte gleich welcher Art wurden den Betriebsräten nicht zugestanden, selbst ihre gesetzliche Stellung wurde geschickt ausgehöhlt.

Dieser erste Abschnitt der Entwicklung fand sein Ende mit dem II. Gewerkschaftskongreß vom Juni 1949. Das dort beschlossene Gewerkschaftsstatut schloß die Gleichschaltungsphase der Gewerkschaftsbewegung ab, während der noch Strömungen geduldet wurden, die eine partizipatorische Artikulation autonomer und authentischer Arbeiterinteressen nach traditioneller Gewerkschaftsvorstellung ermöglicht hatten. Primäre Aufgabe der Gewerkschaftsorgane wurden Planerfüllung und Produktionssteigerung. Die neugeschaffene Einheitsbewegung „Vereinigung der Gewerkschaften“ (ZZZ), die in ihrer Bezeichnung verwirrenderweise an national-solidaristische, antikommunistische Traditionen in der Gewerkschaftsbewegung der Vorkriegszeit anschloß, erhielt die Aufgabe, die „ideologische und organisatorische Einheit der Gewerkschaftsbewegung herzustellen“. Die Gewerkschaften waren endgültig zu Transmissionsriemen des Parteiwillens in die Arbeiterschaft geworden. Das sowjetische Herrschaftsmodell war in Polen vollends etabliert.

2. Die Einheitsgewerkschaftsbewegung

a) Unangefochtene Parteidomination bis 1956

Die Gleichschaltung der Gewerkschaftsbewegung mit der Partei wurde 1950 durch eine Verbindung mit der Kontrollfunktion der Regierung abgesichert. Sie erfolgte durch die Schaffung der Gesellschaftlichen Arbeitsinspektion als gemeinsamem Organ von Gewerkschaft und Regierung Anfang Februar und durch das Gesetz über sozialistische Arbeitsdisziplin von Mitte April. Nach offiziellem Verständnis war die Gewerkschaft damit zu einer „Schule der sozialistischen Erziehung und des so-

zialistischen Regierungsstils“ geworden, wobei Partei- und Regierungsinteressen authentischen Arbeiterinteressen und Mitteln zu deren Durchsetzung, den Streiks, keinen Raum mehr ließen.

Die Zeit bis 1956 ist gekennzeichnet durch eine bürokratische Erstarrung der in ihrer Rolle staats- und parteipolitisch gewandelten Gewerkschaften und den Abbau der letzten Reste einer rudimentären Arbeiterselbstverwaltung mit Hilfe dubioser Maßnahmen, obwohl schon 1955 auch erste, wenngleich noch verhaltene Kritik an diesen gewerkschaftlichen Zuständen laut wurde und Streiks auch davor immer wieder aufgeflackert waren, aber unterdrückt wurden. Über beides wurde in der Presse nicht berichtet. In den Betrieben hatte sich mittlerweile eine sogenannte Triangel-Führung durchgesetzt: Sie bestand aus den Vorsitzenden der Parteibetriebsorganisation, des gewerkschaftlichen Betriebsrats und dem Betriebsdirektor. Als Mitglied der „Front der nationalen Einheit“ (FJN), der Einheitsbewegung des sozialistischen Polens und seiner politischen und gesellschaftlichen Organisationen, konzeptionell im politisch-konfigurativ ähnlichen Leben Polens vor 1939 nichts Unbekanntes, war die „Transmissionsriemen“-Gewerkschaft zu einem Teil des stempolitischen Herrschaftsapparates geworden.

b) Arbeiterschaft kontra Gewerkschaft 1956—1958: die Arbeiterräte-Konzeption und die Partizipation

Die schon 1955 einsetzenden Dezentralisierungsbestrebungen in Wirtschaft und Staatsverwaltung und die vielfältigen Erscheinungen einer zunehmenden Systemschwäche infolge steigender Dissidenz in der Gesellschaft, besonders unter Intellektuellen, ließen neben der Unzufriedenheit auch das Selbstvertrauen der Arbeiterschaft wachsen. Ihre dezidierte Kritik an den Gewerkschaften wurde besonders nach der blutig niedergeschlagenen, von Streiks begleiteten Posener Arbeiterrevolte von Mitte Juni 1956, die die Arbeiterklasse ihre Stärke ahnen und Parteimitglieder an der Streikführung teilnehmen ließ, mit dem Wunsch verbunden, wegen des gewerkschaftlichen Versagens neue Wege zu beschreiten. Zum Zauberwort dieser Monate wurde der auf Partizipation ausgerichtete Begriff der Arbeiterselbstverwaltung, modelliert an den eigenen Erfahrungen mit den Arbeiterräten der ersten Stunde und an der jugoslawischen Arbeiterräte-Institution.

Die sich aus dem Zusammenspiel aller Faktoren ergebende Gefährdung spürten neben der PZPR besonders die Gewerkschaften. Sie sahen ihre Position bedroht. Auf der CRZZ-Tagung vom August 1956 folgte die Gewerkschaft den kaum einen Monat alten Beschlüssen des selbstkritischen VII. ZK-Plenums der PZPR, das in dieser Situation für eine „Erweiterung der Arbeiterde-

mokratie“ eintrat und sich den partizipatorischen Bestrebungen in den Betrieben nicht widersetzte. Der CRZZ versprach einsichtig, künftig effizienter für die Arbeiterinteressen wirken zu wollen, wozu auch die bisherige Betriebsräte-Lösung verbessert werden mußte. Doch die Entwicklung ging schnell über alle verbalen Anpassungsbemühungen hinweg. Das Organ des ZK der PZPR, „Trybuna ludu“, berichtete am 11. Oktober 1956, was als Zustimmung in der Sache gedeutet wurde, daß die Lodzer Parteiführung einen Gewerkschaftsentwurf des Betriebsrätegesetzes verworfen habe. In der Öffentlichkeit rückte die Partei von ihrem „Transmissionsriemen“ ab, doch es wurde nicht überlegt, ob solches nur ein taktischer Schachzug der Partei sein könnte. Trotz vorauszusetzendem Ordnungs- und Funktionsverständnis des Systems, in dem man hatte Erfahrungen sammeln können, wurde eine differenzierte Einschätzung des Handelns von Partei und Regierung vor lauter Wunschenken, Hoffnungen und Vertrauensseligkeit nicht vorgenommen, wohl auch, weil man sich in der Arbeiterschaft von der mittlerweile eingesetzten spontanen Arbeiterräte-Entwicklung in Hochstimmung versetzen ließ, besonders, nachdem noch eine PZPR-Delegation Ende August in Jugoslawien zum Studium jener Entwicklung weilte, von der man sich so viel versprach.

Bereits im Hochsommer 1956 waren die ersten nicht gewerkschaftlich gebundenen Arbeiterräte entstanden. Sie wurden zum Ausdruck authentischer partizipatorischer Bestrebungen der Arbeiter in den Betrieben, stellten darüber hinaus aber keinerlei staatskonstitutive Forderungen. Zwar kamen im Gefolge des aufgebrochenen politischen Pluralismus Gedanken auf, neue Gewerkschaften zu gründen, die systemverändernd wirken sollten, doch fanden sie in der Arbeiterschaft genau so wenig Widerhall wie die vereinzelt Stimmen linksoppositioneller Theoretiker, ergänzend ein verfassungspolitisches Rätssystem aufzubauen.

Die Arbeiterräte entstanden vor allem in alten Industriegebieten und in Belegschaften größerer Werke mit intakter Proletariatstradition, die durch die Industrialisierung nicht desintegriert waren. Der Selbstverwaltungsgedanke lebte im alten Proletariat, das sich schon 1944/45 in Räten spontan engagiert hatte. Über die Unterstützung und den persönlichen Schutz für Władysław Gomułka im dramatischen Geschehen um das VIII. ZK-Plenum der PZPR Mitte Oktober 1956, den ihm der Arbeiterrat des Warschauer „Zerań“-Werkes und die von Arbeiterräten spontan gebildeten Arbeitermilizen gewährten, trugen sie bewußt zu jener Wende bei, die hoffnungsvoll als „Frühling im Oktober“ empfunden wurde und den alten Gewerkschaftler Gomułka erneut an die Spitze der Partei nach seiner Ablösung Ende 1948 brachte.

Von ihm erhoffte die Arbeiterschaft Unterstützung und Verständnis, wobei er zu einer Symbolgestalt für national determinierte Arbeiterinteressen stilisiert wurde.

Im Arbeiterrätegesetz vom 19. November 1956 wurde die bisherige Entwicklung kodifiziert, aber auch kanalisiert und eingeengt, was die Reformbereitschaft der Partei unter Władysław Gomułka hätte reflektieren lassen können, aber in der Euphorie der Entwicklung nicht geschah. Das Gesetz bestimmte, daß der Arbeiterrat im Namen der Belegschaft den Betrieb leitet. Doch blieben die Betriebe im Besitz des Volkes und gingen nicht, wie gefordert wurde, um interessenorientierte Produktivität zu erreichen, in den Besitz der jeweiligen Belegschaften über. Den Arbeiterräten, die frei gewählt werden sollten, wurden Mitbestimmungs- und Überwachungsrechte in allen wichtigen Fragen des Betriebes eingeräumt: bei Produktionsplänen, der Lohn- und Prämienpolitik und des Absatzes. Auf diese Weise erhielten die Betriebe weitgehende wirtschaftliche Selbständigkeit über die Möglichkeit eingeräumt, die selbsterkannten Betriebs- und Arbeiterinteressen vertreten zu können. Zudem erhielten die Arbeiterräte Entscheidungsgewalt bei der Berufung des Managements. Wengleich nicht alle Vorstellungen aus den Diskussionen zugestanden wurden und das Gesetz widersprüchlich war, so erhielt der Arbeiterrat im Betrieb gegenüber Partei und Gewerkschaft immerhin eine autonome Stellung. Unterstrichen wurde es durch die Außerkraftsetzung des § 50 des PZPR-Parteistatuts, womit die Einwirkungsrechte der Parteibetriebsorganisation aufgehoben und ausdrücklich an den Arbeiterrat delegiert wurden. Zudem wurde das Einwirkungs- und Mitspracherecht des gewerkschaftseigenen Betriebsrats eingeschränkt. Damit waren die neuen Regelungen sehr viel weitergehend als die bisherigen Betriebsrätebestimmungen.

Trotz aller Unzulänglichkeiten des Gesetzes, die vor allem in der Unausgewogenheit zu sehen waren, daß die unter Einfluß der Arbeiterräte zur autonomen Wirtschaftsführung angehaltenen Betriebe in einer dafür nicht entsprechend reformierten und dezentralisierten Wirtschaft zu agieren hatten, verstand man die partizipativen Arbeiterräte in der polnischen Reformdiskussion, übrigens auch in offiziellen Erklärungen, als unverzichtbare Elemente eines „polnischen Wegs zum Sozialismus“. In der Situation, in die sie hineingestellt wurden, mußte diese Unausgewogenheit entweder zu die Effizienz beeinträchtigenden Antagonismen und Konflikten mit den Wirtschaftsinstanzen oder aber zu einer allgemeinen Systemreform führen, wie sie in offiziellen wirtschaftspolitischen Beiräten vorgedacht wurde.

Schon früh stellten die Arbeiterräte die Gretchenfrage nach der Führungsrolle der PZPR, wobei

auch Überlegungen laut wurden, auf eine Zentralisierung der Arbeiterräte nach jugoslawischem und ungarischem Muster hinzuwirken. Dadurch mußte die Partei aber ihre zentrale Führungsrolle gefährdet sehen. Die euphorische Akzeptierung Gomułkas an der Spitze der PZPR nach dem VIII. ZK-Plenum vom Oktober 1956 in der Gesellschaft, was eine tiefgreifende Änderung für Polen zu verheißen schien, ermöglichte es der Partei schon bald, die Entwicklung in die Hand zu bekommen.

Bereits Mitte Mai 1957 höhnte die IX. Plenarsitzung des ZK der PZPR das erst ein halbes Jahr gültige Arbeiterräte-Gesetz aus: Die Arbeiterräte hätten auf ihre Mitbestimmungsfunktion zu verzichten, wobei ihnen nur die innerbetriebliche Produktionssphäre als Tätigkeitsfeld zustünde, den gewerkschaftlichen Betriebsräten hingegen die Sozialsphäre mit der Möglichkeit, über soziale Zuwendungen im Sinne von Partei und Gewerkschaft im Betrieb korrumpierend wirken zu können. Eben entstanden, zeichnete sich auch schon das Ende der partizipativen Institution ab. Die Ende 1957 von den Gewerkschaften aus Mitgliedern der Betriebsräte und der Arbeiterräte unter ihrem Patronat gebildeten ersten „Arbeitsgemeinschaften“ in den Betrieben ließen nicht nur die Euphorie bei Arbeiterrätegründungen zurückgehen, sondern deuteten die künftigen Lösungsmöglichkeiten des politisch unbequemen Arbeiterräte-Problems an: Arbeiterräte bestanden Ende 1957 bereits in 50 v. H. aller Industriebetriebe, waren aber besonders in Großbetrieben konzentriert, gebildet von Arbeitern der mittleren Generation.

Durch ihr Verhalten leisteten die Arbeiterräte dieser Grundabsicht Vorschub, so daß die Frage nach der utilitaristischen Effizienz ihres Handelns gestellt werden muß; übrigens nicht zum letzten Mal. Die Arbeiterräte, die ihre Arbeit sehr selbstbewußt, wengleich zersplittert und partikularistisch aufnahmen, taten es mit zu wenig Augenmaß. Durch die Vertretung ihrer Gruppeninteressen führten sie u. a. einen verhängnisvollen Kaufkraftüberhang herbei, so daß die Inflationsrate Polens in diesen Jahren zur höchsten Europas wurde.

Wiederholte Warnungen Gomułkas, die Arbeiterräte müßten bei einer Fortsetzung dieser Politik mit Konsequenzen rechnen, wurden unterschätzt. Erschwerend kam die Streikfreudigkeit der Arbeiterschaft hinzu, die noch anfänglich von der Gewerkschaft und ihrem Vorsitzenden, einem Politbüro-Mitglied der PZPR, anpassungsbereit unterstützt wurde, wobei die Arbeiterräte die Einräumung eines Streikrechts zur Durchsetzung von Forderungen postulierten, die außerhalb ihrer Kompetenz lagen. Trotz Ablehnung solcher Forderungen durch Gomułka weitete sich die Streikbewegung bei deutlich werdendem politischen

Pluralismus in der Gesellschaft aus: Besonders der Straßenbahnerstreik von Mitte 1957 in Lodz nahm eindeutige politische Züge an. Er wandte sich offen gegen die Partei und deren Systemstellung. Diese Entwicklungen, die als Versuche zur Änderung der Organisationsstruktur des Herrschaftsapparates und der Herrschaftsmethoden angesehen wurden, mündeten im IV. Gewerkschaftskongreß von Mitte April 1958, der das Ende der bisherigen liberalen Phase einläutete. Mit den neuen gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeiterselbstverwaltung vom 20. Dezember 1958 ging sie endgültig zu Ende. Die neuen Bestimmungen ließen erkennen, daß selbst Gesetze nur so lange Bestand haben, wie sie politisch benötigt werden. Es entstand Mißtrauen, das noch von Bedeutung werden sollte, vorerst aber in der Arbeiterschaft zu Resignation führte.

c) Arbeiterselbstverwaltung: Selbstverwaltung der Arbeiter?

Mit dem neuen Gesetz war das Arbeiterrätegesetz faktisch außer Kraft gesetzt. Die neuen Bestimmungen blieben bis September 1981 in Kraft. Neu wurde eine „Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung“ (KSR) als Betriebsverfassungsorgan eingerichtet. Sie bestand paritätisch aus der in ihre statutarischen Rechte wieder eingesetzten Parteigrundorganisation, des in seiner gesetzlichen Stellung restituierten gewerkschaftlichen Betriebsrats und dem Arbeiterrat, konnte aber durch Vertreter anderer betrieblicher gesellschaftlicher Organisationen noch deutlicher auf den Parteiwillen eingeschworen werden. In jedem Falle wurden die Arbeiterräte majorisiert, wobei sie über keinerlei institutionalisierte Garantie zur Durchsetzung eigener Konzeptionen verfügten. Als Aufgabenfeld wurde ihnen nur noch eine Mitwirkung in der Verwaltung der Betriebe eingeräumt. Die Gewerkschaft erhielt zudem eine soziale Aufsichtsfunktion über sie, so daß ihnen nur eine fiktive Selbständigkeit übrig blieb. Die KSR-Organen degenerierten in den sechziger Jahren zu akklamativen Organen der Betriebsführung, aus deren Bürokratie sie sich zum größten Teil rekrutierten, weil sie zunehmend von Arbeitern boykottiert wurden. Zusammen mit den Gewerkschaften betonten sie Staats- und Betriebs-, nicht aber Arbeiterinteressen.

Ende 1970/Anfang 1971 nach den blutig unterdrückten Streiks im Küstengebiet wurden zwar von der Arbeiterschaft generell keine Neugründungen von Gewerkschaften gefordert. Allgemein war aber die Vorstellung, die versagenden, als Interessenträger ungläubwürdig gewordenen Gewerkschaften sollten durch neue ersetzt werden, die die Interessen der Werktätigen besser erkennen und besser vertreten müßten. Dabei wurde eine institutionalisierte authentische Mitverantwortung und Mitbestimmung in den Betrieben

mit verbrieftem Streikrecht und größerer Nähe zu politischen Entscheidungsträgern erwartet. Angesichts der vielen Streiks warnte Edward Gierek, Nachfolger des im Dezember 1970 abgelösten Gomułka in der Parteiführung bereits im April 1971 davor, sie fortzusetzen; er weigerte sich, über ein Streikrecht auch nur zu sprechen. Im Grunde war das Verhalten von Partei und Gewerkschaft noch weniger liberal als 1956/57.

Die offizielle Taktik ging von damals institutionellen zu jetzt materiellen Zugeständnissen und Versprechungen über, garniert durch unmittelbare Konsultationstreffen von Partei- und Gewerkschaftsführern mit Arbeitern in ihren Betrieben. Der Tatbestand aber, daß von den Streikenden jenseits von KSR und bestehenden Arbeiterräten spontan neue Räte gebildet wurden, die bemerkenswerterweise die Vorkriegsbezeichnung Delegierte erhielten, zeigte außer dem Vertrauensschwund neue Gedankenansätze in der Arbeiterschaft. Die Delegierten-Räte führten die Verhandlungen mit den Betriebs-, Gewerkschafts- und Parteiorganen. In der Regel verschwanden sie wieder, als die Situation gegen Ende 1971 befriedet schien. In verschiedenen Betrieben ersetzten die Delegierten-Räte im System der beibehaltenen, nicht reformierten KSR den vorherigen Arbeiterrat, wobei sie sich umbenennen lassen mußten. Einzelne ihrer Führer machten später im Partei- und Gewerkschaftsapparat bemerkenswerte Karrieren.

Die neue Taktik Giereks schien erfolgreicher als jene Gomułkas. Die Konsultationen wurden geschickt eingesetzt. Mit der Zeit wurden sie aber seltener und unterblieben schließlich ganz. Der mit Hilfe von Krediten herbeigeführte erhebliche Aufschwung auch des Lebensstandards, den Gierek mit seiner wirtschaftlichen Wachstumsstrategie bis Mitte 1975 herbeizuführen verstand, obwohl er zu einem Trugbild werden sollte⁴⁾, ließ die satter gewordene und mit weiteren Versprechungen gefütterte Arbeiterschaft stummer werden,

⁴⁾ Zur Entwicklung und zu den Auseinandersetzungen der „Solidarität“ liegen im deutschen Sprachraum mittlerweile einige größere Arbeiten neben einer erheblichen Anzahl von Artikeln vor. Genannt seien als Ergänzung, auch wegen der unterschiedlichen Ansatz- und Beurteilungskriterien: Jerzy Holzer, „Solidarität“. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen, München 1985; Dieter Bingen, *Solidarność* — eine polnische Gewerkschaft und gesellschaftliche Bewegung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 29–30/82 vom 24. 7. 1982; Bohdan A. Osadczuk-Korab, „Solidarność“ — Glanz und Elend einer Gewerkschaftsbewegung, in: Alexander Uschakow (Hrsg.), Polen — Das Ende der Erneuerung? Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur im Wandel, München 1982; Georg W. Strobel, NSZZ „Solidarność“. Beitrag zur Analyse der Organisation und politischen Wirkung einer sozialen Sammlungsbewegung, in: Dieter Bingen (Hrsg.), Polen 1980—1984. Dauerkrise oder Stabilisierung? Strukturen und Ereignisse in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, Baden-Baden 1985, S. 47 ff.

teils resigniert, teils korruptiert, im Grunde aber weiterhin mißtrauisch gegenüber ihrer Führung. Zur Vertrauenskrise fehlte nur wenig.

Befragungen aus der ersten Hälfte 1973 unter Mitgliedern der Arbeiterräte und des mittleren Managements machten nicht nur die fortdauernde Stagnation der KSR deutlich, sondern auch die Ablehnung jeglicher Mitwirkung der Arbeiter seitens der Betriebe, der Gewerkschaft und des Managements. Die Arbeiterselbstverwaltung wurde eine repräsentativ-propagandistische Institution zur Unterstützung von Partei und Gewerkschaft. So verzichteten auch die Arbeiter schon sehr bald, die nutzlosen, nicht ernst genommenen und sich auch selbst kaum ernstnehmenden Arbeiterräte zu wählen. Weiterhin wurden sie boykottiert. Auch die von Gierek anfangs versprochene Unabhängigkeit der Gewerkschaften, die sie zu einer allgemeinen Kontrollfunktion in Staat und Gesellschaft befähigen sollte, blieb trotz Ansätzen unverwirklicht, wenngleich der Grundgedanke bei der Arbeiterschaft auf fruchtbaren Boden fiel. Die Gewerkschaften blieben gefügige Werkzeuge der Partei.

3. Gewerkschaftspluralismus als Selbsthilfe der Arbeiter

a) Freie Gewerkschaften als Vorläufer der „Solidarität“-Gewerkschaft

Auf dem Hintergrunde der Streiks und Unruhen in Radom, Plock und dem Warschauer Werk „Ursus“ Mitte 1976, die zu einem Menetekel für das System hätten werden können, und aus der Einsicht, daß in der bestehenden Systemorganisation und beim herrschenden Systemverständnis eine zufriedenstellende Wahrnehmung eigener Interessen der Arbeiter weder in den Gewerkschaften noch durch die Gewerkschaften oder die KSR gewährleistet sei, entstanden eigenständige Gewerkschaftsansätze. Die Vertrauenskrise des Systems wurde zu einer Krise der Gewerkschaftsbewegung. Im Grunde war sie Ausdruck einer sich offen und vielfältig verfestigenden Dissidenz, die von dem zur Unterstützung verhafteter Arbeiter der Radom-, Plock- und „Ursus“-Streiks Ende September 1976 von 14 namentlich genannten Personen gegründeten „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) ausging, das Sozialisten aller Schattierungen zusammenschloß. Sofort begann KOR mit der Herausgabe einer illegalen Zeitschrift „Robotnik“ (Der Arbeiter), die symbolisch an politische und klassengewerkschaftliche nationale und den Russen unfreundliche Traditionen anschloß; wie überhaupt eine nationale traditionsbezogene Unabhängigkeits- und Eigenständigkeitssymbolik in der ganzen künftigen Entwicklung eine überragende, betont zum herr-

schen System kontrapunktierende Rolle spielte.

Für das Aufkommen dieser Strömungen und Bestrebungen waren der Generationswechsel in der Arbeiterschaft und die sozialstrukturellen Wandlungen der Gesellschaft von großer Bedeutung, die eine neue Arbeiter- und Intelligenzschicht weithin aus gleichen Wurzeln, der Bauernschaft, entstehen ließen, was zugleich zur schicht- und interessenüberwindenden Klammer werden sollte — alles begleitet von einem Wandel der Denk- und Verhaltensstrukturen. Zum ersten Male in der Nachkriegsgeschichte fanden sich auf diesem Hintergrund Arbeiter und Intellektuelle in ihren Interessen und Aktionen zusammen, was die Entwicklung seit 1976 so spektakulär und folgenreicher werden ließ.

Die mit dem Aufkommen des „Gründungskomitees freier Gewerkschaften für Schlesien“ am 23. Februar 1978 in Kattowitz eingeleitete Bewegung besaß keine gesetzliche Grundlage. Im strengen Sinne war sie illegal, auch wenn sich die Gründer der Komitees von Anfang an namentlich zu erkennen gaben. Zwei Monate später folgte ein Gründungskomitee in Danzig, in dem sich Teilnehmer der Streiks und Auseinandersetzungen von 1970/71 zusammenfanden. Es begann mit der Herausgabe der illegalen Zeitschrift „Robotnik Wyrzeża“ (Arbeiter des Küstengebietes), dem ersten von „freien Gewerkschaftlern“ gestalteten Blatt, das symbolisch an die frühere PPS-Tradition anschloß. Der kleine Gründerkreis nahm eine Vortragstätigkeit zur Herausbildung eines kritischen politischen Bewußtseins auf, wie sie auch von KOR patroniert und mit größerem Themenspektrum in verschiedenen Städten von der TKN (Gesellschaft wissenschaftlicher Kurse) durchgeführt wurde; sie wurde unter der populären Bezeichnung „fliegende Universität“ bekannter. Sehr bald waren in Danzig-Zoppot-Gdingen 200 Mitglieder organisiert, die alle später in der „Solidaritäts“-Bewegung zum Teil an herausragender Stelle tätig werden sollten. Lech Wałęsa gehörte dazu. Mitte Oktober 1979 entstand ein weiteres Komitee für „Westpommern“, das sich auf Stettin und Greifenhagen stützte und seit März 1980 das Blatt „Robotnik Szczeciński“ (Der Stettiner Arbeiter) als zweites freigewerkschaftliches Organ herausgab.

Die freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung wirkte beispielgebend in die Bauernschaft hinein. Ab September 1978 kamen „Selbstverteidigungskomitees der Bauern“ an verschiedenen Orten auf, zum Teil wegen Streitpunkten in Kirchenbaufragen. Sie begannen auch illegale Blätter herauszugeben. Mit der Gründung des „Komitees der Unabhängigen Bauerngewerkschaft“ am 2. September in der mittelpolnischen Wojewodschaft

Radom wurde auf bisher nicht dagewesene Weise zur Arbeiterbewegung aufgeschlossen. Bald gab es enge personelle Verflechtungen zwischen beiden freigewerkschaftlichen Bewegungen, die auf der Grundlage politischer Vorstellungen der einst mächtigen, schichtübergreifenden Bauernpartei der Vor- und ersten Nachkriegszeit zustande kamen und eine breite Interessenidentität in der polnischen Gesellschaft deutlich machten.

In die reformorientierte Dissidenzbewegung, die sie eigentlich war, stimmten seit 1979 Menschen unterschiedlichster Herkunft mit der Einsicht ein, daß der immer kritischer werdenden innen- und wirtschaftspolitischen Situation nur durch eine breite „Erneuerung“ abgeholfen werden könne, in der sich Parteilose und Parteimitglieder aus gemeinsamer nationaler Verpflichtung zusammensetzen hätten. Die durch die hohen Lebensstandardversprechungen der Parteiführung geweckten Ansprüche konnten ab Mitte der 70er Jahre immer weniger befriedigt werden, was Unmut und Vertrauensschwund in der Gesellschaft rapide wachsen ließ. 1980 lebten bereits 42 v. H. der polnischen Bevölkerung im Bereich des Existenzminimums, davon 20 v. H. unterhalb dessen. Ausdruck der Unzufriedenheit in Parteikreisen wurde schließlich das von hohen PZPR-Funktionären geförderte Konversatorium „Erfahrung und Zukunft“ (DiP), das die Besorgtheit mit der herrschenden Situation in der Partei sichtbar machte. In seinen kritischen Bestandsaufnahmen, die gedruckt verbreitet wurden, betonte DiP auch die Notwendigkeit der Änderung der bisherigen Gewerkschaftstätigkeit wegen deren Versagen und brachte den Gedanken „authentischer Gewerkschaften“ auf. Damit waren die freien Gewerkschaftsgründungen, die sich rasch über das ganze Land ausbreiteten, auf einen breiten dissidenten politischen und gesellschaftlichen Konsens gestellt, auch wenn ihnen die Parteiführung und die offizielle Gewerkschaft mit Ablehnung begegneten. Immer deutlicher konzentrierte sich die aufkommende Systemkrise im Gewerkschaftsbereich als alternativem Mitsprache- und Mitbestimmungsbereich der Gesellschaft.

Die Gründungserklärungen der freigewerkschaftlichen Komitees mit ihren staatspolitischen Traditionen- und Handlungsbezügen waren zutiefst politisch und kritisch. Forderungen, wie solche, daß die Gesellschaft sich das Recht erkämpfen müsse, den Staat auf demokratische Weise zu leiten, ließen die Gesellschaft hoffen und die Herrschaftsträger befürchten, daß das Problem einer ihre Position erschütternden Systemveränderung aufkomme. Von Bedeutung in der ganzen Entwicklung war ferner das meist indirekte Engagement

der Kirche und der von Laien getragenen „Klubs der Katholischen Intelligenz“ (KIK), in denen schon viel früher alternative Systemüberlegungen als Gedankenspiele gepflegt worden sind, die alle auf der Grundlage der katholischen Soziallehre und unter Einbeziehung der früheren solidaristischen Konzeptionen des damaligen Fürstprimas von Polen und Kardinals Stefan Wyszyński entwickelt worden sind. Die im sozialistischen „Robotnik“ des KOR im September 1979 veröffentlichte „Charta der Arbeiterrechte“ war nicht nur ein Programmpapier der freigewerkschaftlichen Bewegung, sondern auch eine Klammer zur katholischen Soziallehre und ihren Vertretern. Damit wurde der Anfang einer bedeutsamen Interdependenz von Klerikalismus — Sozialismus hergestellt, wie sie in dieser Weise in Polen bisher noch nie vorhanden gewesen war, aber nicht im Sinne des realexistierenden Sozialismus.

In der „Charta“ wurden sechs Schwerpunkte gesetzt: Löhne, Arbeitszeit, Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit, Privilegien, Entscheidungs- und Gewissensfreiheit sowie Arbeitsrecht. Positionen wurden festgeschrieben und Forderungen aufgestellt, die vor allem eine Besserung der institutionellen, wirtschaftlichen und sozialen Situation der Arbeiter zum Zwecke hatten. Als Kampfmaßnahme nannte die „Charta“ Streiks, wobei die Gründung von Streikkomitees, auch aus der Illegalität heraus, empfohlen wurde. Nur von Arbeitern selbst bestimmte, freie und unabhängige Gewerkschaften hätten eine Chance, als Verhandlungspartner zur Besserung der allgemeinen Lebens- und Arbeitsverhältnisse ernst genommen zu werden und sich der Staatsgewalt zu widersetzen. Um die Verfassungskonformität der „Charta“ zu betonen, die gleichwohl keine gesetzliche Legitimation besaß, wurde auf die von Polen ratifizierten ILO-Konventionen hingewiesen, deren Wortlaut beigefügt wurde. Die internationale Entwicklung auf dem Hintergrunde der KSZE-Vereinbarungen von Helsinki mit der auch in der Sowjetunion aufgekommene Dissidenz werden nicht ohne Einfluß auf die polnischen Ereignisse gewesen sein.

b) Die Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft „Solidarność“ (Solidarität)

Entstehung

Eine bereits zwei Monate andauernde Streikwelle, die aus Anlaß von Preiserhöhungen schnell über ganz Polen hinwegzog, wobei sie regional Generalstreiks und neue Organisationsformen der Arbeiter hervorbrachte, wie die „Unabhängigen Betriebsräte“ (NRZ) im Lubliner Gebiet, erreichte

Mitte August 1980 mit Danzig-Zoppot-Gdingen und Stettin das Küstengebiet, das schon Ende 1970 Schauplatz blutiger Auseinandersetzungen gewesen war. Ende August traten 32 schlesische Bergwerke in den Ausstand. Zugleich wurde in ganz Polen gestreikt. Die Situation war angespannt. Ein Generalstreik im Lande schien möglich.

Die Forderungen der Streikenden waren sich überall ähnlich. Sie waren den Gründungserklärungen der freigewerkschaftlichen Komitees und der „Charta“ entlehnt. Zuoberst stand aber überall die Forderung nach unabhängigen Gewerkschaften. Die an den Streikorten entstandenen Zwischenbetrieblichen Streikkomitees (MKS) standen in regem Meinungsaustausch untereinander, denn es gab kein übergeordnetes und koordinierendes Organ der Arbeiter. Die Streikleitungen waren mit den „Charta“-Unterzeichnern und den Gründern der freigewerkschaftlichen Komitees identisch.

Die Verhandlungen mit den Regierungsdelegationen an den einzelnen Streikorten wurden bei den Streikenden von Fachleuten beraten, die aus dem Umfeld des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR), der Gesellschaft wissenschaftlicher Kurse (TKN) und den Klubs der Katholischen Intelligenz (KIK) kamen. Zugleich wurde einmal mehr deutlich, daß in der polnischen Gesellschaft latent ein breiter und traditionsbewußter politischer Pluralismus vorhanden war. Insgesamt wurden mehr als 700 Verträge zwischen Streikenden und Regierungsrepräsentanten geschlossen, was den Partikularismus trotz gleicher Ansatzpunkte ahnen läßt. Für die kommende Entwicklung wurden allein die Gesellschaftsverträge, wie sie hintersinnig in Anlehnung an Rousseaus *contrat social* genannt wurden, von Danzig, Stettin und dem oberschlesischen Jastrzębie zu Leitverträgen, wobei sich zuguterletzt der von Danzig als der konkreteste durchzusetzen mußte. Nachdem bei den Verhandlungen in Danzig der Regierungsdelegation öffentlich und rundheraus gesagt wurde, daß die Gesellschaft nach einschlägigen Erfahrungen jegliches Vertrauen in Gesetze verloren habe, wurde die Gründung einer unabhängigen, selbstverwalteten und authentischen Gewerkschaft gefordert, die allein Garant für die Verwirklichung der Postulate der Arbeiter und der Gesellschaftsverträge sein könne. Partei und Regierung willigten ein, auch in die Forderungen nach Streikrecht, Besserung der allgemeinen Lebens- und Arbeitsbedingungen und Einschränkung der Funktionärsprivilegien. Damit war ein schwer erkämpfter Durchbruch in den Gewerkschaftspluralismus geschafft, aber noch kein Sieg errungen. Immerhin durfte neben der von den Arbeitern abgelehnten „Transmissionsriemen“-Gewerkschaft eine unabhängige Gewerkschaft mit

Streikrecht entstehen. Von ihren Danziger Fürsprechern und Gründern war sie als eine Ergänzung in der Gewerkschaftsbewegung gedacht, nicht aber als eine Ablösung der alten Gewerkschaft. Der erste Statutenentwurf sah vor, daß sie nicht im ganzen Lande wirken, sondern sich auf das „Danziger Küstengebiet“ beschränken solle. Das tradierte Territorialprinzip wurde gegen das Branchenprinzip der kompromittierten Gewerkschaft gesetzt.

Die Wirklichkeit überholte alle Erwartungen und Vorstellungen. Die allerorts entstehenden Gewerkschaftsorganisationen suchten in bewährter Gewerkschaftstradition nach einer Möglichkeit, geschlossen handlungsfähiger zu werden. Mitte September 1980 kamen in Danzig, das sich immer mehr zum Drehkreuz der neuen Bewegung herausbildete, vierzig Delegierte überbetrieblicher Gründungskomitees der neuen Gewerkschaften zusammen. Sie schufen mit einer aus 35 Mitgliedern bestehenden Landes-Koordinierungskommission (KKP), deren Vorsitzender der Danziger Lech Wałęsa wurde, eine traditionelle Gewerkschaftszentralisierung. Ihr stand eine informelle Gruppe der „Elf“ zur Seite, die Mitte Februar 1981 durch ein Provisorisches Präsidium abgelöst wurde. Das am 22. September von der KKP verabschiedete Statut formte den Beschluß organisatorisch aus: Der Wirkungsbereich der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft mit Sitz in Danzig wurde auf ganz Polen ausgedehnt. Das ursprüngliche Danziger Regionalkonzept mußte zurücktreten. Zugleich einigte man sich auf den einprägsamen Namen „Solidarność“ (Solidarität), den das Danziger Streikbulletin getragen hatte. Pate standen gleicherweise die Solidarität des Streikgeschehens wie der Solidaritätsbegriff der katholischen Sozial- und Staatslehre.

Noch immer war aber die Gewerkschaft ungesetzlich. Erst der Staatsratsbeschluß über die Registrierung der Gewerkschaften vom 13. September und die Änderung des geltenden Gewerkschaftsgesetzes am 8. Oktober 1980 öffneten den Weg zur Legalisierung. Ihr Registrierungsantrag stieß im ersten Anlauf auf große Schwierigkeiten, weil man die führende Rolle der Partei im Statut auch für die neue Gewerkschaft direkt und unmißverständlich anerkannt haben wollte und dieses letzten Endes zusammen mit Streikverzicht und Verfassungstreue eigenmächtig in das Statut hineinschrieb. Dabei waren gerade dies die Gründe für die Gefügigkeit und Ohnmacht der alten Gewerkschaften, aber auch für deren Ablehnung durch die Arbeiterschaft. Mit Hilfe einer zusätzlichen Erklärung, wonach die Gewerkschaft hinter der Verfassung stehe, in der die führende Rolle der Partei im Staatswesen festgeschrieben sei, aber ohne gesonderte Bestätigung dieses und der anderen Streitpunkte, sowie unter Druck eines gesamt-

polnischen Warnstreiks wurde die Gewerkschaft „Solidarität“ am 10. November 1980 vom Obersten Gericht als Berufungsinstanz mit unverändertem Statut zugelassen. Erst jetzt war ein Sieg errungen, den es aber galt im Sinne der geweckten Hoffnungen umzusetzen und zu nutzen. Seit mehr als drei Jahrzehnten gab es in Polen erstmals wieder gewerkschaftlichen Pluralismus.

Sozialstruktur

Der Zustrom in die neue Gewerkschaft setzte in allen Teilen des Landes und aus allen Schichten und Berufen dambruchartig ein. Auch PZPR-Mitglieder waren dabei. Allerdings stießen sie auf Mißtrauen, besonders wenn örtliche Parteiorganisationen ihre Mitglieder aufriefen, in die Gewerkschaften einzutreten, um sie zu beeinflussen. Gegen die Gefahr einer Verfremdung von innen oder einer Provokation unternahm die „Solidarität“ bis zu ihrem Legalitätsende jedoch nichts.

Vorwiegend rekrutierte sich die „Solidarität“ aus der jungen, ungestümen, kompromißlosen und ungeduldiigen Arbeiterschaft aus größeren Industriebetrieben in mittleren und Großstädten: In ihrem Kern war die neue Gewerkschaft eine Bewegung qualifizierter Facharbeiter mit mittlerem Schulabschluß, denen bisher die größte Aufmerksamkeit von Partei und Staat gegolten hatte. In den Führungsgremien gab es hingegen eine Überrepräsentation Intellektueller, was durch die meist akademischen Berater der Gewerkschaftsführung noch unterstrichen wurde. Das Problem der Intelligenz und ihrer Gruppeninteressen muß als ein großes Organisations-, aber auch Effizienzproblem der Gewerkschaft gesehen werden. Auf dieser Ebene gab es einen häufigen Gegensatz von minimalistischen tagesbezogenen Arbeiter- und maximalistischen systemkonfrontativen Intellektuellen-Veränderungsinteressen, der die Frage nach einer utilitaristischen Effizienz gegenüber den selbst proklamierten Zielen mit den von ihnen in der Gesellschaft geweckten Hoffnungen und Erwartungen aufdrängte und zugleich die Gewerkschaft nach innen mannigfaltig belastete. Übrigens waren Frauen in der „Solidarität“ sehr unterrepräsentiert, so daß die Gewerkschaft deutlich eine Männerorganisation war.

Organisationsstruktur

Die stürmische Mitgliederentwicklung und die Unerfahrenheit in Organisationsfragen zusammen mit regionalen Partikularinteressen und politischer Traditionssymbolik beeinträchtigten die organisatorische Struktur der Gewerkschaft. Bei geltendem Territorialprinzip überlagerten sich verschiedene Organisationsformen, wodurch die Durchsetzungsfähigkeit und einheitliche Meinungsbildung genau so wie die organisatorische Geschlossenheit der Gewerkschaft erheblich be-

einträchtig wurden. Der Streit um einen föderativen oder zentralistischen Aufbau, um mehr oder weniger Demokratie in der Organisation, belastete sie während der ganzen Zeit ihres legalen Bestehens. Der statutarische vierstufige Organisationsaufbau — Betriebsorganisation, Ortsorganisation, Regionalverband und Landes-Koordinierungskommission (KKP) mit Präsidium — wurde durch eine nach historischen Traditionsregionen ausgelegte Verwaltungseinteilung überlagert, die der staatlichen behördlichen Einteilung nicht angepaßt war. Das führte zu effizienzmindernden Umständlichkeiten bei Verhandlungen mit regionalen Behörden.

Überbleibsel eines branchen- und berufsorientierten Organisationsverständnisses durchbrachen die regionalen Strukturen. Zur Herausarbeitung und Erprobung einer eigenen Konzeption der Arbeiterselbstverwaltung im Betrieb wurde Mitte 1981 ein ergänzendes „Netz anleitender Betriebe“ begründet, das sich bald als eigene, die Organisation überlagernde „Solidaritäts“-Struktur etablierte. Um die 17 größten „Solidaritäts“-Betriebsorganisationen wurde auf unterer Ebene ein „Netz“ regional wichtigerer Organisationen aufgebaut, so daß über die Gewerkschaftsorganisation ein neues Organisationsnetz gestülpt wurde. Es mag an diesem überlagerndem Organisationsschema liegen, aber auch Hinweis auf frühe Bürokratisierung des Gewerkschaftsapparates sein, daß die „Solidarität“ rd. 45 000 Funktionäre beschäftigte. Die Mitgliederzahl bezifferte sie mit rd. 9,0—9,5 Millionen. So kommt es aber, daß die Gewerkschaft immer umständlicher zu handhaben war. Sie war eben zu unübersichtlich geworden, was sie zwangsläufig auch politisch belasten mußte.

Zudem wurden der Gewerkschaft durch die eigenständigen Aktivitäten ihrer Mitglieder Aufgaben nahegelegt, die klassische Gewerkschaftsaufgaben weit überstiegen und mit der Herausbildung selbständiger Arbeitsgemeinschaften, Komitees und sonstigen Organisationen oder Zirkeln verbunden waren. Sie alle veranstalteten eigene, zum Teil sogar gesamtpolnische Konferenzen und bildeten innerhalb der „Solidarität“ eigene Organisationsspitzen. In alledem zeigte sich zwar die zentrale Rolle der „Solidarität“ beim Krisenmanagement, was sie nach ursprünglicher Danziger Konzeption aber gar nicht vorhatte, und als Fürsprecherin aller Benachteiligten ohne Rücksicht auf deren politisches oder konfessionelles Bekenntnis. Diese außerstatutarischen Gremien in der „Solidarität“ verhandelten mit dem Außenministerium über Außenpolitik gleichermaßen wie mit den zuständigen Stellen über Haftbedingungen, Umweltschutz, Lehrerausbildung und -Besoldung, Lehrpläne oder Forschungsvorhaben, was die Regierungsbehörden, wohl nicht ohne Hintergedanken, willig akzeptierten — häufig

allerdings auch erst unter Streikdrohungen, mit denen freigebig umgegangen wurde. In der Regel waren die Voraussetzungen der Verhandlungen mit der KKP nicht abgestimmt, die Ergebnisse wurden ihr häufig gar nicht mitgeteilt. Die „Solidarität“ wurde eben als Synonym einer Erneuerungsbewegung Polens und sehr bald auch als alleinige Alternative in den herrschenden Verhältnissen verstanden, die Eigentum aller sei. Daher wurde sie zur Zufluchtstätte unterschiedlicher politischer und oppositioneller Ansichten, Strömungen und sogar Gruppierungen, so daß sie nicht nur Subjekt, sondern auch Objekt des Pluralismus seit Mitte 1980 wurde.

Auf diese Weise blieb aber ihre Identität als Gewerkschaft nicht unberührt. Besonders als von der Regierung angegriffene Organisationen demonstrativ unter „Solidaritäts“-Fittiche genommen wurden, wie das zum integralen Bestandteil der Gewerkschaft erklärte „Komitee zur Verteidigung der wegen ihrer Überzeugung Inhaftierten“, oder Bemühungen unterstützt wurden, alternative parteipolitische Organisationen zu gründen, lief sie Gefahr, vollends auf der Strecke zu bleiben. Mit alledem wurde aber nicht nur Unübersichtlichkeit in die Organisation hineingetragen, sondern auch eine sich widersprechende Vielgleisigkeit, die sich ebenfalls unter anderen Umständen im Erfolg oder Mißerfolg der Gewerkschaften hätten niederschlagen müssen.

Programm und Selbstverständnis

Das Programmverständnis der „Solidarität“ bildete sich stufenweise heraus. Wichtig waren dafür das Eingangsstatut, das bald als vorläufig bezeichnet wurde, mit seiner Umsetzung der Streikforderungen von 1980, sowie das Programm mit den Statutenänderungen vom Herbst 1981, das in der Diskussion um die im April 1981 veröffentlichten Diskussionsthese zustande kam. Im „vorläufigen“ Statut nahm die „Solidarität“ für sich in Anspruch, dem „Schutz der materiellen, sozialen und kulturellen Interessen ihrer Mitglieder und deren Familien“, der „Sicherung der Rechte der Arbeiter“ in allen Bereichen des öffentlichen Lebens sowie der „Sicherung und Hebung der Berufsqualifikationen“ dienen zu wollen. Zudem wurden mit der sozialpolitischen Tätigkeit einer Gewerkschaft loser verbundene Aufgaben formuliert, wie die „Stärkung und der Schutz der Familie“, die „Aufnahme von Bemühungen um die richtige Harmonisierung der Interessen der Belegschaft mit der Tätigkeit der Betriebe“ und die „Einflußnahme auf die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Als Instrumente für die Erfüllung der in der Gesellschaft geweckten Hoffnungen und Erwartungen wurden neben der vorrangig angeführten Zusammenarbeit mit den Staatsbehörden auch Streiks genannt, so daß eine kon-

frontative Entwicklung allein von der Staatsgewalt und ihrer Einlenkfähigkeit abhängig gemacht wurde.

Mit den Diskussionsthese vom April 1981 wurde zwar das Statut nicht in Frage gestellt, aber durch die mittlerweile eingetretenen Konfrontationen und aufkommenden Repressionen, die zugleich eine Radikalisierung in der Gewerkschaft einleiteten, auf eine spezifische Weise ergänzt und weitergeführt. Es geschah vor allem im mikroökonomischen Bereich, wobei die Forderung nach Realisierung eines „sozialen Egalitarismus“ an Vorstellungen des subsidiären Solidarismus der katholischen Staats- und Soziallehre angeschlossen. Doch waren die Diskussionsthese noch immer kein Programm einer radikalen Umgestaltung, sondern eher ein diffuses, sich stellenweise widersprechendes Konglomerat nationaler solidaristischer und Demokratie fordernder Postulate mit menschen- und bürgerrechtlichen Bezügen und Toleranzforderungen für den Pluralismus innerhalb der „Solidarität“, wobei bedeutungsmäßig eher am Rande auch tagespolitische Arbeiterinteressen erschienen; die weiterführenden Arbeiterforderungen im Sinne einer Selbstverwaltung waren in systempolitische Überlegungen eingelagert. Dabei erhob die „Solidarität“ aus ihrer Rolle in der Erneuerung Polens erstmals konkreten Anspruch auf die Ausübung einer Kontrollfunktion im Staate, ähnlich der früheren Konzeption Giereks für die „Transmissionsriemen“-Gewerkschaft.

Das auf dem I. Landesdelegiertenkongreß vom Frühherbst 1981 in Danzig verabschiedete Programm und die Statutenergänzungen zeigten folgerichtig eine früh einsetzende Veränderung des Selbstverständnisses der Gewerkschaft in den Diskussionen des Jahres 1981. Obwohl im Eingangsstatut von 1980 mit dem Kampf gegen Alkoholismus und der Anregung zur Selbsthilfe sowie der Zusicherung einer „aktiven Tätigkeit zum Wohle des Vaterlandes“ politische, vor allem jedoch nationale Optionen anklangen, die die Gewerkschaft zwingenderweise in politische Gegensätze zur Partei- und Staatsgewalt bringen mußten, was auch vorauszusehen war, so ging ihr politisches Selbstverständnis doch mehr in Richtung einer patriotischen und moralischen Besinnung und Wiederaufrüstung des polnischen Volkes, nicht unähnlich der Buchmannschen Aufrüstungsbewegung von Caux.

Doch die systempolitische Kritik der These deutete die starke Politisierung der Gewerkschaft an, die seit dem Frühjahr 1981 unter polizeilichen Repressionen in ihr zu einer Polarisierung führte; auch der anfängliche asketische moralische Rigorismus geriet darüber viel zu schnell ins Hintertreffen mit allen sich daraus ergebenden schädlichen ethischen Erscheinungen. Häßliche innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen und Ge-

gensätze, Mißgunst, Kompetenzängste und nationalistische Überheblichkeiten gegenüber andersnationalen Mitgliedern begannen die „Solidarität“ seit dem Spätfrühling 1981 zunehmend zu bedrängen. Örtlich lösten sich aus solchen Gründen sogar Einzelorganisationen der Gewerkschaft auf. Die Polarisierungen in der Organisation nahmen sehr bald politisches Gesicht an. Der Druck der Radikalen, die aus den Reihen der jungen mittleren Funktionäre kamen und einen großen apodiktischen Veränderungselan bei geringer politischer Erfahrung einbrachten, wollte die Gewerkschaft in eine duale Funktion führen: Neben den echten gewerkschaftlichen Aufgaben sollte sie eine „gesellschaftliche Institution werden, die die politischen Strukturen der VR Polen verändert“; damit müßte sie auch die „Funktion einer oppositionellen politischen Partei wahrnehmen“. Seit Mitte 1981 wurden von diesen Funktionären, die sich auf akademische Berater stützten, Forderungen erhoben, die „Solidarität“ solle für ein aus freien und geheimen Wahlen, bei geänderter Wahlordnung, hervorgegangenes Parlament eintreten, das zu einer grundlegenden Veränderung des politischen Systems führen müsse. Nur auf diese Weise werde der Weg für notwendige wirtschaftliche und soziale Gesundung geöffnet.

Allerdings wurden auch völlig entgegengesetzte Konzeptionen laut, daß beispielsweise die Gewerkschaft nicht eine „politische Partei oder Kryptopartei“, sondern „Teil der Staatsinstitutionen“ werden müsse. Aus dieser Polarisierung leitete sich die weithin akzeptierte Vorstellung her, daß die „Solidarität“ ein „Staat der polnischen Arbeit“ sei — hierzu trugen auch die Predigten Papst Johannes Paul II. während seiner ersten Pilgerfahrt 1979 durch Polen bei, die später in der Enzyklika „Laborem exercens“ universal umgesetzt wurden —, was symbolisch auch an Traditionen des polnischen Freiheits- und Untergrundkampfes angeschlossen. Umfragen, wonach 89,1 v. H. der Bevölkerung die Gewerkschaft „Solidarität“ und deren Tätigkeit unterstützen⁵⁾, zeigten die eingetretene Identität zwischen der sozialen Sammlungsbewegung der „Solidarität“, was sie mittlerweile geworden war, und der Nation. Die „Solidarität“ wurde als eine Verkörperung nationaler Unabhängigkeit empfunden, einer Unabhängigkeit, die wegen der Hegemonialbezüge zur Sowjetunion und bei der Eigenart des ideologischen eigenen politischen Systems nicht vorhan-

den sei. Als Verkörperung dieser Unabhängigkeit sei die Gewerkschaft, die in ihrer Symbolik sehr gezielt an nationale Farben und Zeichen sowie Vorbilder und Elemente des Unabhängigkeits- und Untergrundkampfes angeschlossen, verpflichtet, für die reale Unabhängigkeit von der Sowjetunion und für staatliche und nationale Souveränität einzutreten.

Zwar wurden antisowjetische Stimmen, die einer breiten Grundstimmung in der Bevölkerung entsprachen, von der „Solidarität“ öffentlich als gefährlich und ihr fremd zurückgewiesen. Doch die antisowjetische Grundhaltung vieler „Solidaritäts“-Blätter, die im Gegensatz zum gewerkschaftlichen Zentralorgan „Tygodnik Solidarność“ (Auflage 500 000 Expl.) ohne offizielle Zensur erschienen, zeigte doch, daß diese Vorstellungen, die sogar an den internationalen Verträgen Polens und an seinem Verbleiben im östlichen Bündnisystem rüttelten, ihr andererseits genau so wenig fremd waren, wie trotz einzelner Stimmen, die um Verständnis für die deutsche Frage und Deutschland warben, die Grundstimmung in der Gewerkschaft deutschfreundlich war. Die „Solidarität“ sah sich ferner in besonderer Verantwortung für das Wohl des Abendlands infolge der „Lage an der Nahtstelle der Kulturen und der politischen Orientierung sowie den historischen Erfahrungen des polnischen Volkes“, wie offiziell präzisiert wurde. Opfergeprägter Messianismus und die tradierte historische Vorstellung, eine Vormauer des Abendlandes gegenüber dem Osten zu sein, kamen in vielen Gedankengängen der Gewerkschaft wieder auf und wurden, durch die Wahl eines Polen zum Papst zusätzlich legitimiert, als höchster universaler Auftrag gegenüber dem reichen, satt gewordenen Westen, der Polen und seine Hingebungsbereitschaft nötig habe, stilisiert. Darin sah man zugleich auch eine Verpflichtung der anderen Polen gegenüber.

Alle Vorstellungen flossen im Programm und in die Statutenänderungen vom Herbst 1981 ein. Die Politisierung des Programms veränderte sogar die Legitimation der „Solidarität“: Während anfangs eine politische Reform als Voraussetzung für ihre Tätigkeit angesehen wurde, wurde nunmehr die politisch-pluralistische soziale Sammlungsbewegung der „Solidarität“ als einziges und alleiniges Mittel zur Erreichung des Ziels einer politischen Erneuerung Polens bezeichnet, die vor einer Veränderung des politischen Systems und der Wirtschaftsordnung nicht haltmachen dürfe, obgleich die „gesellschaftlichen Grundsätze des Sozialismus“ bejaht wurden. Nur über diese Veränderung könnten die Forderungen der Arbeiter, die man repräsentiere, befriedigt werden. Das fernere Ziel sei eine „selbstverwaltete Republik“, die trotz vieler Details in ihrem Wesen nebulös blieb. Zu ihr gebe es nur einen Weg: „den Staat und die Wirt-

⁵⁾ Eine andere Repräsentativumfrage von Anfang Mai 1981 unter Erwachsenen über 15 Jahren ergab, daß nur 32 v. H. der Befragten ihr Vertrauen der PZPR gaben, hingegen 94 v. H. der Kirche, 90 v. H. der „Solidarität“ und, was sehr bezeichnend für die polnische Situation war bzw. noch werden sollte, 89 v. H. der Armee und 82 v. H. dem Parlament, das in diesen Monaten aus einer akklamativen Versammlung zu einer streitbaren Volksvertretung wurde. fg. Solidarność Dolnośląska, Breslau, 30. 7. 1981.

schaft zu ändern". Ihm hätten eine von der Gewerkschaft unabhängige betriebliche Arbeiter-selbstverwaltung, freie Wahlen zu den Volksräten und zum Parlament, wofür auch die Wahlordnung zu ändern sei, Transparenz des politischen Lebens, Einschränkung der Zensur und die Schaffung einer zweiten Kammer, der Selbstverwaltungskammer, sowie die Errichtung eines souveränen Verfassungsgerichtshofes und eines Staatstribunals zu dienen. Im Statut wurde ergänzt, daß die „Solidarität“ außer den gewerkschaftlichen auch die Bürgerrechte der Mitglieder verteidigen und als alleiniges Vertretungsorgan im Ausland tätiger Polen anerkannt werden müsse. Sie beanspruchte damit, in der Sowjetunion, der DDR und der Tschechoslowakei, wo polnische Arbeiter an Aufträgen arbeiteten, ihre freigewerkschaftliche Eigenständigkeit demonstrieren und systemkontraproduktiv wirken zu können. Ursprünglich für sich Pluralismus fordernd, verstand sich die „Solidarität“ nunmehr als eine Monopolorganisation der Arbeiterinteressen.

Obwohl die Vorstellungen der „selbstverwalteten Republik“ dem geltenden Sozialismus-Modell widersprachen, stellte die „Solidarität“ in keiner ihrer programmatischen Verlautbarungen eine Voraussetzung des Systems in Frage: das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln. Auch wenn sie programmatisch grundlegende Veränderungen des realsozialistischen Herrschafts- und Verfassungssystems wünschte, in seinem innersten Wesen stellte sie es jedoch zu keiner Zeit in Frage. Sie blieb auf dem Boden des Sozialismus, wenngleich eines nebulös zwischen dem real existierenden und dem demokratischen angesiedelten Sozialismus. Alles in allem ähnelte das Programm in vielen Teilen eher einer politisierten Charta der Menschen- und Bürgerrechte als einem gewerkschaftlichen Aktionsprogramm, besonders weil sie, gestützt auf das Programm, in den folgenden Monaten bis Jahresende die Wahrnehmung ihrer früher schon deklarierten Kontrollfunktion gegenüber Parlament und Regierung mit Vorschlägen zur Bildung entsprechender Institutionen anmahnte.

Auf diese Weise wandelte sich die ursprüngliche Gewerkschaft „Solidarität“ seit dem Frühherbst 1981 immer mehr zu einer programmatisch legitimierten politischen Bewegung unzufriedener Volksmassen mit offenen Veränderungsabsichten der Verfassungs- und Herrschaftswirklichkeit. Die Schaffung eines konkreten, ausgewogenen und verwirklichtbaren Programms für eine Wirtschaftsreform, das im Stande gewesen wäre, die Gesellschaft zu motivieren und dem Regime den eigenen Wert für das Staatswesen zu beweisen, was sie von Partei und Regierung verlangte und selber zu kontrollieren beabsichtigte, brachte die „Solidarität“ trotz korrigierten Selbstverständnis-

ses, das sie dazu hätte verpflichten sollen, nicht zustande. Auch die Konzeption der „selbstverwalteten Republik“ war alles in allem nicht zu Ende gedacht und wie vieles, was die „Solidarität“ politisch äußerte, in großem Maße diffus.

c) Die „Solidaritäten“-Bewegung

Wenn von der „Solidarität“ gesprochen wird, wird meist nicht berücksichtigt, daß es noch weitere „Solidaritäts“-Gewerkschaften gab, die allerdings nie die Bedeutung der aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen erreichten, sie aber als Kernorganisation der „Solidaritäten“-Bewegung akzeptierten und sich nach ihr richteten. Allerdings waren sie insofern verschieden, als sie selbständige, nicht lohnabhängige Personen organisierten, die aber, wie im Hinblick auf neomarxistische Diskussionen im Westen interessanterweise argumentiert wurde, in einer ähnlichen Abhängigkeit vom Zentralverwaltungswirtschafts-Staat ständen wie Lohnempfänger vom Betrieb, der von diesem Staat betrieben werde und sein Eigentum sei. Daher seien sie vergleichbar.

In Anlehnung an freigewerkschaftliche Gründungen entstanden in der Bauernschaft die drei Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaften „Land-Solidarität“, „Bauern-Solidarität“ und der Landwirtschaftlichen Produzenten. Mitte Dezember 1980 verabschiedeten sie ein gemeinsames Statut. Die Registrierung wurde im ersten Anlauf abgelehnt, weil die Mitglieder nicht die Attribute einer Gewerkschaftszugehörigkeit aufweisen konnten. Erst unter Druck der Arbeiter-„Solidarität“ kam sie zustande. Zusammen mit einer Reihe weiterer Einzelgründungen wurde Mitte August 1981 als Führungsorgan die Landesverständigungskommission der Unabhängigen Bauerngewerkschaften „Solidarität“ etabliert, die jedoch wegen regionaler Rivalitäten in der Organisation zu keiner Zeit richtig funktionierte. Die Einzelgewerkschaften wirkten weitgehend unkoordiniert nebeneinander her. Mitte Oktober 1981 wurde eine konkurrierende Führungs- und Koordinierungskörperschaft ins Leben gerufen, womit die potentielle Schwäche dieses Teils der Bewegung noch besonders unterstrichen wurde.

Auch die privaten Handwerker schlossen sich in einer „Solidaritäts“-Organisation zusammen. Sie wurde noch stärker als die Bauernbewegung von innerem Streit gelähmt. Nach regionalen Zusammenschlüssen entstand zwar Mitte März 1981 die Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft des Selbständigen Handwerks „Solidarität“. Anfang Juli 1981 wurde sie komplikationslos registriert, kam aber nie richtig in Schwung. Die Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft des Selbständigen Transportwesens „Solidarität“, von Taxi-Besitzern angestrebt, kam aus dem Gründungsstadium nicht mehr heraus. Der Versuch, eine Poli-

zeigewerkschaft „Solidarität“ zu gründen, der große Zustimmung aus der Bevölkerung erhielt, stieß auf entschiedenen Widerstand des Innenministeriums. Obwohl ein Gründungskomitee von Vertretern aus 34 der 49 Wojewodschaften Anfang Juni 1981 in Warschau gebildet wurde, kam es infolge des Eingreifens des Sicherheitsdienstes und verschiedener Repressalien zu keiner Registrierung. Die Versuche, in Studentenkreisen aus Mitgliedern der „Solidaritäts“-Unterstützungs- und Freundes-Zirkeln eine studentische „Solidarität“ zu gründen, führten in eine andere Richtung. Es entstand ein Unabhängiger Studentenverband (NZSP) in Konkurrenz zur staatlichen Studentenorganisation, der durch seine Bezeichnung die Nähe zur gewerkschaftlichen Bewegung unterstrich. Die Zusammenarbeit des Verbandes, der die staatliche Studentenorganisation an den Rand zu drängen verstand, mit der Arbeiter-„Solidarität“ war zu jeder Zeit sehr eng.

Im Umfeld der „Solidarität“-Bewegung entstanden Organisationen, die indirekt mit ihr verbunden waren und einen Übergang zur Parteipolitik bildeten: Sie wurden von einflußreichen Mitgliedern der „Solidarität“ der Arbeiter und von Gewerkschaftsberatern gegründet, wobei sie nur auf dem Hintergrund des „Solidaritäts“-Programms politisch zu lokalisieren sind. Bei ihnen handelt es sich um den am 22. September entstandenen Klub der selbstverwalteten Republik „Freiheit-Gerechtigkeit-Unabhängigkeit“ (WRN) mit seinen politisch eindeutigen Traditionen, den am 29. September 1981 gegründeten Klub für den Dienst an der Unabhängigkeit sowie um die ins Gründungsstadium getretene Polnische Partei der Arbeit (PPP), die auf Initiative der „Netz“-Organisation der „Solidarität“ zu entstehen begann. Die Programme der Gruppen vertraten in groben Zügen Vorstellungen, wie sie im „Solidaritäts“-Programm geäußert wurden. Über seinen Rahmen gingen sie kaum hinaus, auch wenn einige der Vorstellungen präzisiert und zugespitzt worden sind.

d) Die „anderen“ Gewerkschaften

Im Gefolge der „Solidarität“ entstand eine von Partei und Regierung geförderte pluralistische Bewegung „anderer“ Gewerkschaften. Angesichts des machtvollen Aufkommens der „Solidarität“ muß es der Partei-, Staats- und bisherigen Gewerkschaftsführung zweckmäßig erschienen sein, mit der breiten Freigabe des Gewerkschaftspluralismus zur Eindämmung des systemkritischen Gewerkschaftsmonopolismus der „Solidarität“ beizutragen suchen. Die neben der „Solidarität“ wenig später konstituierte „andere“ Gewerkschaftsbewegung verstand sich ebenfalls als selbstverwaltend und unabhängig, waren doch diese Begriffe durch die „Solidarität“ zu selbstverständlichen

und unverzichtbaren Elementen des Gewerkschaftsverständnisses in der Arbeiterschaft geworden. Auf diese Weise bildeten sich zwei weitere Zweige der Gewerkschaftsbewegung heraus: der Zweig der autonomen Gewerkschaften und der bisherigen modifizierten Branchengewerkschaften. Ergebnis war, daß in manchen Betrieben mehrere Gewerkschaftsorganisationen nebeneinander bestanden, ähnlich wie in den Anfängen der volkspolnischen Gewerkschaftsentwicklung. Allerdings wurde die Suprematie der „Solidarität“ in keinem Industriebetrieb auch nur berührt, obwohl es in Behörden und Verwaltungen durchaus zu einer echten Konkurrenz insbesondere zwischen der „Solidarität“ und den Branchengewerkschaften kam.

Die Branchengewerkschaften leiteten sich direkt aus den „Transmissionsriemen“-Gewerkschaften ab, nachdem sich der CRZZ als Führungsgremium mit dem 31. Dezember 1980 aufgelöst hatte. Im Grunde waren es die gleichen alten Branchengewerkschaften mit einigen kosmetischen Eingriffen, wie Neuwahlen mit einer echten Konkurrenz der Kandidaten, Abbau des bürokratischen Apparates und größere Aktivität, jedoch ohne Retuschen an den Grundvorstellungen. Ihre Eigenständigkeit wurde durch die Schaffung einer „Verständigungskommission der Branchengewerkschaften“ auf der einen Seite betont, denn sie deutete in diese Richtung, auf der anderen Seite aber in bewährter Weise des früheren CRZZ aufgehoben. Die Branchengewerkschaften unterhielten keinerlei Beziehungen zu den beiden anderen Zweigen und bemühten sich, verbrämt mit nationalem Verantwortungsgefühl den Partei- und Regierungsanregungen zu folgen. Gelegentlich taten sie es allerdings mit einer kritischen Note und — nur in Konkurrenz zur „Solidarität“ — mit noch radikaleren Forderungen, allerdings kaum jemals unter Androhung von Streik.

Auch die autonomen Gewerkschaften gründeten eine gemeinsame Führungs- und Koordinierungskörperschaft, das „Vorläufige Komitee zur Zusammenarbeit der Autonomen Gewerkschaften“. Ihr Organisationsprinzip war berufsorientiert, so daß sie zahlenmäßig kleine Zusammenschlüsse blieben. Auf diese Weise waren 1980/81 alle drei Organisationsprinzipien in der polnischen Gewerkschaftsbewegung vertreten: das territoriale, das branchenmäßige und das berufsorientierte. Insgesamt waren 64 autonome Gewerkschaften registriert, die sich eher als Lückenfüller verstanden, wie die Matrosen- und Hochseefischer-Gewerkschaft oder die Gewerkschaft der Außenhandelsbediensteten. Die autonomen Gewerkschaften unterhielten Beziehungen zur „Solidarität“, jedoch kaum zu den Branchengewerkschaften. Sie nahmen auch an Aktionen der „Solidarität“ teil, so daß sie weit mehr als die Branchengewerk-

schaften ihre Unabhängigkeit vom Partei- und Regierungswillen zum Ausdruck brachten, aber — ähnlich wie die Branchengewerkschaften — von keiner echten Radikalität ähnlich derjenigen der „Solidarität“ waren.

In den Branchengewerkschaften sollen rund 3,5 Millionen Berufstätige organisiert gewesen sein. Die autonomen Gewerkschaften gaben ihre Stärke mit rund 800 000 an. Da rund 1 Million Menschen keiner Gewerkschaft angehörten und kleinere Gewerkschaften außerhalb der Verbände blieben, hätte es 1981 1—1,5 Millionen Gewerkschaftler mehr als Beschäftigte in Staatsbetrieben gegeben, was die jeweiligen Angaben der Mitgliedszahlen anzweifeln läßt.

e) Erfolg und Niedergang der pluralistischen Gewerkschaftsbewegung

Die Veränderungen, die das Aufkommen der pluralistischen Gewerkschaftsbewegung mit sich brachte, sind ausschließlich auf das Wirken der „Solidaritäten“-Bewegung zurückzuführen; die anderen Gewerkschaften unterstützten bestenfalls die „Solidarität“, veränderten von sich aus aber nichts an den herrschenden Verhältnissen, sondern suchten sie, wie die Branchengewerkschaften, eher zu konservieren, wenngleich in leicht modifizierter Form. Es war die „Solidarität“, die aber weit weniger die soziale als vielmehr die politische Kultur veränderte. Vor allem beeinträchtigte sie das Herrschaftsmonopol von Partei und Regierung. Die durch sie herbeigeführte Veränderung des politischen Bewußtseins in der Gesellschaft wiegt dabei am meisten und ist der eigentliche Erfolg der „Solidarität“, der die Zeit ihres legalen Bestehens überdauerte und die politische Landschaft auch für die Zeit danach so entscheidend verändert hat, daß ihr Partei und Regierung auch nach dem Verbot der „Solidarität“ Rechnung tragen mußten. Auch wenn die „Solidarität“ keinen Sieg in ihrem Sinne davongetragen hat, die herbeigeführte Bewußtseinsveränderung ist ihr bleibender Erfolg.

Das demokratisch-pluralistische Beispiel der „Solidarität“ wirkte in Bereiche ein, wo solches Verhalten bis dahin nicht praktiziert worden ist, so daß die Gewerkschaft in der einer Mythenbildung aufgeschlossenen polnischen Mentalität schnell zum allmächtigen Vertreter der Armen und Bedrängten avancierte. Ihrem Beispiel folgend konnte im Parlament hart und kontrovers gerungen werden. Ihre Praxis freier und geheimer Wahlen machte nicht einmal vor der Vereinigten Arbeiterpartei halt: sowohl die Delegierten für den Außerordentlichen Parteikongreß Mitte 1981 wurden auf diese Weise gewählt als auch das Zentralkomitee, wobei kontrovers über die Zentralkomitee- und Politbüroandidaten diskutiert wurde. Das neue Parteistatut schrieb diese Praxis mit wei-

teren Neuregelungen fest, wie einem Rotationsprinzip, das allerdings nie angewendet wurde. Es erfolgten Fernsehübertragungen aus den Parlamentssitzungen und aus dem Zentralkomitee, die erhebliche innerparteiliche Spannungen offenlegten.

Durch ein neues Gesetz, das mit der „Solidarität“ ausgehandelt worden war, wurde das Informations- und Meinungsmonopol der Regierung erheblich eingeschränkt, so daß es in dieser Zeit die freieste Presse seit Jahrzehnten gab. Nur das Zentralorgan der Gewerkschaft unterlag einer lasch gehandhabten Zensur, die gegenüber der Vielzahl der Regional-, Betriebs- und sonstigen Zeitungen der „Solidarität“, angeblich rd. 1 000—1 200, nicht angewendet wurde. Obwohl die Gewerkschaft nicht den geforderten breiten Zugang zu Fernseh- und Rundfunkübertragungen erhielt, erreichte sie immerhin, daß in einem kommunistischen System die Übertragung von Gottesdiensten in das sonntägliche Rundfunk-Vormittagsprogramm aufgenommen wurde.

Angelehnt an die „Solidarität“ entstanden neue Organisationen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, wobei in der Vergangenheit abgewirtschaftete dupliziert wurden und der gewerkschaftliche Pluralismus auf diese Weise in das gesellschaftliche Organisationssystem breiten Einzug hielt. Der allgemeine Veränderungsprozeß machte auch vor der PZPR nicht halt. Er führte zu einem Verfall des Bestandes und auch der Macht der PZPR: Unter demütigenden Umständen verlor sie ein Drittel ihres Mitgliederbestandes. Statutarisch nicht vorgesehene Organisationsformen kamen auf und führten zu Fraktionsbildungen, die den Bestand der Partei in Frage zu stellen schienen. Regional- und Betriebsorganisationen versagten den Gehorsam, andere lösten sich auf oder stellten stillschweigend ihre Tätigkeit ein. Im Oktober 1981 überlegte man in einflußreichen Parteikreisen vor einer ZK-Sitzung, ob es nicht besser wäre, die PZPR durch eine neue Kaderpartei zu ersetzen.

Die Bemühungen der „Solidarität“, in Polen eine offene und demokratische Gesellschaft zu schaffen, schienen bei solchen Begleitumständen Erfolg zu bringen. Der Eindruck wurde durch die Verwirklichung vieler „Solidaritäts“-Vorstellungen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich gestützt. Forderungen nach einer Erhöhung der Mindestlöhne und -renten und nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit sowie Umstellung von Schichtarbeiten beeindruckten zwar die Gesellschaft und überzeugten sie von der Allmacht und dem Veränderungselan der „Solidarität“, belasteten aber durch ihre wirtschaftliche Unausgewogenheit die ohnehin trostlose Wirtschaftssituation und Marktbelieferung im Lande noch mehr. Der Verlust an Arbeitszeit, der ein Verlust volkswirt-

schaftlicher Produktivität war, gleicherweise durch häufige und unkontrollierte Streiks, aber auch durch lange Diskussions- und Beratungsver-sammlungen in Betrieben und Verwaltung, die den früher nicht gehörten Menschen große Befriedigung vermittelten, sie psychologisch aufrüsteten und für die Gewerkschaft einnahmen, wie durch unregelmäßige Materialzulieferungen oder eine mangelhafte Kooperation zwischen Betrieben und sogar Betriebsabteilungen herbeigeführt, war nicht dazu angetan, die geweckten Hoffnungen der Menschen auf eine Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation zu befriedigen. Andererseits wurde die „Solidarität“ bei der Vorbereitung von Gesetzen zusammen mit den anderen Gewerkschaftszweigen konsultiert; sie war dabei unbestrittener Wortführer. Dazu gehörten u. a. Gesetze über die Zensur, die Betriebsverfassung von Staatsunternehmungen, die Gewerkschaften und die Arbeiterselbstverwaltung. Auch erhielt die „Solidarität“ Gelegenheit, ihre Vorstellungen bezüglich geplanter Regelungen vorzutragen und eigene Konzeptionen einzubringen. Die gefundenen Lösungen fanden zwar nur selten die volle Zustimmung der Gewerkschaft, die dazu neigte, ihre Forderungen im Maße deren Befriedigung weiter auszudehnen. Viele dieser Verordnungen blieben über die Zeit des Bestehens der „Solidarität“ in Kraft, andere wurden nach Ausrufung des Kriegszustandes revidiert.

In den beiden die Arbeiterschaft unmittelbar in den Betrieben betreffenden Gesetzen vom September 1981 wurden seitens Partei und Regierung Zugeständnisse an die Vorstellungen der „Solidarität“ in einem zwar breiten, sie aber nicht befriedigenden und ihren vorgetragenen Konzeptionen angemessenen Maße vorgenommen. Trotzdem waren es die liberalsten und weitestgehenden Bestimmungen in diesem Bereich seit der Entstehung der VR Polen. Zwar gingen die Vorstellungen des „Solidaritäts“-„Netzes“ in die gleiche Richtung einer Unabhängigkeit der Arbeiterselbstverwaltung von den Gewerkschaften, doch erschien in der Situation des Septembers 1981 das Entgegenkommen von Partei und Regierung der „Solidaritäts“-Führung, übrigens entgegen kirchlicher Ratschläge, nicht weit genug. Den Arbeiterräten, die die Arbeiterselbstverwaltung zu tragen gehabt hätten, wurden nämlich Kompetenzen über den betrieblichen Lohnfonds und die Lohngestaltung nicht eingeräumt, was die „Solidaritäts“-Vorstellungen nicht befriedigte, aus früheren Erfahrungen aber volkswirtschaftlich erklärbar war. Immerhin waren seit Herbst 1980 wieder neu gewählte Arbeiterräte aufgekommen, die in bisher unklaren Kompetenzverhältnissen gewirkt hatten und jetzt einen Handlungsrahmen erhielten.

Die Zuspitzung der Situation im Herbst 1981 hatte dramatisch zugenommen. Aus ihrem Verständnis,

daß partizipatorische und Betriebsverfassungsfragen nur über eine Veränderung des Systemverständnisses der Herrschaftsschicht und der Systemstrukturen gelöst werden können, ging die „Solidarität“ zu Forderungen nach politischer Mitbestimmung über. Ein Konflikt mit der Machtelite und ihrer Herrschaftswirksamkeit war damit programmiert. Seit Ende Oktober 1981 versuchten zudem verschiedene „Solidaritäts“-Betriebsorganisationen, die Parteiorganisationen aus den Betrieben zu verdrängen, was von Partei und Regierung als höchstes Gefahrensignal empfunden wurde, um so mehr, als die Sprache der Radikalen in der Gewerkschaft die Bedrohlichkeit der Situation noch zu unterstreichen schienen. Ferner stellte die „Solidarität“ Forderungen, die die Deutung nahelegten, sie wolle entweder eine der Partei und Regierung übergeordnete politische Weisungs- und Kontrollinstanzrolle oder mit Hilfe vorzuziehender Wahlen und öffentlichen Drucks die Macht im Staat nicht als Institution, aber als Protektor übernehmen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hatte sie die funktionale Qualität einer Oppositionspartei erreicht.

Die Vorstellungen der „Solidarität“ sprengten nicht nur den Verständnisrahmen für sie als Gewerkschaft, sondern griffen weit über deren ursprüngliche Absichten hinaus. Schon auf dem I. Landesdelegiertenkongreß im September hatte Zbigniew Bujak, Vorsitzender der Gewerkschaftsregion Masovien (Mazowsze), festgestellt, daß „die Solidarität mit ihrer Tätigkeit den Rahmen der (Gesellschafts)Verträge weit überschritten habe“. Auch Lech Wałęsa war sich der damit verbundenen Gefahr bewußt und versuchte seit Mitte 1981, vor solchen bedrohlichen Entwicklungen zu warnen. Wiederholt riet er zur Mäßigung mit Hinweisen auf die Gefahr der Unterschätzung des Gegners, denn „Macht wird nicht verschenkt, man kämpft um sie“. Im Bewußtsein dessen, daß es nicht nur um gesinnungsethische Gemeinsamkeit und Exponierung, sondern vor allem um eine zielbezogene utilitaristische Effizienz in den Bemühungen der „Solidarität“ zu gehen habe, um den einmal geweckten Hoffnungen der Menschen möglichst gerecht zu werden, versuchte er in Übereinstimmung mit der Kirchenführung, die Strategie einer „Veränderung auf Raten“ durchzusetzen. Doch vermochte er, der mit einer sehr knappen Mehrheit während des I. Landesdelegiertenkongresses an die Gewerkschaftsspitze gesetzt wurde, sich gegenüber den Radikalen in der Führung, die auch die Verbindung zur Kirche kritisierten, nicht durchzusetzen. Die Mahnungen Wałęsas aus dieser Zeit, daß man sich „einen Zusammenstoß, der bald kommen wird“, nähere und der vorauszusehende „Kampf sehr schwer werden würde, die Chance ihn zu gewinnen, bei unbedachtem Handeln aber sehr gering ist“, deuteten auf seinen großen politischen Realismus und

seine Bereitschaft zur Mäßigung und Augenmaß hin, die er nicht mehr nachhaltig genug in der Gewerkschaft verankern konnte.

Bei absoluter Überschätzung der eigenen Durchsetzungsfähigkeit und organisatorischen Geschlossenheit sowie zu großer Kritiklosigkeit gegenüber der eigenen Armee einerseits, die in der Gesellschaft nationalen Stolz und Bewunderung selbst dann noch genoß, als sie aktiv mit Offiziers-Ordnungsgruppen seit November in das chaotische Geschehen vorerst nur schlichtend eingriff, sowie Unterschätzung der Intaktheit der Sicherheitsdienst- und Polizeistrukturen andererseits, die sich aus dem öffentlichen Blickfeld zurückgezogen hatten, wurde die „Solidarität“-Führung von der Ausrufung des Kriegszustandes am 13. Dezember 1981, der aber schon auf zwei nicht genügend ernst genommenen ZK-Sitzungen der PZPR im Oktober und November erörtert worden ist, völlig überrascht. Die einzelnen Gewerkschaftszweige wurden unterschiedlich betroffen, und zwar im Maße ihrer früheren Haltung zum politischen System. Die ganze Wucht der Repressionsmaßnahmen richtete sich gegen die „Solidarität“.

4. Gewerkschaftspolitik und Gesellschaft in der Nach-„Solidaritäts“-Periode

a) „Solidarität“ und politischer Untergrund

Der Kriegszustand traf die ganze Gesellschaft. Mit ihm wurde nicht nur die Suspendierung der Gewerkschaften und die Internierung von „Solidaritäts“-Aktivisten, sondern auch die Aufhebung des Streik- und Demonstrationsrechts, die Einschränkung des Versammlungsrechts, die Einführung einer allgemeinen Arbeitspflicht sowie die Militarisierung wichtiger Betriebe verfügt, dazu anfangs eine Sperrstunde. Gesetzlich verbrieft Rechte aus den Jahren 1980/81 wurden revidiert. „Solidaritäts“-Aktivisten wurden wegen ihrer früheren Tätigkeit schikaniert und zurückgesetzt.

Nur wenigen Funktionären und Aktivisten der „Solidarität“ gelang es durch Zufall, der Internierung zu entgehen. Sie tauchten in der Illegalität unter. Schon wenige Tage später riefen sie zu vielfältigem staatsbürgerlichen Ungehorsam auf und gaben Verhaltensregeln dafür, anfangs mit beachtlichem Erfolg. Bezeichnenderweise wurde das Wort Józef Piłsudskis „Besiegt werden und nicht unterliegen — das ist der Sieg“ zum Leitsatz erwählt. Zeichen und Symbole der „Solidarität“ überdauerten in der Öffentlichkeit der Kirchen, in einem gewissermaßen exterritorialen Raum. Überhaupt trat die Kirche in viele Funktionen der „Solidarität“. In Kirchengemeinden wurden „Komitees für Karitative Hilfe“ an Internierte und deren Familien geschaffen. Gebetsaktionen und Messen für die Internierten der „Solidarität“ und

für die Nation entsprachen vorhandenen Identitäten und schufen neue. Der beim Episkopat gebildete Soziale Beirat des Primas kritisierte zwar in seinen Thesen vom April 1982 die „Solidarität“, wobei ihr ein Teil der Schuld an den desolaten Zuständen zugemessen wurde. Aber zugleich forderte er die Wiederzulassung einer unabhängigen pluralistischen Gewerkschaftsbewegung und übte mit der ganzen Autorität der Kirche, die durch den Kriegszustand eher noch gefestigt war, harte systempolitische Kritik im Sinne der katholischen solidaristischen Sozial- und Staatslehre. Die Kirchen wurden zum legalen Hort der illegalen Organisation. Hier, wo eigene „Solidaritäts“-Nischen eingerichtet wurden, kam es zu Versammlungen, Gedenkstunden, Solidaritäts- und Hungeraktionen, Konzerten, Theateraufführungen und Dichterlesungen der gegen das System opponierenden Künstler, die sich weigerten, in staatlichen Theatern, im Fernsehen und Rundfunk aufzutreten.

In der Illegalität baute die „Solidarität“ eigene Organisationsstrukturen auf. Angesichts der repressiven Situation wurde ihnen Autonomie und Selbstverantwortung eingeräumt, wodurch die Organisation aber atomisiert wurde und sich die nötige Geschlossenheit selber nahm. Die Gewerkschaft nannte sich auch „Kämpfende Solidarität“ in Anlehnung an die Losung „Kämpfendes Polen“ aus der Zeit des Kampfes gegen die Nazi-Okkupation und verwendete gleiche, geringfügig ergänzte Symbole. Aus den untergetauchten Funktionären wurde unter Vorsitz des erst im Frühsommer 1986 verhafteten Zbigniew Bujak eine „Vorläufige Koordinierungskommission“ (TKK) gebildet. In den meisten früheren Regionen entstanden Regionale Leitungskomitees, die sich unterschiedlich nannten. Aus Vertretern der „Vorläufigen Betriebskommissionen“ (TKZ) der einzelnen Betriebe rekrutierten sich die lokalen Führungsstrukturen, so daß nach dem Territorialprinzip eine vierstufige Organisationsstruktur entstand. Die TKZ sammelten Mitgliederbeiträge, kolportierten die Untergrundpresse und -literatur und unterstützten, meist in Zusammenarbeit mit den karitativen Komitees der Kirche, die Opfer der Repressalien und deren Familien.

Im Untergrund hatte sich die „Solidarität“ vollends zu einer politischen Organisation gewandelt, besonders nachdem die pluralistische Gewerkschaftsbewegung im Oktober 1982 aufgelöst wurde. Die „Kämpfende Solidarität“ bestritt nach ILO-Vereinbarung Nr. 87 der Regierung das Recht hierzu, das nur die Arbeitnehmer und Mitglieder haben. Sie organisierte, wenngleich mit nachlassendem Erfolg, Protestdemonstrationen gegen das Kriegsrecht und seine Folgen. Mit kurzen Aufrufen mobiler Sender machte sie sich über den Rundfunk bemerkbar, zum Stolz und zur Schadenfreude der Gesellschaft. Die „Kämp-

fende Solidarität“ entwarf ferner ein „Programm für den Aufbau einer unabhängigen Gesellschaft“, das noch systemkritischer als frühere Vorstellungen war und einen „Marsch durch die Institutionen“ suggerierte. Die angestrebte „selbstverwaltete Republik“ sollte nunmehr von der „Idee des Solidarismus“ getragen und als parlamentarische Demokratie mit verbotenen Grundrechten und einer Arbeiterselbstverwaltung, einer Marktwirtschaft auf der Grundlage vergesellschafteter Produktionsmittel (= sozialistische Marktwirtschaft), einer gewählten territorialen und revozierbaren Selbstverwaltung, einer unabhängigen Gerichtsbarkeit und einer selbstverwalteten, unabhängigen Gewerkschaftsbewegung verfaßt sein. Der solidaristische Staat wurde im Grunde als ein „dritter Weg“ zwischen Kapitalismus und Realsozialismus verstanden, der einen Sturz des bestehenden Systems voraussetzt, an frühere Vorstellungen von vor 1939 anschließt und nach außen mit allen Mitteln als Idee in die sozialistischen Nachbarländer hineingetragen und nach innen mit Hilfe einer gesellschaftlichen Selbstverteidigung, die später im Komitee der Gesellschaftlichen Verteidigung (KOS) eine institutionelle Verwirklichung mit eigener illegaler Presse fand, vorbereitet werden sollte; sie erstreckte sich nach diesen Vorstellungen auf systemunabhängige Bildungsmöglichkeiten und Informationen, die auch in die Nachbarländer hineingetragen werden sollen, auf Streiks, gesellschaftliche Ächtung von Regimespitzeln und Denunzianten, Werkssabotage und Beeinträchtigung der Produktion durch mindere Produktionsqualität oder Absenz, insbes. in der Rüstungsindustrie, dazu Suche nach Verbindungen zu nachbarstaatlichen Ökologie- und Friedensbewegungen und Ausgleich mit den Nachbarvölkern, auch unter Zurückstellung bisheriger nationaler Überzeichnungen und Verkrampfungen, wie in der deutschen Frage. Damit avancierte die Systemfrage zum zentralen staatlichen und nationalen Problem und politischem Handlungsmaßstab. In diesem Sinne rief die „Solidarität“ zum Boykott der Sejm- und Nationalwahlen 1984 — 1985 auf, was zwar nicht den erhofften Erfolg brachte, aber nach ihren eigenen Beobachtungen von rd. einem Drittel der Wahlberechtigten befolgt worden sei; natürlich weichen die offiziellen von diesen Angaben erheblich ab.

Der politische Charakter der „Kämpfenden Solidarität“ wird durch ihre Zusammenarbeit mit einer Vielzahl erklärtermaßen politischer Oppositionsgruppen, die im Untergrund wirken, unterstrichen, wie dem KOS; eine ihrer Parolen lautet: „Mit den Kommunisten sollte nicht diskutiert werden, man muß sie entmachten“. Auch sind ihr spezialisierte Arbeitsgruppen angeschlossen: ein Helsinki-Komitee, das vernichtende politische und juristische Analysen veröffentlichte, und das „Netz der anleitenden Betriebe“, das sich der Do-

kumentation der sozialen Situation der Gesellschaft widmet. In Brüssel besteht ein offizielles „Koordinierungsbüro im Ausland“ der TKK. Bemerkenswert ist die verlegerische Tätigkeit der „Kämpfenden Solidarität“. Von den angeblich 250 regelmäßig im Untergrund erscheinenden periodischen Blättern sollen rund 80 v. H. von ihren Anhängern herausgegeben werden. Das Blatt „Tygodnik Mazowsze“ (Wochenblatt Masovien) soll bei überregionaler Verbreitung eine jeweilige Auflage von mehreren Zehntausend Exemplaren haben. Es wird als das Zentralorgan der „Kämpfenden Solidarität“ angesehen. Auf diese Weise entstand auf gewerkschaftlichem Hintergrunde eine vielfältige Dissidenzbewegung.

Nicht zu übersehen ist allerdings eine Zunahme der Kritik an der „Solidarität“ in den Jahren 1980/81 in der Gesellschaft. Mittlerweile entstand eine erhebliche Distanz zur Organisation der damaligen „Solidarität“ und der Art ihres Agierens, kaum aber zu ihrem geistigen Hintergrund und Antrieb. Diese Art der Identität erfüllt immer noch die Gesellschaft. Zusammen mit der zunehmenden Resignation in den schwierigen Verhältnissen des Alltag-Polens führte dies aber letzten Endes doch zu einem Rückgang des unmittelbaren „Solidaritäts“-Einflusses in der Gesellschaft, was sich besonders auf die Untergrundorganisation auswirkt, der sich mit zunehmendem zeitlichen Abstand zur Aufrufung des Kriegszustandes und seiner Aufhebung deutlich vergrößert. Die von der „Solidarität“ herbeigeführte Veränderung des politischen Bewußtseins in der Gesellschaft, der die System- und Herrschaftsträger mit ihrer Politik im Rahmen der Systemmöglichkeiten Rechnung zu tragen suchen, ist ein nicht zu unterschätzender bleibender Erfolg dieser sozialen Sammlungsbewegung der polnischen Nation, und zwar auch im Hinblick auf die Veränderung der politischen Kultur im Lande. Die „Solidarität“ ging mittlerweile in die politische Symbolwelt der Polen als Zeichen eines nationalen Messianismus ein, der die polnische Nation aus dem abendländischen Einerlei des politischen Konformismus heraushebt, auch wenn ihr momentane Erfolglosigkeit beschieden war, eine in der neueren polnischen Geschichte übrigens häufigere Erscheinung.

b) Betriebsgewerkschaften: eine „neue“ alte Bewegung?

In den ersten Monaten des Kriegszustandes war das gewerkschaftliche Leben zum Erliegen gekommen. Ähnlich war es bei der Arbeiterselbstverwaltung, die von „Solidaritäts“-Aktivisten dominiert gewesen war. Die Absicht von Partei und Regierung, diesen Zustand schon bald zu ändern, zeigten Thesen des Gewerkschaftskomitees beim Ministerrat vom Ende Februar 1982. Nach dieser Konzeption sollte zur Qualität der alten Gewerk-

schaftsbewegung zurückgekehrt werden, denn sowohl die führende Rolle der Partei als auch das Branchen- und nicht das Territorialprinzip wurden besonders festgeschrieben, der gewerkschaftliche Pluralismus hingegen abgeschafft. Allerdings wurde ein eingeschränktes Streikrecht zur Diskussion gestellt.

Alle diese Vorstellungen fanden sich im neuen Gewerkschaftsgesetz vom 8. Oktober 1982 wieder, das auf einen noch mit der „Solidarität“ vor Auslösung des Kriegszustandes erörterten Gesetzentwurf zurückgeführt wurde. Das Gesetz war im Vergleich zum Entwurf in den neuen Verhältnissen entschieden restriktiver. Durch die mit ihm erfolgte Auflösung der suspendierten Gewerkschaftsbewegung wurde der Weg für eine „neue“ freigemacht. Erlaubt wurde, Gewerkschaften nur in zivilen Betrieben und in Verwaltungen zu gründen, die nicht dem Verteidigungs- oder Innenministerium, dem Gerichtswesen und der Staatsanwaltschaft angehören. Ein eingeschränktes Streikrecht wurde als letztes Mittel nach einem Mißerfolg gesetzlich vorgeschriebener, umständlicher Schlichtungsverfahren eingeräumt. Die Registrierung von Einzelgewerkschaften hing von inhaltlichen und formalen Kriterien ab, so daß breites offizielles Einschreiten ermöglicht wurde. Zwar begrüßte das ZK der PZPR noch im Oktober 1982 die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der „neuen“ Gewerkschaften auch gegenüber der Partei, in seinem Zentralorgan forderte es aber parallel dazu eine „Inspiration“ der Gewerkschaften durch die Partei, damit die nunmehr sozialistische Erneuerungsbewegung nicht auf Abwege gerate.

Erst die Suspendierung des Kriegszustandes zum 31. Dezember 1982 schuf die Grundlage für die schrittweise Wiederbelebung der Gewerkschaften. In der ersten Gründungsphase wurde erlaubt, nur Betriebsgewerkschaften ohne Verbindungen untereinander zu gründen. Die Gewerkschaftsgründungen erfolgten meist auf Initiative von Mitgliedern des früheren Branchengewerkschaftszweiges. Angesichts einer nur geringen Bereitschaft der Arbeitnehmer, „neue“ Gewerkschaften zu gründen, wurde darum mit Hilfe vielfältiger und ausgeklügelter persönlicher materieller Zugeständnisse oder kollektiver Sozialleistungen geworben. In vielen Fällen gründeten materiell schlecht gestellte Rentner die Keimzellen der neuen Betriebsgewerkschaften. Es gab aber auch Belegschaften, die die Neugründungen mit gezielten Erklärungen ablehnten. Um eine gesellschaftliche Ächtung der Mitglieder zu verhindern, wurden Mitgliederlisten häufig erst mit der Registrierung bekanntgegeben. So scheint der gewerkschaftliche Wiederbelebungsprozeß ein Vorgang mit vielen Schwierigkeiten und Rückschlägen gewesen zu sein. Noch 1984 hielt die Hälfte der Arbeiter die Gründung der „neuen“ Gewerkschaften

für unnötig, wie sogar bekanntgegebene (!) Umfragen aus diesem Jahre ergeben. Das Mißtrauen ihnen gegenüber angesichts der vielfältigen Erfahrungen, die von den Arbeitern gemacht worden waren, scheint verständlich; noch 1984 sprachen ihnen 63 v. H. der Arbeiter kein Vertrauen aus. Rund 10 v. H. der Arbeiter erklärten, entschiedene Gegner der „neuen“ Gewerkschaften zu sein, und sogar 30 v. H. ihrer Mitglieder hatten „viele Vorbehalte“ gegenüber ihrer eigenen Organisation.

Aber auch dort, wo Betriebsgewerkschaften entstanden, blieben sie klein und anfangs isoliert. Bei ihrer entschiedenen Förderung mit allen Mitteln nahm ihre Zahl und Größe allerdings zu. Trotzdem waren ihnen Anfang 1984 erst „nahezu“ 25 v. H. der Belegschaften beigetreten. Bemerkenswert ist, daß ihnen nur 20 v. H. ehemaliger „Solidaritäts“-Mitglieder angehörten, wie angegeben wird, was aber dann aus der Kenntnis der zahlenmäßigen Stärke dieser Gewerkschaftsbewegung Zweifel an den Angaben zur Mitgliederzahl der „neuen“ Gewerkschaften aufkommen läßt.

Mitte 1986 waren rund 26 000 Betriebsgewerkschaften registriert. Allerdings gibt es noch immer 1 300 Betriebe, in denen es nicht gelang, eine Betriebsgewerkschaft zu installieren. Gemessen an der Entstehungsdynamik, der Verbreitung und der Akzeptation der „Solidarität“ ist die „neue“ Gewerkschaftsbewegung trotz ihrer intensiven materiellen und ideellen Förderung weit mehr ein Zeichen gesellschaftlichen Dissenses in Polen als eines Konsenses zwischen der Gesellschaft und ihren Herrschaftsträgern.

Der betrieblichen Zersplitterung der „neuen“ Gewerkschaften wurde erheblich eher ein Ende gesetzt, als ursprünglich im Gesetz vorgesehen war. Zuerst entstand die Föderation der Hüttenarbeiter-Gewerkschaften, zu deren Vorsitzendem Alfred Miodowicz gewählt wurde, ein früherer Aktivist des Branchengewerkschaftszweiges. Seit Anfang 1984 organisierten sich weitere gewerkschaftliche Föderationen und landesweite Branchengewerkschaften. Am 25. November 1985 führte diese Entwicklung früher als vom Gesetz vorgesehen zur Gründung der „Gesamtpolnischen Gewerkschaftsverständigung“ (OPZZ) als Führungs- und Koordinierungsorganisation der „neuen“ Gewerkschaftsbewegung. Zum Vorsitzenden wurde Alfred Miodowicz gewählt. Im „Programm der Tätigkeit der polnischen Gewerkschaftsbewegung“, das auf der Beuthener OPZZ-Gründungsversammlung angenommen wurde, findet sich als übergeordnete Zielprojektion des OPZZ die Schaffung eines „Sozialismus ohne Auswüchse“, die aus der „Unzufriedenheit der Arbeiterklasse“ erwachsen seien. Auch um von früherer Popularität zu profitieren und Zugang zu den verunsicherten Arbeitern zu bekommen, wird festgehalten, daß die OPZZ die Einhaltung der Verträge — und

nicht mehr Gesellschaftsverträge, was eine eigene Aussage besitzt — von Stettin, Danzig und Jastrzębie — in dieser zeitlichen Reihenfolge, was auch politisch zu werten ist — sicherstellen wolle, denn man sei „Erbwaller der Bewegung des Jahres 1980 der Arbeiter“. Im OPZZ-Statut wurde aber ausdrücklich die führende Rolle der PZPR festgeschrieben, die von einer statutarischen Unabhängigkeit der Gewerkschaften ergänzt sein soll. Eine der Aufgaben der OPZZ, die Sicherstellung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung (= Gewerkschaftseinheitsbewegung), soll durch nachgeordnete Wojewodschafts-Verständigungskommissionen (WPZZ), die aus Vertretern der Betriebsgewerkschaften bestehen, unterstützt werden. Auch wenn die OPZZ über soziale und wirtschaftliche Belange der Arbeiterschaft wachen und sie durchsetzen will, so wird im Statut bloßen Mobilisierungsfunktionen — wie schon früher — große Bedeutung beigelegt.

Der Unterschied zwischen dem Ende 1980 aufgelösten CRZZ und der OPZZ scheint eher graduell, denn konzeptionell zu sein. Denn allen Beteuerungen und Absichten ist entgegenzusetzen: Der sofortige Beitritt der OPZZ nach ihrer Gründung zur „Patriotischen Bewegung der Nationalen Wiedergeburt“ (PRON), der neuen gesellschaftlichen Einheitsbewegung nach Kriegsrechtseinführung, entspricht den früheren Verbindungen zur konzeptionell ähnlichen „Front der Nationalen Einheit“ (FJN), die vor 1980 alle Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, darunter auch den CRZZ, zusammenfaßte und politisch gleichschaltete. Da auf dem PZPR-Kongreß von Mitte 1986 der OPZZ-Vorsitzende Alfred Miodowicz ins Politbüro der PZPR gewählt wurde, ist auch die frühere herrschaftspolitische „Transmissionsriemen“-Verzahnung bei den „neuen“ Gewerkschaften wiederhergestellt worden.

Die herrschaftsstrukturellen Gemeinsamkeiten, die die programmatischen und sonstigen Beteuerungen grob relativieren, werden durch eine nach außen unabhängige und selbstbewußte Argumentation und Haltung der OPZZ verdeckt. Bereits verschiedentlich nahm sie Anliegen aus der Arbeiterschaft auf und setzte sie gegen Widerstände durch. Auch widersprach sie Partei- und Regierungskonzeptionen, die auf den Unwillen der Arbeiter und ihrer Selbstverwaltungen stießen, und verstand es, sie entweder abzuwehren oder zu verändern. Offenbar erfüllt sie die Rolle eines Ventils gesellschaftlichen Unwillens. Sollte es ihr gleichermaßen gelingen, eine Rückkopplung zwischen Gesellschaft und Herrschaftsträgern herzustellen, dann könnte sie in einem stärkeren Maße, als es die Brancheneinheitsgewerkschaft gewesen war, zum Interessenträger der Arbeiterschaft und einem stabilisierenden Element des politischen Sy-

stems werden. Doch noch immer weigern sich rund 5200 Einzelgewerkschaften der OPZZ, die ca. 25000 Einzelgewerkschaften zusammengefaßt haben soll, beizutreten.

c) Die „neue“ Arbeiterselbstverwaltung: Rückkehr zur KSR-Praxis?

Wie schon früher konzentrierten sich in dieser Situation die Hoffnungen der Arbeiter auf ihre Selbstverwaltung, die mit großem offiziellen Aplomb bereits in der zweiten Hälfte 1982 propagiert wurde. Bei den nach dem 81er Gesetz ins Leben gerufenen Arbeiterräten entwickelte sich die Tendenz, die in der „Solidaritäts“-Periode gewählten Räte personell wieder aufleben zu lassen oder möglichst wenig zu verändern, dann aber jedenfalls ehemalige „Solidaritäts“-Mitglieder hineinzuwählen. Solches Verhalten entsprach übrigens Aufrufen der „Kämpfenden Solidarität“. Allerdings wurden gezielt in rund 1300 Schlüsselbetrieben die Rechte der Arbeiterselbstverwaltung erheblich eingeschränkt. Ferner wurden ihre Rechte allgemein durch das neue Gewerkschaftsgesetz relativiert, denn für eine Reihe von Fragen wurde die Zustimmung der Gewerkschaft bei der Durchführung von Selbstverwaltungsbeschlüssen zwingend vorgeschrieben, obwohl programmatisch eine Unabhängigkeit von Gewerkschaft und Arbeiterselbstverwaltung proklamiert wurde. Zudem wurde die Stellung des Direktors den Arbeiterräten gegenüber gestärkt, so daß sie von ihm deutlich abhängiger wurden. Auf diese Weise fand eine erhebliche Erosion ihrer 81er Rechte statt, besonders des Rechts auf Berufung und Abberufung von Betriebsdirektoren.

Eine überbetriebliche Zusammenarbeit der Räte wurde ebenfalls unterbunden. Auch wurde offiziellen Instanzen das Recht eingeräumt, Arbeiterräte, die das „gesellschaftliche Interesse“ — was immer dies auch bedeuten mag — nicht einzuhalten und zu wahren verstehen, aufzulösen, was alles nicht nur das 81er Gesetz aushöhlte, sondern repressiven Maßnahmen und einer Verunsicherung der Arbeiterräte Tür und Tor öffnete. Um Streitfällen vorzubeugen oder sie zu schlichten, wurde eine Arbeiterselbstverwaltungskommission beim Ministerrat berufen, die aber schon Ende 1985 aufgelöst wurde. Offiziell rügte man häufige Versuche, die Tätigkeit der Arbeiterselbstverwaltung durch den Direktor, die Gewerkschaft und die Partei einzuengen. Allein im Jahre 1983 kam es zu 104 so schweren Konflikten im Betrieb, daß 34 nur von Gerichten entschieden werden konnten, womit andererseits aber auch das gestiegene Selbstbewußtsein der Arbeiter trotz aller repressiven Umstände und damit auch eine erhebliche Veränderung in der politischen Kultur des Landes dokumentiert scheint. Nicht nur, um eine fachliche Qualifikation, sondern auch um eine be-

stimmte Vorstellung von den Aufgaben der Arbeiterselbstverwaltung zu vermitteln, wurde eine Gesellschaft zur wissenschaftlichen Arbeitsorganisation und -leitung gegründet, die die Schulung von Aktivisten und Funktionären der Arbeiterselbstverwaltung aufnahm. Ähnliche Schulungen werden ebenfalls von den jeweiligen Fachministerien und von der Polnischen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft durchgeführt, so daß die Organe der Arbeiterselbstverwaltung in differenzierter Weise für ihre vielfältigen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben und für das Verständnis auch makroökonomischer Zusammenhänge vorbereitet werden. Im wesentlichen konzentriert sich die Arbeiterselbstverwaltung in ihrem immer mehr reduzierten Rahmen heute aber wieder auf Mobilisierungsfunktionen, wozu ganz besonders die Wahrung und Einhaltung der Höhe und Qualität der Produktion gehört. Damit wird sie früheren KSR-Organen immer ähnlicher.

Daher verwundert es auch nicht weiter, daß 1984 bei Umfragen unter Arbeitern großes Unbehagen mit der „neuen“ Arbeiterselbstverwaltung festge-

stellt wurde. Bei 6 400 Staatsbetrieben, in denen eine Arbeiterselbstverwaltung zustande kam, gab es Ende 1984 noch 900 Staatsbetriebe, wo sich ihr die Arbeiter verweigerten. Bemerkenswerterweise wird sie von Gewerkschaftsmitgliedern noch mißtrauischer als ihre eigene Gewerkschaftsorganisation betrachtet.

Da offizielle Stellen gleich welcher Art die Zurückhaltung der Arbeiterschaft in den neuen Verhältnissen sehr beklagen, zugleich aber ein relativer Rückgang des Nimbus der Organisation „Solidarität“ festzustellen ist, steht die Gesellschaft vielfältig verunsichert und resigniert in ihrer politischen Umwelt. Dies erklärt nicht nur die Schwierigkeiten mit, sondern auch die Bemühungen und das Werben von Partei und Regierung um die Arbeiter, wengleich nicht immer auf glückliche Art und Weise, daneben dann aber auch die Hinwendung der Gesellschaft zur Kirche und deren sozialen Vorstellungswelt. Auf diesem Wege gewinnt die Kirche eine zentrale Bedeutung weit über ihre Rolle als legaler Hort der illegalen Opposition hinaus.

Dieter Bingen: Jaruzelskis Polen im Jahre fünf

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/86, S. 3—15

In Warschau tagte vom 29. Juni bis 3. Juli 1986 der 10. Parteikongreß der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP). Was konnten Polens Kommunisten im Sommer 1986 resümieren? Gab es eine Stabilisierung in der Gesellschaft, eine Normalisierung im politisch-sozialen und wirtschaftlichen Leben? Oder markierte der Parteitag vielleicht eher die Normalisierung in der Partei und die Stabilisierung der Position ihres Ersten Sekretärs gegenüber den Ansprüchen von Gruppierungen auf dem „linken“ und „rechten“ Flügel der Partei?

Nach der Aufhebung des Kriegszustands im Juli 1983 wurde durch die Personalunion von Erstem Sekretär der PVAP, Regierungschef und Oberbefehlshaber der Armee die starke informelle und personalpolitisch von General Jaruzelski abgesicherte Rolle des Militärs in Staat und Partei, insbesondere auch seine nationale und politisch-moralische Erziehungsfunktion zum Nutzen eines neu zu schaffenden Etatismus festgeschrieben.

Nachdem General Jaruzelski den Staats- und Regierungsapparat in den vergangenen Jahren nach seinen Vorstellungen geprägt hatte, mußte es ihm nach der Bewältigung dieser Aufgabe darum gehen, rechtzeitig zum bevorstehenden 10. Parteitag die „führende Kraft beim Aufbau des Sozialismus“, die PVAP, wieder als funktionsfähiges politisches Instrument zu seiner Disposition, d. h. zur Disposition des Staatsapparates, zu stärken. Diese Aufgabe bestimmte das Vorgehen Jaruzelskis in drei besonders sensiblen Bereichen der polnischen Innenpolitik: der Arbeiter- und Gewerkschaftsfrage, den Bereichen von Erziehung, Bildung und Kultur und in der Gestaltung des Verhältnisses zur katholischen Kirche.

Mit der Personalpolitik, die Jaruzelski „langsam, aber sicher“ in den vergangenen fünf Jahren in der Partei durchsetzte, hatte in der PVAP eine konservative Grundströmung die Mehrheit übernommen. Zurückgedrängt wurden die Dogmatiker und Altkommunisten. Die neue Jaruzelski-Elite regiert heute, ohne große Hoffnungen zu wecken; sie will erneute Enttäuschungen und deren politische Folgen verhindern.

Eine Stütze für seinen Kurs findet Jaruzelski in Generalsekretär Gorbatschow. Der Segen der Moskauer Führung beendete alle Spekulationen über eine interne Parteifront gegen den General. Die Zusammensetzung der Spitzengremien, die der 10. Parteitag der PVAP wählte, veranschaulicht die unangefochtene und beherrschende Position Jaruzelskis.

Auf die Frage, welches Echo Wojciech Jaruzelskis Programm der „sozialistischen Erneuerung“ in der politisch sehr differenzierten polnischen Gesellschaft findet, konnte der 10. Parteitag verständlicherweise keine Antwort geben.

Georg W. Strobel: Gewerkschaftssystem und Arbeiterinteressen in Polen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/86, S. 16—38

Der Artikel schlägt einen Bogen von den ersten Gewerkschaftsgründungen auf polnischem Boden bis zur komplizierten Entwicklung der Jahre seit 1980. Deutlich wird dabei die Rolle historischer Traditionen. Vor 1945 wurden Arbeiterinteressen in Polen in überwiegendem Maße nicht von sozialistischen Klassengewerkschaften, sondern von christ- und nationaldemokratischen sowie christlichen Verbänden wahrgenommen. In Polen war Arbeiterbewegung weniger als sonstwo mit Sozialismus gleichzusetzen, was aber nach 1945 in einer ganz spezifischen Form verbindlich zu sein hatte.

Die „Transmissionsriemen“-Gewerkschaft, die Arbeiterselbstverwaltung und die Arbeiterräte werden in ihren Entwicklungen, Interdependenzen und Spannungen gezeigt, die sich 1980 in einem gewerkschaftlichen Pluralismus auflösten, in dessen Mittelpunkt die Gewerkschaft „Solidarität“ stand, die bald zu einer breiten politischen und sozialen Erneuerungs- und Sammlungsbewegung der polnischen Nation im Gegensatz zu ursprünglichen Absichten wurde. Ihre Programmatik und Wandlung, Suspendierung und Untergrundtätigkeit nach dem 13. Dezember 1981, in die viele Traditionslinien aus der Zeit vor 1945 einmünden, werden dargestellt und analysiert. Die Entwicklung der Gewerkschafts- und Arbeiterselbstverwaltung nach der Auflösung der pluralistischen Gewerkschaftsbewegung im Oktober 1982 wirft die Frage auf, ob es sich dabei um eine wirklich „neue“ organisationsgebundene Politik handelt, welche die resignierte Gesellschaft für sich gewinnen kann.